

DOKUMENTE DES Fortschritts Internationale Revue

.....
HERAUSGEGEBEN VON PROFESSOR DR. R.
BRODA:PARIS IN VERBINDUNG MIT
DR.HERMANN BECK:BERLIN UND
ERICH LILIENTHAL:BERLIN+VER-
LEGT BEI GEORG REIMER:BERLIN+W35
.....
JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK
.....

AUSGEGEBEN ANF: NOV. 1911
4. JAHR 10. HEFT



BECK
H. 10.11.11

INHALT:

DIESES HEFT IST VORNEHMLICH DER SOZIALEN REFORMARBEIT
GEWIDMET.

NACHDRUCK MIT AUSNAHME DER DURCH EINEN VERMERK
GEKENNZEICHNETEN ARTIKEL MIT QUELLENANGABE GESTATTET.

ALLE MANUSKRIPTE SIND AN DIE DEUTSCHE REDAKTION, BERLIN-
WILMERSDORF, PRINZREGENTENSTR. 115/116 ZU RICHTEN.

UNVERLANGTEN SENDUNGEN IST DAS RÜCKPORTO BEIZUFÜGEN.

Dr. HEINZ POTTHOFF, M. d. R., Düsseldorf: Schutz gegen willkürliche Entlassung.....	663
Doktor P. MUNCH, ehemals Minister des Innern, Kopenhagen: Die dänische Gesetzgebung über die Schlichtung sozialer Streitigkeiten	668
Dr. FR. SCHOMERUS-Jena: Die Gewinnbeteiligung	671
Dr. FERDINAND MAREK, Konsulent der Handels- und Gewerbekammer Brünn: Der neue österreichische Gesetzentwurf über die Regelung der Heimarbeit in der Kleider-, Schuh- und Wäschewarenerzeugung.....	676
Dr. med. ALFONS FISCHER, Karlsruhe: Die Erfolge der deutschen Arbeiterversicherung	682
Dr. RUD. LUDW. ARNOLD, Schöneberg: Fortschritte der Arbeiterversicherung in den Vereinigten Staaten.....	695
A. SAUZEDE, Sommiers: Die neue französische Arbeiterversicherung.....	699
Chronik	702

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:

Prof. Dr. R. BRODA, Paris: Gewerbliche Schiedsgerichte	708
--	-----

POLITISCHE ENTWICKLUNG:

NIKOLAS SALMERON Y GARZIA, Madrid: Spanien und Marokko	717
Chronik	718

TECHNISCHER u. WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT:

Dr. JOHN MEZ, Freiburg: Der Hundertstundentag.....	721
Chronik	723

MORALISCHE UND RECHTSENTWICKLUNG:

ELLA LYMEN-CABOT: Selbstbeherrschung	724
Chronik	730

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.

DR. HEINZ POTTHOFF, M. D. R., DÜSSELDORF: SCHUTZ GEGEN WILLKÜRLICHE ENTLASSUNG.

DIE großen Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens durch Arbeitskämpfe, die schweren Schädigungen der Volkswirtschaft durch Streiks oder Aussperrungen erfolgen selten durch Kontraktbruch, sondern in der Regel durch ordnungsmäßige Beendigung vieler Arbeitsverträge. Da in vielen Industrien tägliche Kündigung üblich ist, so kann von einem Vertragsbruch bei Niederlegung der Arbeit oder Schließung des Betriebes nicht die Rede sein, und wo eine 14tägige oder andere Kündigungsfrist besteht, wird sie meist eingehalten. Die kaufmännischen und technischen Angestellten sind bisher an derartigen Kämpfen der Arbeiter stets unbeteiligt geblieben und entweder fortbeschäftigt oder bis zum Ablaufe ihrer längeren Kündigungsfrist bezahlt worden. Darf das Arbeitsrecht diesen Schädigungen zusehen, weil jeder einzelne der Beteiligten seinen privaten Vertragsverpflichtungen nachgekommen ist?

Dazu ein weiteres: Die Stellung der beiden beteiligten Parteien ist, wenigstens im Großbetriebe, durchaus nicht gleich. Für den Großunternehmer bedeutet der einzelne Arbeiter und seine Kündigung sehr wenig, im schlimmsten Falle eine kleine Unbequemlichkeit oder eine geringe Einbuße an Gewinn; für den einzelnen Arbeiter aber bedeutet die Kündigung ein ungeheures Risiko. Er verliert die Existenzgrundlage für sich und seine Familie. Er riskiert, eine Zeitlang ohne Erwerb zu bleiben oder nur mit geringerem Verdienste wieder Arbeit zu finden. Wenn mehrere Arbeitgeber sich verabredet haben, ihm keine Arbeit zu gewähren, oder wenn derjenige, der ihn entlassen hat, eine Gegend oder einen Beruf beherrscht (Reichspost, Heeresverwaltung, Eisenbahn, Krupp), so kann die Kündigung für ihn die Notwendigkeit eines Wohnungswechsels, eines Übergangs zu einem anderen Berufe oder gar die Auswanderung bedeuten. Infolgedessen ist die Aussicht auf Kündigung durch einen mächtigen Arbeitgeber eine schwere Geißel, die über dem Arbeiter oder Beamten hängt und ihn nicht nur in seiner Stellung im Dienstverhältnis, sondern auch in seiner Betätigung als Bürger und Familienvater schwer beeinträchtigt. Die Furcht vor der Entlassung hindert den Angestellten im Ausleben seiner Person, in der Ausübung seiner Rechte; die Drohung mit der Kündigung kann aus dem freien Bürger ein willenloses Arbeitstier machen. Kann das Arbeitsrecht diesen Nebenwirkungen des Arbeitsverhältnisses, die nur auf dem Mangel an rechtlicher Ordnung beruhen, tatenlos zuschauen?

Ein Teil der Juristen und Sozialpolitiker halten die „Freiheit“ in der Eingehung und Beendigung der Arbeitsverträge für absolut notwendig, trotz der nicht zu leugnenden schweren Nachteile, die daraus entspringen können. Ein anderer Teil hat versucht, schon aus dem gegenwärtigen Rechte eine Handhabe dagegen zu gewinnen *):

a) Der sogenannte Schikane-Paragraph des BGB. 226 erklärt die Ausübung eines Rechts für unzulässig, „wenn sie nur den Zweck haben kann, einem anderen Schaden zuzufügen“. Dadurch wird jede Rechtsausübung verboten, hinter der nicht ein von der Rechtsordnung für berechtigt erklärtes Interesse steht. Es würde also unzulässig sein eine Kündigung, welche die Rachegefühle des Kündigenden befriedigen oder den anderen für ein recht-

*) Vgl. Soziale Praxis, Berlin 1910, Heft 44, Spalte 1234.

mäßiges Verhalten bestrafen soll. Der Paragraph läßt sich also auch gegen politische Maßregelungen von Arbeitern und Beamten verwerten, da ein Verfassungsstaat den Wunsch eines Arbeitgebers, seine Angestellten an der überzeugungsgemäßen Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu hindern, unmöglich als ein berechtigtes Interesse anerkennen kann.

b) Nach § 157/242 BGB. sind Verträge so auszulegen, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern, und der Schuldner ist verpflichtet, die Leistung nach denselben Gesichtspunkten zu bewirken. Die Verpflichtung, einen Vertrag nach Treu und Glauben zu erfüllen, umschließt die Verpflichtung, ihn nicht gegen Treu und Glauben zu lösen. (Eine ähnliche Verpflichtung ist in § 627 ausdrücklich ausgesprochen für Dienstverpflichtete, die ohne in einem dauernden Dienstverhältnis mit festen Bezügen zu stehen und Dienste höherer Art leisten, die auf Grund besonderen Vertrauens übertragen zu werden pflegen. Sie dürfen ohne Frist und ohne wichtigen Grund nicht unzeitig kündigen.) Eine formell ordnungsmäßige Kündigung, die materiell einen Verstoß gegen Treu und Glauben bedeuten würde, ist also eine Vertragsverletzung und macht Schadensersatzpflichtig. Voraussetzung dafür aber ist eine Verkehrssitte, welche eine derartige Betätigung als Verstoß gegen Treu und Glauben betrachtet. Dadurch wird das an sich weite Gebiet für die Anwendung des Paragraphen sehr eingeeengt. Denn zweifellos entsprechen nicht nur Streik und Aussperrung, sondern auch Arbeiter- und Beamtenmaßregelungen aus politischen Gründen und manch anderes der „Verkehrssitte“ und eine tatsächliche Wirksamkeit der §§ 157 und 242 würde von der Bildung neuer Verkehrssitten abhängen. Diese dürfte aber nur zu erreichen sein auf dem Wege über die Entwicklung des Begriffes der „guten Sitten“.

c) Nach § 826 BGB. ist dem anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet, wer ihm in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise vorsätzlich Schaden zufügt. Diese vortreffliche Regel, die im französischen Rechte eine höchst bedeutsame Rolle spielt und die auch bei uns einen Hebel sozialen Rechts bilden muß, kann in einer Reihe von Fällen gegen unbedingte, willkürliche Beendigung des Arbeitsverhältnisses benutzt werden; nämlich überall da, wo die Ausübung des Kündigungsrechts als ein Mißbrauch wirtschaftlicher Macht oder einer Verlegenheit des Gegners aufgefaßt werden kann. Das kann sowohl im Einzelfall, wie bei Ausübung des Koalitionsrechts vorliegen; die guten Sitten können durch Schädigung des Gegners oder auch durch Schädigung der Allgemeinheit verletzt werden. Aber solche Ableitungen sind der unbestimmten Natur ihrer Grundlagen wegen sehr bestritten und die Rechtsprechung ist weit davon entfernt, von diesen Mitteln einen den Bedürfnissen des sozialen Rechts entsprechenden Gebrauch zu machen.

Nehmen wir einen alltäglichen Einzelfall: Ein kaufmännischer oder technischer Angestellter ist 30 Jahre lang in einer Firma tätig. Er hat stets seine Pflicht erfüllt, ist langsam von untergeordneter, gering bezahlter, zu einer höheren, gut gelohnten Stellung aufgestiegen. Jetzt gehen seine Kräfte auf die Neige, seine Leistungen nehmen allmählich ab. Der Unternehmer kündigt ordnungsmäßig zum Vierteljahresschluß; hier würde der § 226 versagen, denn eine Schikane liegt nicht vor, sondern nur eine rücksichtslose Durchführung des eigenen Interesses, das gebietet, den aufgebrauchten Angestellten durch einen frischen (vielleicht auch billigeren) zu ersetzen. Auch § 242 dürfte kaum anwendbar sein, denn die Verkehrssitte verbietet

ein solches Vorgehen leider noch nicht. Dagegen ist unter billigdenkenden Menschen kein Zweifel darüber, daß das Vorgehen des Chefs eine Gemeinheit ist, und es liegt, wenn überhaupt, so hier ganz bestimmt der Tatbestand des § 826 vor. Denn der Unternehmer weiß unbedingt, daß der Angestellte nur sehr schwer und nur zu sehr schlechten Bedingungen eine neue Stelle bekommen wird, er fügt ihm den Schaden vorsätzlich zu und sein Vorgehen, den in seinem Dienste Ergrauten wie eine ausgepreßte Zitrone auf die Straße zu werfen, verstößt für das allgemeine Empfinden gegen die guten Sitten. Trotzdem ist mir kein Gerichtsurteil bekannt, das in solchem Falle die formell richtige Kündigung für eine zum Schadensersatz verpflichtende Handlung erklärte. Vielleicht ist auch noch nie eine derartige Klage eingereicht worden, weil sie aussichtslos erschien. So fern liegt uns noch der Gedanke, daß die ordnungsmäßige Ausübung eines formellen Rechtes ein Unrecht bedeutet. Auf dem Wege zu dieser Erkenntnis ist unsere Rechtsprechung aber. Denn wiederholt haben Reichsgericht und preußisches Obergerverwaltungsgericht entschieden, daß Aufwendungen, welche eine Firma für die Pensionsfürsorge ihrer Angestellten macht, nicht steuerpflichtige Schenkungen, sondern Aufwendungen gemäß einer sittlichen Pflicht, nicht steuerpflichtiger Gewinn, sondern Betriebsunkosten sind.

In derselben Weise würde unsere Rechtsprechung versagen, wenn ein Arbeiter wegen Entlassung aus politischen Gründen auf Entschädigung klagte. Denn der Arbeitgeber brauchte den Grund gar nicht anzugeben oder gelten zu lassen, sondern könnte sich darauf berufen, daß er einfach von dem Rechte der Aufhebung des Arbeitsverhältnisses ordnungsmäßig Gebrauch gemacht habe. Auch Streik und Aussperrung gelten grundsätzlich als rechtmäßige Ausübung eines Kündigungsrechtes, und für unsere Gerichte kommt eine Haftpflicht oder gar eine Bestrafung nur dann in Frage, wenn verbotene Mittel, wie Drohung, Ehrverletzung, körperlicher Zwang usw., gegen den Vertragsgegner (Strafgesetzbuch: Erpressung, Nötigung usw.) oder gegen den Berufsgenossen (§ 153 der Gewerbeordnung) angewandt worden sind. Noch weniger ist anerkannt, daß die Ausübung von Privatrechten Rücksicht auf die Allgemeinheit nehmen muß, und daß Verletzung der öffentlichen Pflichten (bei Streik in Verkehrsgewerben oder Wasserwerken usw.) einen Einfluß auf die zivilrechtliche oder strafrechtliche Verantwortung habe. Hier pflegt der Staat nicht als Rechtsgewalt, sondern als Ordnungsgewalt (Polizei, Militär) einzugreifen und ohne Prüfung des Streites für die Arbeitgeber Partei zu nehmen.

So wichtig an sich eine Fortbildung der guten Sitten und eine erweiterte Anwendung des Begriffs auf allen Rechtsgebieten ist, so bedenklich erscheint praktisch das Operieren damit gerade auf dem Gebiete des Arbeitskampfes. Denn unser Rechtsleben ist noch zu sehr beherrscht von dem Gedanken der formellen Parität und unsere maßgebenden Kreise sehen zu sehr noch in jeder organisierten Selbsthilfe der Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Interessen eine Auflehnung gegen die „von Gott gewollten Abhängigkeiten“. Nichts Schlimmeres für unser Recht als eine Wiedergeburt der Zuchthausvorlage, die unter formell paritätischer Behandlung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein böses Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter war, deren Wiederholung den friedlichen Aufstieg der Massen nur hindern könnte und wirtschaftlich wie politisch die bedenklichsten Folgen haben müßte.

Ein Fortschreiten auf diesem Gebiete durch Ausbildung der guten Sitten muß zur Voraussetzung eine Überwindung des Paritätsgedankens haben.

Soziales Recht ist nicht paritätisch und kann nicht paritätisch sein, weil es die allgemeinen Interessen gegenüber Sonderinteressen Einzelner durchsetzen, weil es einen Bürger gegen den anderen schützen, weil es die Person vor einer Unterdrückung durch das Kapital sichern soll. Nicht die Beseitigung der Streiks ist das Ziel einer Kündigungsbeschränkung; denn dafür gibt es mit Arbeitsnormenverträgen, Schiedsgerichten usw. bessere und sicherere Mittel. Sondern das schwerste Übel, das beseitigt werden muß, ist die Möglichkeit, daß der Arbeitgeber durch Mißbrauch seiner wirtschaftlichen Macht, durch Drohung mit der Entziehung der Existenzgrundlage einen im Verfassungsstaate politisch unzulässigen Einfluß auf den Arbeitnehmer ausübt. Von dieser Seite hat namentlich der Frankfurter Stadtrat Dr. F l e s c h das Problem angefaßt. Die Beschränkung der Kündigungsbefugnis ist eines der wichtigsten Mittel, um das Arbeitsverhältnis „aus einem Gewaltverhältnis zu einem Rechtsverhältnis“ zu machen *).

Reich, Staat und Gemeinde haben einem Teil ihrer Beamten, und zwar gerade den als wertvollste erachteten Beamten gegenüber auf das Kündigungsrecht verzichtet. Richterlichen Beamten gegenüber ist ein weitestgehendes Maß von Sicherheit der Stellung durch Reichsgesetz gegeben, im Interesse ihrer Unabhängigkeit. Aber besteht ein öffentliches Interesse an der Unabhängigkeit von Angestellten nur den richterlichen Personen gegenüber? Gewiß bei diesen in besonders hohem Maße, aber grundsätzlich bei allen Staatsbürgern. Und wenn in politischen oder sozialpolitischen Erörterungen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des alten Mittelstandes (Bauer, Handwerker, Kaufmann) als besonders wertvoll vor der Lage des neuen Mittelstandes (öffentliche und private Beamte) ins Feld geführt wird, so liegt darin zwar eine tatsächliche Täuschung über die wirtschaftlichen Verhältnisse, aber eine durchaus richtige Würdigung der Bedeutung, welche unabhängige, ihrer eigenen Überzeugung nach handelnde Bürger für einen Verfassungsstaat haben. Deswegen ist es durchaus richtig, daß öffentliche Körperschaften einen Teil der Beamten unkündbar anstellen und daß die Beamten wie die meisten Parlamente nach weiterer Ausdehnung der Unkündbarkeit für die etatsmäßigen Beamten und nach Unkündbarkeit auch der Arbeiter bei längerer Dienstzeit (meist 10 Jahren) streben. Einen erheblichen Schritt weiter hat kürzlich die preußische Eisenbahnverwaltung getan durch die Verfügung, daß diejenigen Arbeiter, welche Mitglieder der Arbeiterausschüsse oder zehn Jahre im Dienst sind, nicht von ihren unmittelbaren Vorgesetzten, sondern nur von den Betriebsdirektionen entlassen werden können.

Diese Maßregel ist eine Folge der preußischen Berggesetznovelle von 1909, welche zum erstenmal auch in private Arbeitsverhältnisse den Grundsatz einführt, daß die Ausübung öffentlicher Pflichten nicht durch Ausübung privater Vertragsrechte unmöglich gemacht werden darf. Das Gesetz ordnet für alle Bergwerke mit 100 Mann Belegschaft die Einrichtung von Sicherheitsmännern an, die von den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählt, aber auf Kosten der Zeche besoldet werden, und die zur Kontrolle der Betriebssicherheit die Grube zu befahren haben. Ihnen kann früher als zum Ablauf der 1—5 Jahre betragenden Wahlperiode nur wegen Verletzung der Pflichten als Sicherheitsmann oder sonst aus einem wichtigen Grunde gekündigt werden.

*) Vgl. besonders seine Schriften: Zur Kritik des Arbeitsvertrags. Jena 1903; Reform des Arbeitsrechts, Berlin 1910; Privatangestellte und Arbeitsrecht, Berlin 1912.

Bei jeder Kündigung kann der Betroffene das Bergamt anrufen, das eine Nachprüfung der Entlassungsgründe vornimmt. So unzulänglich die Durchführung des Schutzes in diesem Falle ist, so bedeutsam ist der § 80 fo. als Prinzip. Denn er geht um einen wichtigen Schritt über das hinaus, was bisher durch Gesetzgebung geschehen ist. Denn § 180 des Invalidenversicherungsgesetzes von 1899, § 141 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes sprechen zwar auch aus, daß Arbeitgeber und Angestellte weder die Anwendung der Gesetzesbestimmungen zuungunsten der Versicherten durch Vertrag ausschließen noch sie in der Übernahme oder Ausübung von Ehrenämtern in der Versicherung beschränken dürfen; Zuwiderhandlungen werden sogar mit Strafe bedroht; trotzdem haben diese Bestimmungen keinen Wert, da sie den Arbeitgeber nicht hindern, einen in ein Ehrenamt gewählten Arbeiter ordnungsmäßig zu entlassen und durch die Aussicht auf die Entlassung ihn an der Übernahme eines solchen Amtes zu hindern. Das Berggesetz hat zum erstenmal an den Angelpunkt, nämlich das Kündigungsrecht gerührt. Sachsen hat in seinem Berggesetz 1910 das Beispiel nachgeahmt, andere Bergrechte werden sicher bald folgen.

Leider hat der Reichstag trotz seines demokratischen Wahlrechts nicht die nötige Einsicht oder die nötige Energie, diesen wichtigen Grundsatz nun auch im Reichsrechte überall da anzuwenden, wo privaten Arbeitnehmern öffentliche Obliegenheiten übertragen sind. Die Reichsversicherungsordnung enthält nur die papierenen Schutzbestimmungen der bisherigen Versicherungsgesetze, der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte ebenso. Das Arbeitskammergesetz bleibt in seiner gegenwärtigen Fassung sogar noch dahinter zurück. Hier liegt eine der wichtigsten Aufgaben des Arbeitsrechts. Wenn die Gesetzgebung einem Arbeitnehmer öffentliche Pflichten oder Aufgaben zuweist, so darf das Recht nicht dulden, daß der Arbeitgeber die Ausübung der Pflichten durch Entlassung vereitelt. Nachdem aber die Gesamtheit der Bürger zur Mitwirkung an Gesetzgebung und Verwaltung durch die Verfassung berufen sind, darf das Recht auch nicht dulden, daß der Arbeitgeber durch Entziehung der Existenzgrundlagen dem Arbeiter die Ausübung seines Bürgerrechtes unmöglich macht, oder durch die Drohung mit der Kündigung ihn darin behindert, oder durch Entlassung ihn für eine ordnungsmäßige Ausübung des Rechts bestraft. Wir werden dahin kommen müssen, daß durch positive Rechtssatzung die Befugnis zur Entlassung eines Arbeiters oder Angestellten (wenigstens im Großbetriebe) an den Nachweis eines Grundes geknüpft wird. Dieser Grund kann natürlich in der Person des Arbeitnehmers oder in Rücksichten des Betriebes liegen, und man wird nicht im Gesetz präzise Regeln aufstellen können. Aber wenn der entlassene Arbeiter die Möglichkeit hat, eine Nachprüfung seiner Kündigung durch ein Gericht zu veranlassen und wenn dann der Arbeitgeber genötigt werden kann, den Grund der Kündigung nachzuweisen, so wird der willkürlichen Entlassung, das heißt nach Flesch „der Kündigung, die erfolgt, ohne daß in den wirtschaftlichen Verhältnissen des Arbeitgebers oder in den Vertragsleistungen des Arbeitnehmers Gründe dafür liegen, nur zu dem Zweck, um durch die Kündigung auf den entlassenen Arbeitnehmer oder dessen Kollegen in irgendeiner Weise einzuwirken“, doch ein starker Riegel vorgeschoben.



DOKTOR P. MUNCH, EHEMALS MINISTER DES INNEREN, KOPENHAGEN: DIE DÄNISCHE GESETZGEBUNG ÜBER DIE SCHLICHTUNG SOZIALER STREITIGKEITEN.

DIE dänischen Kammern haben im April 1910 zwei Gesetze über die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern angenommen. Das Eine dieser Gesetze regelt das Verfahren des Schiedsgerichts bei Zwistigkeiten rein juristischer Art, das Andere schafft eine obligatorische Vermittlung für die Entscheidung von Lohnfragen und anderen Interessenfragen. Die dänische Arbeiterschaft verfügt seit dreißig Jahren bereits über eine sehr starke Organisation; beinahe alle Industrierarbeiter sind gewerkschaftlich organisiert und beinahe alle Gewerkschaften sind in einer straffen Zentralorganisation zusammengefaßt. Die Arbeitgeber haben von Anbeginn dieser Organisation feindlich gegenüber gestanden und sich sehr bald auch ihrerseits zu einer Kampforganisation zusammengeschlossen. Im Jahre 1899 haben sie zuerst durch eine Riesenaussperrung die Arbeiterverbände niederzukämpfen versucht. 40 000 Arbeiter blieben viele Monate ohne Beschäftigung. Aber die Gewerkschaften verfügten über beträchtliche Mittel und hatten über dies die öffentliche Meinung auf ihrer Seite. Aus diesem Grunde scheiterte der Versuch der Unternehmer und die Aussperrung endigte durch Vergleich am 5. September 1899. Gleichzeitig kam man überein, ein Schiedsgericht einzusetzen, das alle Streitigkeiten zu schlichten hatte, die aus der Auslegung des Vergleichs vom 5. September entstehen konnten. Dies Schiedsgericht bestand aus der gleichen Anzahl von Vertretern der beiden gegnerischen Organisationen, unter dem Vorsitz eines neutralen, beiden Parteien genehmen richterlichen Beamten. Das Schiedsgericht trug im Anfang vollständig privaten Charakter, aber der Staat erteilte ihm später die offizielle Sanktion, indem man ihm die Befugnis gab Zeugenverhöre zu veranstalten. In den folgenden Jahren wurden durch das Schiedsgericht viele Streitfälle juristischer Art abgeurteilt und sowohl die Arbeitgeber als die Fachverbände haben sich immer diesen Entscheidungen unterworfen. Dies hat aber nicht verhindert, daß in Fällen, die Lohnstreitigkeiten, Arbeitszeit und Arbeitsordnung betrafen, die Streitigkeiten sehr zahlreich waren und daß sie im Jahre 1908 einen derartigen Umfang annahmen, daß der Minister des Inneren S. Berg, Mitglied eines gemäßigten Ministeriums, sich gezwungen sah, einzugreifen. Es glückte ihm, die streitenden Organisationen zu versöhnen und gleichzeitig eine Kommission einzusetzen zu gleichen Teilen aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestehend, um über die Frage der Schaffung einer obligatorischen Vermittlung zu beraten, durch welches man hoffte, die Zahl der Konflikte zu verringern. Im August 1908 begann die Kommission ihre Sitzungen. Sie war zuerst nur aus je 10 Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammengesetzt. Aber später übernahm Herr Ussing, der Präsident des Schiedsgerichts, den Vorsitz und seitdem gingen die Verhandlungen schnell vonstatten.

Die Verhandlungen dauerten ziemlich lange, doch konnte man im Januar 1910 dem Ministerium des Inneren zwei durchgearbeitete Gesetzentwürfe vorlegen. Die ganze Kommission war sich über die Behandlung

der Konflikte juristischer Natur einig. Man schlug vor, aus dem bestehenden fakultativen Gericht eine Staatseinrichtung zu machen. Und man war auch einig über die Zuständigkeit und die Vorgangsart dieser neuen Behörden. Über die Lohnstreitigkeiten war die Einigkeit nicht so vollständig. Der Präsident Ussing und die Vertreter der Arbeiter schlugen vor, für diese Konflikte einen Vermittler („Forligsmand“) zu ernennen; er sollte vom Minister des Inneren auf Vorschlag des Schiedsgerichts ernannt werden. Dieser Schiedsmann sollte das Recht haben, in allen Streitigkeiten zu vermitteln und er sollte auch das Recht haben, wenn diese Vermittlung fehlschlug, seine Vorschläge zu veröffentlichen und auf diese Weise an die öffentliche Meinung zu appellieren. Die Vermittlung sollte also obligatorisch sein. Aber die Verbände sollten nicht gezwungen sein, die Vorschläge des Vermittlers anzunehmen. Man sollte also für die Interessenstreitigkeiten eine Vermittlung haben und kein Schiedsgericht.

Aber die Arbeitgeber waren mit diesem Projekt nicht zufrieden, weil sie fürchteten, daß sie durch die öffentliche Meinung fast immer gezwungen sein würden, die Vorschläge des Vermittlers anzunehmen, und daß diese Vorschläge fast immer den Arbeitern vorteilhafter sein würden als den Fabrikanten.

Damals war ein radikales Ministerium am Ruder, das einige Monate vorher unter ganz außergewöhnlichen Verhältnissen gebildet worden war und das weder in der Kammer noch im Senat die Majorität hatte. Dieses Ministerium war dem obligatorischen Schiedsgericht nicht günstig gestimmt. Man war der Ansicht, daß der Staat nicht das Recht hatte, Arbeitgebern und Arbeitnehmern seinen Willen aufzuzwingen, solange es im Interesse der Gesamtheit nicht absolut notwendig war, und man war der Meinung, daß es ungeheuer schwierig sei, die Parteien zu zwingen, sich dem Urteil eines derartigen, gegen den Willen eines Partners eingesetzten Schiedsgerichts zu unterwerfen. Andererseits war man der Ansicht, daß der Staat unbestreitbar das Recht hätte, eine obligatorische Vermittlung einzurichten, und das Ministerium hat daher beide Gesetzentwürfe dem Reichstage vorgelegt.

Die Konservativen und die Gemäßigten, die damals die Majorität in beiden Kammern hatten, haben beide Gesetze angenommen. Die Konservativen zögerten anfangs ebenso wie die Arbeitgeber, die obligatorische Vermittlung durch Gesetz festzulegen. Aber durch einige Konzessionen formaler Natur glückte es, auch ihre Zustimmung zu gewinnen. Kurze Zeit nach der Veröffentlichung beider Gesetze waren die Wahlen, und das radikale Ministerium wurde durch ein gemäßigtes Ministerium ersetzt. Unter diesem Ministerium wurde als erster Vermittler der Direktor des statistischen Amts Koefoed gewählt.

Die neue Einrichtung hatte im Frühjahr 1911 die Feuerprobe zu bestehen. Da viele der Lohnverträge abgelaufen waren, bereiteten sich sowohl Arbeiter wie Fabrikanten zu einem erbitterten Kampf um die neuen Verträge vor. Die Arbeitgeber hatten zwar lange darauf verzichtet, die Macht der Gewerkschaften zu brechen, aber sie legten Wert darauf, diesmal Verträge von fünfjähriger Dauer abzuschließen, um jedenfalls für einen derartigen Zeitraum den „Arbeitsfrieden“ zu sichern. Die Arbeiter dagegen wollten sich auch innerhalb dieser fünfjährigen Perioden der Möglichkeit zur Erhöhung der Löhne nicht berauben lassen. Die geschäftliche Krisis, in der sich Dänemark seit geraumer Zeit befindet, gab den Arbeitgebern eine außerordentlich starke Stellung. Aber auch die Arbeiter verließen sich auf

die erprobte Organisation ihrer Gewerkschaften. Die Vorbesprechungen dauerten sehr lange und der Vermittler war bald gezwungen einzugreifen. Eine Zeitlang schienen alle seine Anstrengungen vergeblich und die Wertschätzung der neuen Einrichtung schwankte je nach dem Verlauf der Verhandlungen von Tag zu Tag. Aber glücklicherweise ging zum Schluß alles gut. Auf Vorschlag des Vermittlers Koefoed einigte man sich auf eine Tarifperiode von fünf Jahren. Die Arbeiter erhielten zur Entschädigung eine Steigerung der Löhne. Zwei Gewerkschaften allein wiesen zuerst den Vergleich zurück, aber die Arbeitgeber forderten kategorisch den Anschluß auch dieser Gruppen, wenn nicht die ganzen Einigungsverhandlungen scheitern sollten. Auf den sehr starken Druck der öffentlichen Meinung und die Vorstellungen der Generalkommission der Gewerkschaften gaben die beiden widerstrebenden Arbeitergruppen ihren Widerstand auf.

Natürlich hat dieser Erfolg das Ansehen des Vermittlers ganz außerordentlich gehoben.

Das radikale Ministerium beschäftigte sich auch mit der Frage der Staatsbeamten. Diese sind sehr zahlreich in Dänemark, wo ein großer Teil der Eisenbahn verstaatlicht ist. Die Gesamtzahl der dänischen Eisenbahn-, Telegraph-, Post und Zollbeamten beträgt 23000. Die Mehrzahl ist in einer Zentralorganisation zusammengeschlossen, aber neben dieser Organisation gibt es einige Sonderverbände, zu denen namentlich die Beamten der höheren Klassen gehören. Die Beziehungen zwischen Beamtenverbänden und Verwaltung begannen nach und nach etwas gespannt zu werden. 1908 bewilligte die Kammer eine beträchtliche Lohnerhöhung für die Beamten, aber in den Organisationen der Beamten war man der Meinung, daß die Behörde den Beamtenvereinigungen feindlich gegenüberstand und es durchaus vermied, in ernsthafte Besprechungen mit ihren Vertretern einzutreten.

Das radikale Ministerium war der Ansicht, daß es praktisch sein würde, um ein für allemal derartige Spannungen aus der Welt zu schaffen, feststehende Vorschriften für die Besprechungen zwischen den Behörden und den Vertretern der Beamtenorganisationen zu schaffen. Diese in Übereinstimmung mit den Vertretern der Beamtenschaft erlassenen Verfügungen wurden am 10. Mai 1910 durch die Minister veröffentlicht. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Statutes sind die folgenden:

1. Wenn die Absicht besteht, Gesetzänderungsvorschläge über die Pflichten und Rechte der Beamten zu erlassen, so sollen diese den Beamtenorganisationen vorgelegt werden, damit diese Gelegenheit haben, sich darüber zu äußern. Dasselbe soll bei Neuordnung des Reglements gelten, bei Lohnfragen, Arbeitszeit und allgemeinen Dienstinstruktionen.

2. Die Organisationen sollen das Recht haben, der Behörde Klagen und Vorschläge zu unterbreiten und im Notfall sollen direkte Verhandlungen zwischen den Beamten und der Behörde zulässig sein. Wenn die Beamten sich bei der Antwort der Behörde nicht beruhigen, sollen sie das Recht haben, sich direkt an das Ministerium zu wenden. Die Bestimmung des Ministeriums ist entscheidend. Wenn außerhalb der großen Organisationen befindliche Verbände sich beklagen wollen oder Vorschläge machen, sollen ihre Vorschläge von der Behörde an die großen Beamtenorganisationen gesandt werden, die sich dann darüber äußern können. Außerdem gibt das Statut genaue Bestimmungen über die Form, in der die Besprechungen zu halten sind.

In den Vorbesprechungen, die der Veröffentlichung dieses Statuts vorausgegangen sind, hat man theoretisch das Streikrecht der Beamten nicht er

örtert, aber durch ihre Zustimmung zu dem Statut haben sich die Beamten verpflichtet, sich jederzeit den Bestimmungen des Ministeriums zu unterwerfen. Wenn sie trotzdem nicht zufrieden sind, bleibt ihnen kein anderes Mittel, als sich direkt an das Parlament zu wenden.

Es wäre unklug, zu behaupten, daß durch diese Vorschriften die Möglichkeit eines Beamtenstreiks ein für allemal aus der Welt geschafft sei, denn es kann immer Fälle geben, in denen alle Regeln und Gesetze durchbrochen werden. Aber derartige Konflikte scheinen ziemlich ausgeschlossen in Dänemark. Durch das neue Statut ist es geglückt, die wachsende Unzufriedenheit unter den Staatsbeamten zu beseitigen, und seitdem sind jedenfalls ernsthafte Schwierigkeiten nicht mehr vorgekommen.



DR. FR. SCHOMERUS-JENA: DIE GEWINNBETEILIGUNG.



O ist denn die soziale Frage keine Frage mehr, ihre Lösung darf als erfolgt angesehen werden. Die Übersetzung ins praktische Leben hat bereits begonnen.“ Mit diesen kühnen Hoffnungen wertete am 16. März 1867 der Altmeister der deutschen Statistik, Dr. Ernst Engel die Gewinnbeteiligung und Teilhaberschaft am Schluß eines begeisterten Vortrages über den „Arbeitsvertrag und die Arbeitsgesellschaft“, den er in der Juristischen Gesellschaft zu Berlin in Gegenwart des preußischen Kronprinzen und zahlreicher Parlamentarier hielt.

Seitdem sind 44 Jahre ins Land gegangen, und viele werden lächeln über den Optimismus des gelehrten Statistikers, und Mitleid empfinden mit dem Berliner Messingfabrikanten Borchert, der sich von ihm verführen ließ, einen Versuch mit dem angepriesenen neuen System zu machen, das er mit einem Mißerfolg nach wenig Jahren wieder aufgeben mußte. Nicht nur daß dieser erste Versuch in Deutschland nicht glückte, auch in der Folgezeit hat die Gewinnbeteiligung und besonders ihre Weiterbildung, die Teilhaberschaft der Angestellten, eine wirkliche reformatorische Bedeutung bei uns nicht erlangt. Die Idee an sich lebt — aber die Übersetzung ins Praktische beschränkt sich auf vereinzelte Fälle. Die bisher erschienenen 8 Jahrgänge des Reichs-Arbeitsblattes, die gewiß alle irgendwie erheblichen Erscheinungen des sozialen Lebens behandeln und wertvolle Untersuchungen und Beiträge über sie liefern, bringen nicht eine einzige Mitteilung, geschweige denn eine statistische Erhebung über die Verbreitung und praktische Gestaltung der Gewinnbeteiligung und Teilhaberschaft. Die Annahme liegt nahe, daß die Bewegung in Deutschland bisher so geringfügige Resultate erzielt hat, daß die amtliche Beobachtungsstelle es nicht für nötig gehalten hat, darüber in ihrem Organ etwas zu berichten. Ich möchte aber anregen, daß unter Anknüpfung an die tatsächlichen Erhebungen von Viktor Böhmert und Heinrich Freese und die Materialsammlung der Zentralstelle für Volkswohlfahrt auch das Reichs-Statistische Amt über die Verbreitung der Gewinnbeteiligung in Deutschland Erhebungen anstelle, und die Ergebnisse im Reichs-Arbeitsblatt mitteile. Es würde damit an das gute Beispiel des englischen Board of Trade angeknüpft, das jährlich im Labour Gazette eine

Statistik über die Verbreitung der Gewinnbeteiligung im Vereinigten Königreich publiziert. Es ist nicht ausgeschlossen, ja zu erwarten, daß in Deutschland eine wesentlich weitere Verbreitung der Gewinnbeteiligung festgestellt werden kann, als man jetzt anzunehmen geneigt ist.

Ohne das Fiasko des Borchertschen Versuchs würde die Gewinnbeteiligung in Deutschland sicherlich rascheren Eingang gefunden haben. Man sollte aber nicht vergessen, daß seit jener Zeit bereits über 4 Jahrzehnte vergangen sind, und bei anderen potenten Firmen inzwischen die Beteiligung der Angestellten am Geschäftsgewinn mit jahrelangem Erfolge funktioniert hat. Es sind hier besonders zu nennen: Die Ilseder Hütte (seit 1869) mit 2900 Geschäftsangehörigen, die Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei (seit 1890) mit etwa 750 Geschäftsangehörigen; die Jalousiefabrik von Heinrich Freese-Berlin (seit 1888 für Beamte, seit 1891 auch für die Arbeiter); die A.-G. für Federstahlindustrie in Kassel (seit 1892); Max Rösler, Feinsteingutfabrik in Rodach i. Thür. mit etwa 300 Geschäftsangehörigen (seit 1896, bei der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft im Jahre 1910 wurde die Gewinnbeteiligung in den Gesellschaftssatzungen festgesetzt); die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft mit 2220 Angestellten (seit 1905 durch Gesellschaftsstatut gewährleistet); die Brauerei zum Felsenkeller b. Dresden, Akt.-Gesellschaft, mit 5—600 Geschäftsangehörigen (seit 1896 durch statutarische Festsetzung gewährleistet, i. J. 1900 weiter ausgebildet); die Hildesheimer-Aktien Brauerei; die Optische Werkstätte von Carl Zeiss, Jena, mit 3200 Geschäftsangehörigen (seit 1896); das Glaswerk von Dr. Schott & Genossen, Jena, mit etwa 1200 Geschäftsangehörigen; die Manufakturfabrik Köchlin, Baumgaertner & Co., A.-G. in Lörrach (seit 1903) mit 1200 Arbeitern; die Preuß. Boden-Kredit-Aktienbank in Berlin; das Draegerwerk, Fabrik physikalischer Apparate in Lübeck, (seit 1900); die Wollwäscherei und Kämmerei in Döhren b. Hannover, A.-G. (seit 1910) u. a.

Diese Firmen denken gar nicht daran, das bei ihnen eingelebte System etwa wieder abzuschaffen, sondern bilden es zum Teil weiter aus; sie werden auch nicht in ihrer Entwicklung gehindert, sondern im Gegenteil, wie vielfach bekundet ist, eher gefördert.

Bei der Mehrzahl der genannten Firmen pflegt sich die Höhe des Gewinnanteils zwischen 5—10 % des Lohnkontos zu bewegen, bei einigen bleibt sie in der Regel unter 5 %, bei wenigen nur übersteigt sie 10 %. Durchweg handelt es sich um recht beträchtliche Nachzahlungen, um die das Jahreseinkommen der Geschäftsangehörigen der Gewinnbeteiligungs-Firmen höher ist als das der Angestellten anderer Firmen.

Die Gedankengänge, welche der Gewinnbeteiligung zugrunde liegen, sind folgende: Die Unternehmung und die in ihr arbeitenden Personen vom ersten bis zum letzten Mann stellen ein großes Ganze dar, dem jeder Beteiligte mit allen Kräften zu dienen hat. Dasjenige Unternehmen, das alle Glieder zu einem eifrigen und harmonischen Zusammenwirken zu erziehen versteht, hat die besten Möglichkeiten zum Erfolg und Emporkommen. Da der Eigennutz eine der wirksamsten und nicht der schlechtesten Triebfedern des Handelns und Verhaltens der Menschen ist, so läßt sich jener Gemeinschaftssinn nur erreichen, wenn der Erfolg des Ganzen zum Erfolg jedes einzelnen Gliedes wird. Wie flauer Geschäftsgang, verlustreiche Jahre, Desorganisation der Betriebe in irgend einer Weise zum Nachteil aller ausschlagen, zu Lohn- und Gehaltskürzungen, zur Verhinderung des Vorwärtstommens, zum Verlust der Stellung usw. führen, so soll und muß auch der Aufschwung des

Unternehmens allen, die in ihm mitgearbeitet haben, in der Verbesserung der Lage durch Teilnahme am Gewinn unmittelbar fühlbar werden.

Dieser gesunde Gedanke der Gewinnbeteiligung setzt sich immer wieder trotz aller Kritik durch und behauptet sich im In- und Auslande. Für seine Durchführung bietet das wirtschaftliche Leben zahlreiche Gelegenheiten. Man mag z. B. den kritischen Betrachtungen Biermers *) beistimmen, der sagt:

„Die theoretische Berechtigung der G. wird vielfach übertrieben. Sie allgemein einzuführen, hat keine volkswirtschaftliche Berechtigung, denn in dem gewöhnlichen Industrieverhältnis ist die Leistung der Masse von Arbeitern von untergeordneter Bedeutung für den Geschäftsgewinn. Vielmehr entspricht es der Gerechtigkeit, den Arbeiter nach seiner isolierten Leistung zu bezahlen und diese Leistung nach ihrer Größe, Güte und Dauer durch Stücklohn, Qualitäts-, Ersparnis- und Dienstprämien zu honorieren, ganz unabhängig von den Geschäftskonjunkturen, und unabhängig von der größeren oder geringeren Tüchtigkeit an Spekulationsgeist usw. des Unternehmers.“ Ein Freund der G. kann sich zufrieden geben mit dem, was Biermer dann folgen läßt: „Nur da, wo der Einfluß des Arbeiters und Beamten auf den Geschäftsgang wirklich durchgreifender Natur ist, hat die G. eine innere Berechtigung und verspricht den gewünschten Erfolg.“

Nun gut, möge sie nur erst überall da, wo sie diese zweifellose innere Berechtigung hat, durchgeführt werden, dann wird sich das weitere finden. Niemand wird sich heute mehr einbilden, daß mit ihrer Einführung die soziale Frage gelöst sein werde. Diese kompliziert sich vielmehr stets wieder von neuem und stellt die vorwärtsschreitende Menschheit beständig vor andere Probleme. Aber in der Frage der Einkommensverteilung und der sozialen Zwecksetzung des Wirtschaftens werden wir einen guten Schritt weiter gekommen sein.

Unter den auswärtigen Staaten haben besonders Frankreich und England zahlreiche Fälle der Gewinnbeteiligung aufzuweisen. In Frankreich erstreckte sie sich 1906 auf etwa 100 Betriebe und 130 Konsumvereine. Zu ihrer Propaganda gibt es eine besondere „Gesellschaft zum praktischen Studium der Gewinnbeteiligung“, die eine Vierteljahres-Schrift *Bulletin de la participation aux bénéfices* herausgibt. Besondere Aufnahme gefunden hat dort die Gewinnbeteiligung bei Versicherungsgesellschaften, Verkehrs-Gesellschaften, Druckereien und Textilfirmen. Die beiden ältesten, berühmt gewordenen Gewinnbeteiligungsfirmen Frankreichs, die Baufirma Jean Leclaire's (seit 1841) und Godin's Fabrik zur Herstellung gußeiserner Öfen, bestehen und florieren bis auf den heutigen Tag.

In England ist es mit der Gewinnbeteiligung gerade in den letzten Jahren wieder vorangegangen, nachdem das Interesse für sie in den Jahren wirtschaftlicher Stagnation erheblich zurückgeebbt war. Konnte die *Labour Gazette* 1902 noch nicht 12 000 Arbeiter zählen, die in Firmen mit Gewinnbeteiligung beschäftigt waren, so 1904 bereits 47 500 und 1910 sogar 77 900 bis 84 350 in 69 Firmen. Diese erhebliche Zunahme ist vornehmlich auf die Bewegung innerhalb der Gasindustrie zurückzuführen, die durch die Südlondoner Gasgesellschaft hervorgerufen ist. Diese hat auf die Initiative ihres am 4. Oktober 1908 verstorbenen Präsidenten George Livesey im Jahre 1889 die Gewinnbeteiligung eingeführt und ein hochentwickeltes System daraus gemacht. Bis 1904 waren ihr 4 andere Gasgesellschaften gefolgt, im Juli 1910 gab es bereits 26 Gasgesellschaften in England, die dem Vorbild entsprechend nicht nur die Gewinnbeteiligung, sondern auch die Teilhaberschaft eingeführt hatten.

*) Elsters Wörterbuch der Volkswirtschaft, Art. Gewinnbeteiligung

Das System der Südlondoner Gasgesellschaft ist so großzügig und weitreichend, trotzdem aber in Deutschland noch so unbekannt, daß es sich lohnt, die Hauptgedanken und Tatsachen näher darzulegen.

Um die Konsumenten vor zu großer Ausbeutung des Monopols durch die Gasgesellschaften zu schützen, sind seit Mitte der 70er Jahre Spezialgesetze des Parlaments ergangen, welche die Dividende der Gasgesellschaften in Abhängigkeit von der Höhe der Gaspreise bringen. Nach der letzten gesetzlichen Neuregelung vom Jahre 1900 darf z. B. die Südlondoner Gasgesellschaft bei einem Verkaufspreise des Gases von 3 s 1 d für 1000 Fuß nur 4 % Dividende an die Aktionäre bezahlen, sie aber bei einer Preisermäßigung unter 3 s 1 d für jeden Penny um $\frac{1}{4}$ % erhöhen. Die Dividende muß aber auch bei jeder Preiserhöhung des Gases über jene Grenze hinaus eine Kürzung um $\frac{1}{4}$ % für jeden Penny erfahren. Mit steigenden Gaspreisen fällt die Dividende der Aktionäre, mit fallenden Gaspreisen steigt sie. Je billiger das Gas geliefert werden kann, um so günstiger nicht nur für die Konsumenten, sondern auch für die Aktionäre.

Diese gesetzliche Bestimmung gibt wohl den Konsumenten und den Aktionären ein gleiches Interesse, läßt aber einen wichtigen Faktor der Produktion, die Arbeiterschaft, unberührt. Damit die Absicht des Gesetzes, so schloß Sir George Livesey, voll erreicht werde, müßte auch die Arbeiterschaft in die Interessengemeinschaft einbezogen und dahin interessiert werden, daß die Gasproduktion möglichst billig vor sich gehe; ihre Beteiligung am Gewinn sei daher notwendig und zwar so, daß der Anteil mit steigenden und sinkenden Gaspreisen falle und steige. Im engen Anschluß an den vom Gesetz für die Dividendenzahlung aufgestellten Grundsatz wurde eine Skala festgesetzt, die seit 1901 folgende Sätze vorsieht: Beträgt der Preis von Gas 3 s 1 d oder mehr für 1000 Fuß, so wird kein Gewinnanteil ausgekehrt. Für jeden Penny unter diesem Verkaufspreis werden $\frac{3}{4}$ % Zuschlag zum Lohn gewährt, so daß bei einem Gaspreis von 3 s der Gewinnanteil $\frac{3}{4}$ %, bei einem Preis von 2 s der Anteil $9\frac{1}{4}$ % des Lohnes beträgt.

Da der Gaspreis seit 1900 mit einer Ausnahme zwischen 2 s und 2 s 3 d schwankte, so betrug der Gewinnanteil im letzten Jahrzehnt zwischen $7\frac{1}{2}$ bis $9\frac{1}{4}$ %. Im Jahre 1910 wurden $8\frac{1}{4}$ % auf den Jahresverdienst verteilt; das bedeutete eine Summe von £ 41 327.

Um das Interesse der Arbeiter noch mehr mit der Gesellschaft zu verknüpfen, wurde 1894 die Teilhaberschaft für die Arbeiter und Beamten eingeführt. Die eine Hälfte des Gewinnanteils wird seit jener Zeit als Eigentum der Arbeiter und Angestellten der Gesellschaft übergeben, bis der Betrag genügt, ihnen Aktien zu 5 £ zu geben. Die andere Hälfte ist abhebbar, kann aber auch gegen Verzinsung in den Händen der Gesellschaft gelassen werden. Bis zum 30. Juni 1910 hatten die Arbeiter Aktien im Nominalwerte von 282 800 £, zu einem Erwerbspreis von 360 400 £ erworben, die zu treuen Händen verwaltet werden. Außerdem waren 109 000 £ bei der Gesellschaft verzinslich angelegt, so daß die Teilhaber Ende Juni 1910 ein Gesamtkapital von fast 470 000 £ = 9 400 000 M. bei der Gesellschaft stehen hatten. Die Zahl der Arbeiter- und Beamtenteilhaber beläuft sich auf etwa 5500. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 6 000 000 £.

Sir George Livesey ging im Jahre 1898 noch einen großen Schritt weiter. Er hat sich darüber in einem Vortrage zu Newcastle-on-Tyne im Oktober 1899 folgendermaßen ausgesprochen:

„Nachdem wir von der Gewinnbeteiligung des Jahres 1889 zur Teilhaberschaft im Jahre 1894 übergegangen waren, blieb uns noch der letzte Schritt zu tun, die Beteiligung an der Verantwortlichkeit in der Geschäftsleitung. Wir fühlten, daß früher oder später die Leute, deren Ersparnisse bei der Gesellschaft angelegt waren, einen Anteil in der Verwaltung des Eigentums wünschen würden. Zwar, als uns dieser Gedanke kam, war die Frage nicht brennend, denn das Gesellschaftskapital betrug über 5 000 000 £, während der Wert der gesamten Einlagen der Arbeiterschaft 20 000 £ nicht überschritt. Aber hierbei waren höhere Rücksichten zu nehmen. Diese bestanden darin, daß je früher man die Arbeiter erziehe, auch die kaufmännische Seite des Geschäftes zu verstehen, um so besser; daß man ihnen Gelegenheit geben müsse, die industriellen Fragen sowohl von des Arbeitgebers Standpunkt als von ihrem eigenen aus zu betrachten, daß sie daher einen Teil der Verantwortlichkeit auf sich nehmen müßten, um von Mietlingen zu Teilhabern im vollsten Sinne des Wortes erhoben zu werden.“

Seit 1898 gehören daher dem Aufsichtsrat, der aus 9 Mitgliedern besteht, zwei Arbeiter, die aus den Reihen der Arbeiter-Aktionäre gewählt sind, und ein aus den Reihen der Beamten-Aktionäre gewählter Beamter an. Jede Woche findet eine Sitzung des Aufsichtsrats statt, so daß die Arbeiter-Aufsichtsratsmitglieder 5 Tage in der Woche in der Fabrik unter einem Vorarbeiter ihre Arbeit verrichten, und am 6. Tage die Geschäfte eines Aufsichtsratsmitglieds besorgen. Die Diäten dieser Direktoren bestehen aus dem versäumten Arbeitslohn plus 1 £ 1 s für jede wöchentliche Sitzung.

Wie diese Neuordnung für die Arbeiterschaft eine ganz erhebliche wirtschaftliche und moralische Besserstellung bedeutet, so ist sie auch für die Südlondoner Gasgesellschaft überraschend günstig gewesen. Sie zahlte die gleichen Lohnsätze, wie die beiden anderen großen Londoner Gasgesellschaften, aber der Lohnaufwand auf eine Tonne karbonisierter Kohlen stellte sich bei ihr infolge besserer Ausnutzung der Maschinen, guter Füllung der Retorten mit Kohlen usw. auf nur 2 s 3 d, ungefähr 1 s weniger als die beiden anderen Gesellschaften aufzuwenden hatten, so daß hierdurch schon in früheren Jahren etwa 50 000 £ gespart wurden. Die Arbeiter erhielten große Beträge ausbezahlt und wurden Teilhaber, den Konsumenten konnte das Gas erheblich billiger geliefert werden, als von den beiden anderen Gesellschaften, die Abnehmerzahl nahm daher sehr viel schneller zu als bei diesen, die Gasproduktion stieg, und die Gesellschaft war in der Lage, beständig höhere Dividende zu bezahlen, als ihre Konkurrenten. Deshalb sah sich 1901 die Londoner Commercial-Gas-Company veranlaßt, die Gewinnbeteiligung und Teilhaberschaft einzuführen, und 1909 ging die größte und älteste, die Londoner Gas-Light- und Coke-Company mit ihren 10 000—11 500 Geschäftsangehörigen zum gleichen System über, nachdem bereits die Vorstadtgesellschaft South Suburban-Gas-Company im Jahre 1895 vorangegangen war. Seit 1908 war der Übergang zur Gewinnbeteiligung und Teilhaberschaft bei den englischen Gasgesellschaften so sehr auf der Tagesordnung, daß bis zum Juli 1910 bereits 26 Teilhaberschafts-Gasfirmen gezählt werden konnten.

Das scheint der beste Beweis für die Güte des Systems zu sein, daß die Konkurrenten sich gezwungen sahen, es zu übernehmen, weil sie sonst nicht konkurrenzfähig bleiben. Es gibt fast kein Gewerbe, das nicht ein Beispiel erfolgreicher Gewinnbeteiligung in der Praxis aufzuweisen hätte. Es kann aber für die Zukunft der Bewegung von ganz erheblicher Bedeutung werden, daß jetzt in England ein ganzes Gewerbe drauf und dran ist, durch Übergang

zur Gewinnbeteiligung und Teilhaberschaft die Arbeiter zu interessierten Mitarbeitern zu erheben und dadurch nicht nur ihre materielle Lage zu verbessern, sondern auch ihre Stellung innerhalb der volkswirtschaftlichen Produktion ganz erheblich zu verändern, zu „veredeln“. Es wird abzuwarten sein, ob und mit welchem Erfolg diese Bewegung die ganze englische Gasindustrie ergreifen, und wie dieser imponierende Vorgang auf die übrigen Gewerbe weiterwirken wird. Die Bewegung wird weiter wachsen, wenn sich die Worte des verstorbenen Sir George Livesey als richtig erweisen und als richtig in weiteren Kreisen anerkannt werden: „Copartnership is neither philanthropy nor charity, but business, business up to date“. „Die Teilhaberschaft ist weder Philanthropie noch Wohltätigkeit, sondern Geschäftssache und zwar eine, die auf der Höhe der Zeit steht.“



DR. FERDINAND MAREK, KONSULENT DER HANDELS- UND GEWERBEKAMMER BRÜNN: DER NEUE ÖSTERREICHISCHE GESETZENTWURF ÜBER DIE REGELUNG DER HEIMARBEIT IN DER KLEIDER-, SCHUH- UND WÄSCHEWARENER- ZEUGUNG.

IN der September-Nummer 1911 der Dokumente des Fortschritts hat sich Professor Dr. Broda mit dem Problem der Heimarbeit befaßt und hierbei auch des von der österreichischen Regierung vorbereiteten Gesetzentwurfes Erwähnung getan. Aufgabe der folgenden Ausführungen soll es sein, den Inhalt dieses Entwurfes kurz wiederzugeben und die Stellungnahme der interessierten Korporationen, soweit sie bisher bekannt ist, in den wesentlichsten Punkten zu registrieren.

Das in Vorbereitung stehende Gesetz ist nicht der erste Versuch, die Heimarbeit in Österreich einer gesetzlichen Regelung zu unterziehen. Die Bestrebungen der österreichischen Regierung in dieser Richtung gehen schon auf das Jahr 1896 zurück. Während sich aber die Regierung anfangs nur mit gewerbepolitischen Maßregeln befaßt hatte, wurde den interessierten Körperschaften im Jahre 1907 ein Gesetzentwurf zur Begutachtung vorgelegt, der, trotz seiner einschränkenden Beziehung auf die Kleider-, Wäsche- und Schuhwarenfabrikation, eine allgemeine Regelung der Heimarbeit auch in sozialpolitischer Hinsicht enthielt. Seine Bestimmungen begegneten einer geteilten Beurteilung, und das Gesetz kam nicht zur parlamentarischen Beratung.

Der Entwurf des Jahres 1911 ist zum Teil auf dem alten Material aufgebaut, enthält aber auch eine Reihe ganz neuer Vorschriften, die sich insbesondere auf die Regelung der Lohnfrage beziehen; andererseits beschränkt er sich aber ausschließlich auf die Heimarbeit in der Kleider-, Schuh- und Wäschewarenherstellung, ohne die Heimarbeit im allgemeinen zu berühren.

Das Gesetz wird sich im Sinne des § 1 des Entwurfes auf Heimarbeiter, Stückmeister, Werkstattgehilfen, Unter-

nehmer und die Zwischenpersonen, d. i. jene Personen, deren sich der Unternehmer zur Vermittlung des Verkehrs mit den Stückmeistern oder Heimarbeitern bedient, erstrecken. Als Heimarbeiter gelten alle jene Personen, welche, ohne die formelle Eigenschaft von Inhabern der betreffenden Erzeugungsgewerbe zu besitzen, außerhalb der festen Betriebsstätten ihrer unmittelbaren Arbeitgeber für letztere mit der Herstellung von Kleidern, Schuhen oder Wäschewaren beschäftigt sind und aus dieser Beschäftigung ihren regelmäßigen Unterhalt beziehen. Es ist dabei einerlei, ob sie die zur Verarbeitung gelangenden Materialien ganz oder teilweise selbst beistellen oder diese mehr oder weniger vorgerichtet geliefert erhalten. Auch die übrigen Kategorien sind im Gesetze definiert.

Die §§ 3 und 4 enthalten Evidenzvorschriften. Hiernach haben Unternehmer den Umstand, daß sie Kleider-, Schuh- oder Wäschewaren durch Stückmeister oder Heimarbeiter herstellen lassen, der Gewerbebehörde schriftlich anzuzeigen. Die gleiche Vorschrift gilt für die Stückmeister. Unternehmer und Zwischenpersonen haben ein Verzeichnis über die von ihnen unmittelbar beschäftigten Stückmeister und Heimarbeiter anzulegen und evident zu halten. Desgleichen die Stückmeister über die von ihnen beschäftigten Werkstattgehilfen und Heimarbeiter. Unternehmer, welche sich der Vermittlung von Zwischenpersonen bedienen, haben auch über diese Rechenschaft abzulegen. Die Verzeichnisse sind in regelmäßigen Zeitabschnitten der Gewerbebehörde erster Instanz einzusenden.

Vorschriften über die Bekanntmachung der Arbeitsbedingungen, der Lohn- und Lieferungsbücher bilden den Inhalt der beiden folgenden Paragraphen. Unternehmer und Zwischenpersonen haben, sofern die Ausfolgung der Arbeit an die Stückmeister oder Heimarbeiter bzw. die Ablieferung der von den Stückmeistern oder von Heimarbeitern hergestellten Arbeiten in eigenen, dem Kundenverkehr entzogenen Räumen vor sich geht, daselbst durch Anschlag die etwa festgesetzten Termine der Ausfolgung und Einlieferung von Arbeiten, die Art und Höhe der Lohnzahlung sowie die Fälle und das Ausmaß der etwaigen Lohnabzüge bekanntzugeben. Die gleiche Verpflichtung trifft die Stückmeister in Ansehung ihrer Arbeitsstätten. Die Arbeits- und Lohnordnung ist der Gewerbebehörde zur Genehmigung einzusenden, die nur im Falle vorhandener Gesetzeswidrigkeit versagt werden darf. Heimarbeiter haben ein Lohnbuch, Stückarbeiter ein Lieferungsbuch zu erhalten. Diese Bücher müssen auf Verlangen dem Gewerbeinspektor zur Einsicht vorgelegt werden. § 7 dehnt die Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung auf jene Unternehmer, Zwischenpersonen und Stückmeister aus, die den von ihnen unmittelbar beschäftigten Heimarbeitern Wohnungen überlassen. § 8 bestimmt, daß männliche Personen vor vollendetem 18., weibliche Personen vor vollendetem 16. Lebensjahr als Heimarbeiter nicht verwendet werden dürfen. § 9 unterwirft die Arbeitsräume und die Arbeitsverrichtungen der Heimarbeiter der sanitätspolizeilichen Kontrolle. Bei Auftreten einer ansteckenden Krankheit kann die politische Behörde die Verrichtung von Heimarbeiten in allen oder bestimmten Werkstätten der Heimarbeiter untersagen. In § 10 kommt der Entwurf den Wünschen des Kleingewerbes nach einer tunlichsten Einschränkung der Heimarbeit entgegen, indem er dem Heimarbeiter untersagt, Kundenarbeit zu übernehmen und Hilfsarbeiter oder Lehrlinge zu halten;

die gelegentliche Verwendung von Familienmitgliedern zur vorübergehenden Aushilfe begründet nicht die Eigenschaft eines Hilfsarbeiters oder Lehrlings, es dürfen aber Kinder vor vollendetem 12. Lebensjahr auch zu derartigen gelegentlichen Arbeiten nicht herangezogen werden.

Die wichtigsten und einschneidendsten Bestimmungen enthält der VI. Abschnitt des Entwurfes über Heimarbeitskommissionen. Während der Entwurf des Jahres 1907 die Lösung der Lohnfrage in Anlehnung an die Bestimmungen der Gewerbeordnung suchte und die Festsetzung von Mindestlöhnen und sonstigen Arbeitsbedingungen prinzipiell den Gewerbevereinigungen übertrug, schafft der gegenwärtige Entwurf besondere Organisationen, die, ohne unmittelbaren Zusammenhang mit einer Gewerbevereinigung, die Festsetzung der Mindestlöhne und anderer Arbeitsbedingungen autonom vornehmen. „Der Entwurf sieht die Errichtung besonderer aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzter Kommissionen vor, denen neben den die Lohnfrage berührenden Aufgaben einigungsamtliche und konsultative Funktionen zugewiesen sind. Die Bestreitung der mit der Tätigkeit dieser Kommissionen verbundenen Kosten überträgt der Gesetzentwurf den Handels- und Gewerbekammern, in der Erwägung, daß gerade diese Korporationen an der Stabilität der Produktion und der Arbeitsverhältnisse in der Konfektion, die durch die Schaffung von Heimarbeitskommissionen verbürgt werden soll, das lebhafteste Interesse besitzen und aus diesem Grunde wohl geeignet sein werden, die verhältnismäßig geringfügigen Kosten der Tätigkeit dieser Kommissionen zu übernehmen, zumal ihnen andererseits durch die Führung der Bureaugeschäfte der Heimarbeitskommissionen ein nicht unwesentlicher Einfluß auf ihre Tätigkeit eingeräumt ist.“ (Motivenbericht der Regierung.)

Der wesentlichste Inhalt der Bestimmungen des VI. Abschnittes (§§ 11 bis 41) ist folgender: Durch eine Verordnung der politischen Landesbehörde kann für die Erzeugung von Kleidern, Schuhen oder Wäschewaren im Wege der Heimarbeit die Bildung einer Heimarbeitskommission verfügt werden. Die sachliche Zuständigkeit der Heimarbeitskommission kann auch territorial auf einen ganzen der im Gesetze behandelten Produktionszweige oder einen bestimmt abgegrenzten Teil eines solchen erstreckt werden.

Die Heimarbeitskommission kann mit Rechtsverbindlichkeit für die ihr zugewiesenen Produktionszweige Mindestlöhne für die Werkstattgehilfen der Stückmeister und die Heimarbeiter, Mindestpreise für die von den Stückmeistern ihren Auftraggebern zu liefernden Waren und sonstige Arbeitsbedingungen festsetzen. Sie kann auch bestimmen, daß die von ihr beschlossenen Satzungen nur für einzelne Gebiete ihres Sprengels Anwendung zu finden haben.

Jede Heimarbeitskommission setzt sich aus sechs Abteilungen zusammen, welche aus Vertretern der nachfolgenden sechs Gruppen gebildet werden:

1. Unternehmer, die Inhaber eines fabrikmäßigen Betriebes sind, außerdem jene Unternehmer, die ein Erzeugungsgewerbe betreiben und einen von der politischen Landesbehörde nach Anhörung der zuständigen Handelskammer festzusetzenden Mindestbetrag an jährlicher Erwerbssteuer entrichten;
2. Unternehmer, die ein Handelsgewerbe;
3. Unternehmer, die ein zugehöriges

Gewerbe handwerksmäßig betreiben; 4. Stückmeister; 5. Werkstattgehilfen der Stückmeister; 6. Heimarbeiter.

Jede Gruppe hat in die völlig paritätisch nebeneinander bestehenden Abteilungen mindestens drei, höchstens sechs Mitglieder und für jedes Mitglied einen Ersatzmann zu entsenden. Die Zahl der Mitglieder wird von der politischen Landesbehörde festgesetzt, die auch die einzelnen Mitglieder, und zwar in der ersten Gruppe auf Vorschlag der kompetenten Handels- und Gewerbekammer, in der 2.—4. Gruppe auf Vorschlag der betreffenden Gewerbe-genossenschaften ernennt. Die Vertreter der in die Gruppen 5 und 6 fallenden Werkstattgehilfen, beziehungsweise Heimarbeiter werden von den Gehilfenausschüssen der politischen Landesbehörde bezeichnet. Hierbei ist auf eine entsprechende Vertretung der einer Gewerbe-genossenschaft nicht angehörenden Heimarbeiter Rücksicht zu nehmen.

Der Vorsitzende der Heimarbeitskommission und sein Stellvertreter sind von der politischen Landesbehörde zu ernennen; diesen Funktionären kommt ein Stimmrecht nicht zu. Die Vorsitzenden der Abteilungen werden von diesen mit Stimmenmehrheit gewählt. Den Mitgliedern und Ersatzmännern der Heimarbeitskommission aus dem Kreise der Stückmeister, Werkstattgehilfen und Heimarbeiter gebührt nebst dem Ersatze ihrer Barauslagen eine Entschädigung, welche dem erlittenen Verdienstentgange entspricht. Die Führung der Bureaugeschäfte sowie die Bestreitung der Kosten der Tätigkeit der Kommission obliegt jener Handels- und Gewerbekammer, in deren Bezirke sich der Sitz der Kommission befindet.

Um eine Majorisierung eines der Vertragsteile zu verhindern, bestimmt der Entwurf, daß die Festsetzung von Mindestlöhnen, Mindestpreisen und der sonstigen Arbeitsbedingungen in jeder der hierfür in Betracht kommenden Abteilungen gesondert und mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden muß. Die Beschlüsse der einzelnen Abteilungen müssen übereinstimmen und unterliegen der Genehmigung durch die politische Landesbehörde, welche sie öffentlich kundmacht.

Wichtig ist auch die einigungsamtliche Funktion der Heimarbeitskommissionen. Der Kommission obliegt es, zwischen den einzelnen Gruppen, auf welche sich ihre Wirksamkeit zu erstrecken hat, eine gütliche Verständigung über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses anzubahnen; zu diesem Zwecke wird aus den in Betracht kommenden Abteilungen ein Einigungsamt gebildet. Kommt ein gütlicher Ausgleich zwischen den Interessenten nicht zustande, so ist vom Vorsitzenden unter Zuziehung der Beisitzer, der beteiligten Parteien und der Gewerbeinspektion eine nicht öffentliche Verhandlung vor dem Einigungsamte anzuordnen. Wird eine Einigung nicht erzielt, so hat das Einigungsamt in Abwesenheit der Parteien und Vertrauensmänner einen Schiedsspruch zu fällen, der sich jedoch nur auf die streitig gebliebenen Fragen zu erstrecken hat. Der Schiedsspruch ist den Parteien mit der Aufforderung zu eröffnen, sich binnen einer zu bestimmenden Frist darüber zu erklären, ob sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen. Die Parteien können jederzeit durch eine deutliche Willenserklärung von dem Übereinkommen zurücktreten. Ist weder eine Einigung noch ein Schiedsspruch zustande gekommen, so ist dies vom Vorsitzenden der Kommission öffentlich bekannt zu machen.

Die Heimarbeitskommission ist endlich auch berufen, in Angelegenheiten der Heimarbeit Gutachten abzugeben und Anträge zu stellen.

Der VII. Abschnitt des Gesetzentwurfes (§§ 42—44) enthält Bestimmungen über Kollektivverträge. Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auf welche sich die Wirksamkeit dieses Gesetzes erstreckt, Vereinigungen angehören, zwischen denen Kollektivverträge getroffen worden sind, gelten die Bestimmungen dieser Kollektivverträge vorbehaltlich entgegenstehender Abmachungen der Parteien als Bestandteile eines jeden Vertrages, der zwischen einzelnen dieser Personen über Leistungen der in diesem Gesetze bezeichneten Art abgeschlossen wird. Beim Bestande eines Kollektivvertrages haben die Satzungen der Heimarbeitskommission auf die in Betracht kommenden Verhältnisse nur dann Anwendung zu finden, wenn die Parteien diese Verhältnisse in einer von den Bestimmungen des Kollektivvertrages abweichenden Weise regeln. Wird während der Gültigkeitsdauer von Satzungen der Heimarbeitskommission ein Kollektivvertrag abgeschlossen, so verlieren diese Satzungen insoweit ihre Rechtsverbindlichkeit, als die in Betracht kommenden Verhältnisse von den Parteien im einzelnen Falle den Bestimmungen des Kollektivvertrages gemäß geregelt werden.

Der letzte Abschnitt des Gesetzentwurfes enthält Straf- und Schlußbestimmungen, wonach unter anderem Übertretungen der von der Heimarbeitskommission aufgestellten Satzungen nach den Strafbestimmungen der Gewerbeordnung geahndet werden sollen.

Hinsichtlich der Stellung, welche die interessierten Kreise dem Entwürfe gegenüber einnehmen, kann derzeit nur auf die Gutachten einiger Handels- und Gewerbekammern hingewiesen werden; auch die Fachpresse hat den Entwurf mehrfach behandelt und der Ansicht der Unternehmerkreise aus der Konfektionsindustrie Ausdruck gegeben. Die Kammern anerkennen ohne Ausnahme die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Heimarbeit, sie bezeichnen aber vielfach manche der von der Regierung im Entwürfe vorgeschlagenen Bestimmungen als zu weitgehend. Dies gilt insbesondere von den Heimarbeitskommissionen, deren Funktion als Lohnämter z. B. der Handels- und Gewerbekammer in Brünn mit dem gesetzlich festgelegten freien Arbeitsvertrage unvereinbar erscheint, wobei nach Ansicht der Kammer auch die vorbehaltene staatliche Genehmigung der Mindestlohnsatzungen usw. nicht die Gewähr bietet gegen Lohnsteigerungen, welche den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen widersprechen würden. Auch die Handels- und Gewerbekammer in Reichenberg spricht sich gegen die Bestimmungen über die Heimarbeitskommissionen in der vorgeschlagenen Fassung aus und beantragt die Einsetzung solcher Kommissionen nur unter der Voraussetzung, daß eine der beteiligten Interessentengruppen die Konstituierung einer Heimarbeitskommission wünschen würde; auch beim Vorhandensein eines solchen Antrages sollen vorerst die genauesten Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der betreffenden Gruppe gepflogen werden, wobei mit voller Gewißheit zu konstatieren wäre, daß die Löhne in dieser Gruppe so niedrig und die sonstigen Arbeitsverhältnisse so ungesund sind, daß ein Eingriff von dritter Seite gerechtfertigt erscheint. Im übrigen wird eine allgemeine Einschränkung des Wirkungskreises der Heimarbeitskommissionen verlangt.


Auch die Vorschriften über die Kollektivverträge begegnen verschiedenen Bedenken. Es wird eingewendet, daß die Unternehmer gegen-

über den Kollektivverträgen seit jeher eine ablehnende Haltung einnehmen und daß es nicht angehe, dieses, für die gesamte Produktion so bedeutsame Problem nur so nebenbei für das beschränkte Gebiet der Heimarbeit lösen zu wollen.

Die Bestimmungen über die Altersgrenzen der Heimarbeiter werden mit Rücksicht auf die in der Gewerbeordnung für Industrie und Gewerbe festgelegten Vorschriften als zu weitgehend bezeichnet und es wird im Hinblick auf die Erwerbsmöglichkeit zahlreicher Familien sowie die Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses die Herabsetzung der Altersgrenzen bei männlichen Arbeitern auf 17, bei weiblichen auf 14 Jahre, nach einem anderen Antrag für handwerksmäßige Verrichtungen auf 16 Jahre, für alle anderen Arbeiten auf 14 Jahre vorgeschlagen.

Die Bekanntmachung der Arbeitsbedingungen und die Ausfolgung von Lohn- und Lieferungsbüchern werden teils gebilligt, teils abgelehnt. Die Vereinigung der Konfektionäre Österreichs hält die Vorschriften über den Anschlag der Lohnsätze für undurchführbar und gefährlich, da hierdurch den Konkurrenzunternehmen erwünschte Informationen an die Hand gegeben werden würden. Die Handels- und Gewerbekammer in Reichenberg verweist auf die Bestimmungen des deutschen Entwurfes eines Hausarbeitergesetzes, welcher die Bekanntmachung der Lohn Tabellen nicht obligatorisch vorschreibt, sondern es dem Bundesrat überläßt, derartige Anordnungen zu treffen. Die Handels- und Gewerbekammer in Brunn erblickt hingegen in der vorgeschriebenen Bekanntmachung der Arbeitsbedingungen kein unübersteigliches Hindernis und bemerkt, daß diese Bestimmung wohl geeignet wäre, manchen Mißständen bei der Lohnbemessung und Lohnauszahlung entgegenzutreten, daß der Anschlag der Löhne in der österreichischen Schuhwarenfabrikation seit längerer Zeit üblich sei und daß die Lohn tarife einzelner Firmen, die ja vielfach in Interessentenverbänden vereinigt sind, kaum mehr den Charakter eines Geschäftsgeheimnisses besitzen.

Es würde zu weit führen, die vielfachen Anregungen und Anträge, die der Regierung bereits unterbreitet wurden, im Detail anzuführen, und es sei bloß auf diese wesentlichen Einwände hingewiesen. Noch hat der Industrierrat zum Gesetzentwurf nicht Stellung genommen, und es bleibt abzuwarten, inwieweit die Regierung nach Einlangen sämtlicher eingeholter Gutachten ihren Entwurf abzuändern gedenkt. Tatsache ist, daß die Heimarbeit auch in Österreich die verschiedensten Mißstände in sich birgt und daß ein vermittelndes Eingreifen der Staatsgewalt auf diesem Gebiete nur wärmstens zu begrüßen wäre.



DR. MED. ALFONS FISCHER-KARLSRUHE: DIE ERFOLGE DER DEUTSCHEN ARBEITERVERSICHERUNG*).



Die deutsche Arbeiterversicherung kann man vom Standpunkt des Politikers, des Soziologen, des Sozialreformers, des Juristen, des Arztes, des Arbeitgebers usw. betrachten. Im folgenden sollen sie besonders unter dem Gesichtswinkel des Arztes und Hygienikers, der durch gesetzgeberische Maßnahmen Verbesserungen der Volksgesundheit anstrebt, beleuchtet werden. Die Frage, die erörtert werden soll, lautet mithin: Was hat die deutsche Arbeiterversicherung auf dem Gebiete der Volksgesundheitspflege geleistet? Aber, um nicht mißverstanden zu werden, will ich sogleich hinzufügen, daß die Wirkung des sozialen Versicherungswesens über das Gebiet der Volksgesundheit weit hinüberreicht; denn es handelt sich hier um eine Volkswohlfahrtseinrichtung größten Stils; davon werden wir natürlich ausführlicher zu sprechen haben.

Eine lange Erfahrung können wir unseren Untersuchungen zugrunde legen. Denn schon im Jahre 1883 ward das Krankenversicherungsgesetz, im Jahre 1884 das Unfallversicherungsgesetz, im Jahre 1889 das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz geschaffen.

Die Grundlage der deutschen Arbeiterversicherung bildet der Versicherungszwang. Dies bedeutet: ein Kreis von Personen ist kraft des Gesetzes, (also ohne, ja sogar gegen ihren Willen) verpflichtet, für die Zwecke der Versicherung Beiträge zu leisten. Im übrigen besteht aber große Freiheit bei der Durchführung der Gesetze insofern, als die Versicherung öffentlich rechtlichen Körperschaften untersteht, die weitgehende Rechte der Selbstverwaltung besitzen, und die sich aus den gewählten Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer zusammensetzen. Die einzelnen Zweige der Arbeiterversicherung sind je nach ihrer Bestimmung verschieden ausgestaltet worden. Im Falle der Erkrankung muß die Kasse schnell und bequem zu erreichen sein, wofür z. B. im Falle der Invalidität nicht ein so dringendes Bedürfnis vorhanden ist. Man hat daher eine sehr große Zahl von Krankenkassen und von Krankenkassenarten zugelassen; viele dieser Kassen sind aber nur klein. Es gibt zurzeit über 20 000 Krankenkassen, von denen manche einen nach 100 000 zählenden Mitgliederstand besitzen, während andere nur aus wenigen Dutzend Versicherten bestehen. Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, daß eine Krankenkasse ceteris paribus um so leistungsfähiger ist, je größer sie ist. Darum beabsichtigt man jetzt bei der Neuregelung des Gesetzes, die kleinen Kassen zu beseitigen; es sollen in Zukunft für die Errichtung einer Krankenkasse wenigstens 500 Mitglieder erforderlich sein; doch gehen vorläufig die Meinungen über die zu bestimmende Mindestzahl von Mitgliedern weit auseinander.

Es gehören gegenwärtig etwa 13 Millionen Menschen der deutschen Krankenversicherung an. Der zurzeit dem Reichstage vorliegende Gesetz-

*) Herr Alfons Fischer hatte die Freundlichkeit, für die Leser unserer Zeitschrift die wesentlichen Gesichtspunkte der Vorträge, die er im Februar d. J. in den Sektionen zu Paris und Brüssel unseres Instituts für den internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen gehalten, zusammenzufassen. Wir bringen diese vor der Annahme der Reichsversicherungsordnung geschriebenen Ausführungen, weil wir glauben, daß sie in ihrer klaren Übersichtlichkeit unseren Lesern willkommen sein werden.

entwurf bringt noch eine erhebliche Erweiterung des Personenkreises, auf die sich die Versicherungspflicht erstrecken wird; es wird geschätzt, daß, wenn die Vorlage angenommen wird, 20 Millionen Personen, also fast ein Drittel der gesamten deutschen Bevölkerung, versicherungspflichtig sein werden. Die gegenwärtige Gesetzgebung unterwirft alle ständigen Arbeiter ohne Unterschied der Lohnhöhe sowie die Betriebsbeamten, Werkmeister, Techniker, Handlungsgehilfen usw., soweit deren Jahresverdienst die Summe von 2000 Mark nicht übersteigt, der Versicherungspflicht, sofern sie in einem versicherungspflichtigen Betriebe tätig sind. Hierzu gehören Bergwerk, Brüche, Gruben, Fabriken, Hüttenwerk, Bauten, Handelsgewerbe, Handwerk, Motorenbetriebe u. a. m. Nach dem neuen Gesetzentwurf sollen auch Dienstboten, Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen, Bühnen- und Orchestermitglieder sowie Lehrer und Erzieher, falls ihr Einkommen unter einer bestimmten Grenze bleibt, in die Versicherung hineinbezogen werden. Die Einkommensgrenze soll nun ganz allgemein auf 2500 Mark festgesetzt werden. Hierüber sind aber die Ansichten sehr geteilt. Die einen behaupten, daß die Grenze noch weiter hinaus zu stecken sei, wenigstens bis zu 3000 Mark, während andere, und zu ihnen gehört in erster Linie die Ärzteschaft, welche bei einem Hinaufrücken der Einkommensgrenze den Kreis der Privatpatienten immer kleiner werden sieht, wünschen, daß man über die jetzige Bestimmung von 2000 Mark nicht hinausgehen solle. Es entsteht so ein schwer zu lösendes Problem. Denn einerseits ist es vom hygienischen Standpunkte aus wünschenswert, daß möglichst alle, die im Falle der Erkrankung der Unterstützung bedürfen, die gesetzliche Fürsorge genießen; und wer wollte leugnen, daß ein Familienvater mit einem Einkommen selbst von 2500 Mark eine solche Unterstützung bei langdauernden Krankheiten braucht? Aber andererseits sind bei der Erweiterung der Einkommensgrenze für die Versicherungspflichtigen die Interessen der schon jetzt vielfach notleidenden Ärzte gefährdet. Die Ärzteorganisation hat daher bereits mit einem Generalstreik gedroht, falls das Gesetz gegen ihren Willen gestaltet werden würde. Man erkennt die Schwierigkeit der Situation, in der sich die Gesetzgeber befinden. Denn ohne die Mitwirkung der Ärzte ist die Durchführung der Krankenversicherung unmöglich. Mit Spannung sieht man daher der Lösung dieser schwierigen Frage bei der Versicherungsgesetzgebung entgegen. Es ist dies übrigens keineswegs der einzige Punkt, an welchem die Kritik der Ärzte gegenüber der Gesetzgebung einsetzt. Wir werden weiter unten noch von einer erheblichen Differenz zu reden haben.

Die Versicherten verteilen sich gegenwärtig auf 7 Kassenarten, von denen die drei bedeutendsten die Ortskrankenkassen, die Betriebskrankenkassen und die Gemeindekrankenkassen sind. Von je 100 Versicherten gehörten im letzten Betriebsjahr 51 den Ortskrankenkassen, 26 den Betriebskrankenkassen, 13 den Gemeindekrankenkassen an, die übrigen 10 waren in den 4 anderen Kassenarten verstreut.

Vom hygienischen Standpunkt aus sind aber die verschiedenen Kassenarten keineswegs als gleichartig anzusehen; denn sie unterscheiden sich recht erheblich hinsichtlich ihrer Leistungen, von deren Höhe doch die Wiederherstellung der Gesundheit und die Verhütung von schwereren Krankheiten wesentlich abhängen.

Die Ortskrankenkassen sollen in der Regel für die in einem Gewerbszweige oder in einer Betriebsart beschäftigten Personen errichtet werden. An ihrer Verwaltung nehmen Arbeiter und Unternehmer teil. Zu den Kosten

steuern die Arbeitnehmer zwei Drittel, die Arbeitgeber ein Drittel bei; entsprechend diesem Verhältnis der Beiträge haben im Kassenvorstand die Arbeiter doppelt so viel Stimmen wie die Unternehmer. Die ersteren haben mithin eine fast unumschränkte Macht in allen Kassenangelegenheiten, die nur, namentlich in finanzieller Hinsicht, bisweilen an dem Veto der Aufsichtsbehörde ihre Grenze findet. Es ist leicht zu verstehen, daß die Arbeiter als Herren der Ortskrankenkassen ihre Befugnisse öfters mißbrauchen, daß sie ihre Macht insbesondere für parteipolitische Zwecke benutzen, und daß sie gegenüber den von ihnen abhängigen Kassenärzten, die nicht nach ihrem Willen verfahren, häufig ein Gebahren an den Tag legen, das sie sonst bei den Arbeitgebern aufs schärfste bekämpfen. Der neue Gesetzentwurf will in dieser Hinsicht Abhilfe schaffen; die Kassenbeiträge sollen von Arbeitern und Unternehmern zu gleichen Teilen geleistet werden, daneben aber sollen die Stimmen im Kassenvorstand in gleicher Weise unter die beiden Interessenten verteilt werden. Wenn diese Bestimmung Gesetz werden sollte, dann wäre das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter so gut wie beseitigt. Mit aller Schärfe wird daher diese Verkürzung des Arbeiterrechts von der Sozialdemokratie bekämpft. Und es ist zu erwarten, daß diese Partei wieder, schon um dieses einen Paragraphen wegen, das ganze Gesetz, welches im übrigen bedeutungsvolle Verbesserungen bringen würde, ablehnen wird. Also auch hier stehen wir wieder vor einer der schwierigsten Fragen in der Krankenversicherung.

Vom Standpunkt der Kassenärzte aus wird vielfach die Halbierung der Beiträge und der Rechte gewünscht, um so die Macht der Sozialdemokraten zu brechen und um so unabhängiger von dem bisweilen recht herrschsüchtigen Kassenvorstand zu werden. Aber zugleich verlangen die Ärzteorganisationen, um den Druck seitens des Kassenvorstandes von sich abzuwälzen, daß die freie Ärztwahl gesetzlich festgelegt wird; d. h. es soll eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werden, daß jeder Kassenpatient jeden Arzt, der bereit ist, für die Krankenkasse tätig zu sein, um Rat und Hilfe anzufragen darf. Die Krankenkassenorganisationen machen jedoch gegen eine solche gesetzliche Anordnung Opposition; sie behaupten, daß die freie Ärztwahl zu teuer ist gegenüber dem System, bei dem nur einige Ärzte alle Kassenkranken zu behandeln haben. Nun ist aber die Frage, welches System das billigere ist, noch nicht entschieden; es ist andererseits noch zweifelhaft, ob sich die freie Ärztwahl überall durchführen läßt. Dazu kommt, daß in hygienischer wie in moralischer Hinsicht jede Art der beiden Ärztesysteme Vorzüge und Nachteile hat; die freie Ärztwahl begünstigt im gewissen Umfange das Simulanten-tum; die Kranken wissen nämlich sehr bald, welcher Arzt weniger streng verfährt bei der Erteilung von Attesten über Arbeitsunfähigkeit, und die Simulanten werden, wenn sie Freiheit in der Wahl des Arztes haben, sich an die entgegenkommenderen Ärzte wenden und so die Kasse zum Schaden der wirklichen Kranken in ihrer Leistungsfähigkeit schwächen. Andererseits hat die freie Ärztwahl den hochanzuschlagenden Vorzug, daß jeder Kassenkranke sich in gleicher Weise wie die Privatpatienten an den Arzt seines Vertrauens wenden kann, während ihm sonst vielleicht ein ihm unsympathischer Arzt oktroyiert wird. Bei der Wiederherstellung der Gesundheit spielt ja in sehr vielen Fällen das Vertrauen zum behandelnden Arzte eine große Rolle, und so erkennt man, wie bedeutungsvoll das System der freien Ärztwahl ist. Man sieht also, wie schwierig es bei Berücksichtigung von allen moralischen und hygienischen Gründen ist, den Wünschen

der Krankenkassen und zugleich dem Verlangen der Ärzte gerecht zu werden.

Außer den Ortskrankenkassen gibt es noch Betriebs-(Fabrik-)Krankenkassen, welche die Unternehmer größerer Betriebe, und Baukrankenkassen, welche die Bauherren vorübergehender Baubetriebe für ihre Arbeiter und Angestellte errichten dürfen. Ferner haben auch die Innungen sowie Knappschaften, welche auf Grund berggesetzlicher Vorschriften in den deutschen Bundesstaaten bestehen, das Recht, eigene Krankenkassen zu gründen. Sodann gibt es noch neben den genannten Kassenarten sogenannte freie Hilfskassen; diesen gehören solche Personen an, die nicht verpflichtet sind, sich zu versichern, es kann ihnen aber auch wahlweise jeder Versicherungspflichtige beitreten; und von dieser Erlaubnis machen die Versicherungspflichtigen tatsächlich häufig Gebrauch, besonders, um so durch die Zugehörigkeit zu zwei Kassen eine höhere Entschädigung, als sie von der einzelnen Kasse gewährt werden kann, im Falle der Erwerbsunfähigkeit durch Krankheit zu erhalten. Und schließlich gibt es noch, gewissermaßen aus-hilfsweise, die Gemeindekrankenversicherungen, welche kommunale Einrichtungen darstellen und alle versicherungspflichtigen Personen umfassen, die weder einer freien Hilfskasse noch einer Zwangskasse angehören. — Uns interessieren hier, wie bereits gesagt, hauptsächlich die Orts- und Betriebskrankenkassen sowie die Gemeindekrankenversicherungen. Welcher Art sind nun die Mindestleistungen, zu denen die Kassen gesetzlich verpflichtet sind, und was haben sie tatsächlich geleistet?

Nach dem gegenwärtigen Gesetz haben alle drei Kassenarten als Mindestleistungen zu gewähren:

1. Vom Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung und Arznei, sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel;
2. im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Arbeitstag ein Krankengeld in Höhe der Hälfte des den Beiträgen zugrundeliegenden Tagelohnes; oder an Stelle dieser Leistungen unter gewissen Voraussetzungen freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus nebst der Hälfte des vorbezeichneten Krankengeldes für Angehörige.

Die Kassenleistungen sind, wenn erforderlich, bis zum Ablauf eines halben Jahres zu gewähren.

Neben den genannten Leistungen müssen die Ortskrankenkassen wenigstens noch ein Sterbegeld im zwanzigfachen Betrage des durchschnittlichen Tagelohnes und für Wöchnerinnen eine sechswöchige Krankenunterstützung in der Höhe des Krankengeldes bieten. Die Betriebskrankenkassen sind gesetzlich gezwungen, mindestens ebenso viel zu gewähren, wie die Ortskrankenkassen.

In der Praxis zeigt sich nun, daß die Krankenkassen vielfach über die gesetzlichen Mindestleistungen hinausgehen, und so findet man infolge der für die jeweiligen Kassenarten geltenden Bestimmungen, daß die Gemeindekrankenversicherungen am wenigsten leisten; mehr bieten die Ortskrankenkassen, am meisten die Betriebskrankenkassen.

Auf jedes Mitglied kommen während des letzten Berichtsjahres im Durchschnitt Krankheitskosten im allgemeinen in der Gemeindekrankenversicherung 13,46 Mark, bei den Ortskrankenkassen 24,27 Mark, bei den Betriebskrankenkassen 31,09 Mark. An Krankengeld allein wurden gezahlt auf ein Mitglied

im Durchschnitt bei der Gemeindeversicherung 4,28, bei den Ortskrankenkassen 10,71, bei den Betriebskrankenkassen 13,90 Mark.

Man sieht also, um wieviel die Leistungen der Gemeindekrankenversicherung hinter derjenigen der Orts- und besonders der Betriebskrankenkassen zurückstehen. Nun ist aber namentlich die Höhe des Krankengeldes von großer Bedeutung dafür, daß ein Kranker rechtzeitig und lange genug die Arbeit aussetzt. Das Krankengeld beträgt mindestens die halbe Höhe des Lohnes. Es ist ohne weiteres klar, daß der Arbeiter, insbesondere wenn er verheiratet ist und Kinder hat, sich bei einer so niedrig bemessenen Entschädigung nur in den allerdringendsten Fällen dazu entschließen kann, die Arbeit auszusetzen. Infolge des mangelhaften Ersatzes für die durch Krankheit verursachte Lohneinbuße läßt sich der Arbeiter oft erst im fortgeschrittenen Stadium der Erkrankung seitens des Arztes erwerbsunfähig schreiben, oder er nimmt, ohne völlig hergestellt zu sein, vorzeitig die Arbeit wieder auf. Die sanitären Nachteile, die mithin das unzureichend bemessene Krankengeld zeitigt, sind leicht zu erkennen. Die Ortskrankenkassen und noch mehr die Betriebskrankenkassen gehen daher zum Teil weit über die gesetzlichen Mindestleistungen an Krankengeld hinaus. Aber das Gesetz bestimmt ausdrücklich, daß das Krankengeld höchstens drei Viertel des Lohnes betragen darf. Durch diese Maximalbestimmung soll der Simulation vorgebeugt werden.

Weil nun die Gemeindekrankenversicherung ein zu geringes Krankengeld bietet, so sehen wir, daß bei dieser Versicherung verhältnismäßig weit weniger Erkrankungsfälle, die mit Erwerbsunfähigkeit verbunden waren, verzeichnet wurden, als bei den Orts- und Betriebskrankenkassen. Bei der Gemeindeversicherung kamen im Jahre 1909 auf 100 Mitglieder 26,5, bei den Ortskrankenkassen 37,1, bei den Betriebskrankenkassen 43,7 Erkrankungsfälle vor. Nun weiß man aber, daß die Mitglieder der Betriebskrankenkassen, bei denen sich die höchste Krankenziffer findet, den anderen Arbeitern gesundheitlich überlegen sind, denn sie werden vor der Einstellung in den Betrieb ärztlich auf ihre Gesundheit hin untersucht, was bei den anderen Kassenarten nicht geschieht, so daß bei diesen sich jene Arbeiter befinden, die in einer Betriebskrankenkasse keine Aufnahme finden konnten. Es ist also ausgeschlossen, daß die Versicherten der Gemeindeversicherung etwa kräftigere Menschen sind oder weniger Gesundheitsschädigungen ausgesetzt wären, als die Mitglieder der Orts- und Betriebskrankenkassen. Die geringe Frequenz der Erkrankungsfälle bei der Gemeindeversicherung ist vielmehr nur so zu deuten, daß infolge des unzulänglichen Krankengeldes die Kranken zu ihrem eigenen Schaden und zum Nachteil der Volksgesundheit davon Abstand nehmen, sich die Schonung aufzuerlegen, die vom hygienischen Standpunkte aus wünschenswert ist. Die hygienische Minderwertigkeit der Gemeindeversicherung kommt aber am deutlichsten auf dem Gebiete der Wöchnerinnenfürsorge zum Ausdruck. Zu Unterstützungen während des Wochenbettes, das ja in den allermeisten Fällen ohne eigentliche Krankheiten verläuft und daher von dem Gesetz auch nicht als Krankheit aufgefaßt wird, sind die Gemeindeversicherungen nicht verpflichtet. Und in der Tat haben nur ganz wenige Gemeindeversicherungen Wochenbettgelder ausbezahlt, und dies in einem so geringen Umfange, daß diese Leistungen gleich Null zu erachten sind.

Die Unterstützungen an Wöchnerinnen dagegen, die die Ortskrankenkassen und Betriebskrankenkassen gewährt haben, sind verhältnismäßig

recht beträchtlich zu nennen. Die Ortskrankenkassen haben im letzten Berichtsjahr über 4 Millionen Mark, die Betriebskrankenkassen fast 2 Millionen Mark als Wochenbettgelder bezahlt; auf ein weibliches Mitglied kamen als Aufwand für Wochenbettunterstützungen bei den Ortskrankenkassen 2 Mark, bei den Betriebskrankenkassen fast 3 Mark. Also auch auf diesem Gebiete wird von den Betriebskrankenkassen am meisten geleistet.

Daß gerade die Gemeindeversicherungen keine Wöchnerinnenunterstützung zu gewähren verpflichtet sind, ist um so bedauerlicher, als bei ihren Versicherten sich der höchste Prozentsatz an weiblichen Mitgliedern findet. Der Gemeindeversicherung gehörten etwa 1 Million männliche und etwa 570 000 weibliche Personen an, der Prozentsatz der weiblichen Mitglieder beträgt 54, bei den Ortskrankenkassen aber nur 47 und bei den Betriebskrankenkassen sogar nur 26. — Jedoch auch die Leistungen der Orts- und Betriebskrankenkassen auf dem Gebiet der Mutterschaftsversicherung, worunter man die Versicherung zum Zwecke der Unterstützung im Falle von Schwangerschaft und Wochenbett versteht, sind durchaus unzureichend. Und dies in mannigfacher Hinsicht. Zunächst sind die Orts- und Betriebskrankenkassen nur berechtigt, aber nicht verpflichtet, an ihre Mitglieder Schwangerschaftsunterstützungen zu zahlen. Die Folge hiervon ist, daß nur in sehr wenigen Fällen Krankenkassen von dieser Befugnis Gebrauch gemacht haben. Dies führte dann dazu, daß die Schwangeren bis nahe an die Entbindung heran gearbeitet haben, was mit schweren Gesundheitsschädigungen sowohl für die Mutter wie für das erwartete Kind verbunden ist, oder dazu, daß sie die Arbeit vor der Niederkunft unter Einbuße des Lohnes ausgesetzt haben, was dann aber seine Wirkung in der Verschlechterung der Ernährung erkennen ließ. Auch die Unterstützungen im Wochenbett genügen nicht. Hier ist zunächst zu bemängeln, daß die Leistungen nur auf 6 Wochen gewährt werden. Diese Zeit ist zu kurz. Bis dahin kann sich eine Frau nicht genügend gekräftigt haben, um ohne Nachteile für ihr körperliches Befinden die Erwerbsarbeit außerhalb des Hauses aufzunehmen. Vor allem aber wird eine Wöchnerin, die nur auf die kurze Zeit von 6 Wochen Unterstützung erhält, viel zu früh dem Säugling entrissen. Hiermit hängen dann die Abnahme der natürlichen Ernährungsweise der Säuglinge und die Zunahme der Sterblichkeit unter den Neugeborenen zusammen. Der neue Gesetzentwurf sieht daher mit Recht eine Verlängerung der Unterstützungsdauer und zwar auf 8 Wochen vor. — Noch schlimmer aber als die mangelhafte Unterstützungsdauer wirkt die unzureichende Höhe des Wöchnerinnengeldes. Das Wöchnerinnengeld wird in der Höhe des Krankengeldes gewährt, d. h. im allgemeinen in der Höhe des halben Tagelohnes, höchstens jedoch in der Höhe von drei Vierteln des Tagelohnes. — Wir haben oben gesehen, daß diese Begrenzung des Krankengeldes mit Rücksicht auf die Simulation eine gewisse Berechtigung hat; aber bis jetzt hat wohl noch keine Arbeiterin ein Wochenbett simuliert. Es besteht also kein hinreichender Grund dafür, der Wöchnerin nicht den vollen Ersatz für die Lohneinbuße zu zahlen, die sie auf Grund der Arbeiterschutzgesetzgebung erleidet. Denn nach diesem Gesetz ist der Arbeitgeber in Deutschland verpflichtet, eine Wöchnerin 8 Wochen lang von seinem Betriebe fernzuhalten.

Infolge der Unzulänglichkeit auf dem Gebiete der Mutterschaftsversicherung werden in Deutschland von verschiedenen Seiten Forderungen aufgestellt, die eine Verbesserung der Fürsorge für die Schwangeren und für die Wöchnerinnen anstreben. Von Karlsruhe geht eine Bewegung aus

die darauf hinzuwirken sucht, die genannten Mängel zu beseitigen. Diese Propagandagesellschaft für Mutterschaftsversicherung, deren Vorsitzender zu sein ich die Ehre habe, will aber die Fürsorge nicht nur auf die erwerbstätigen Arbeiterinnen ausgedehnt sehen, sondern auch auf die nichtversicherten Ehefrauen von Arbeitern, unteren Beamten, Handwerkern, kleinen Kaufleuten usw. Da für eine absehbare Zeit nicht zu erwarten ist, daß diese gewaltige Gruppe von Frauen, die zwar nur Hausarbeit und keine Erwerbsarbeit leisten, die aber doch im Falle der Niederkunft eine Geldunterstützung nötig haben, damit sie sich schonen können, in die staatliche Versicherung eingereiht werden, so hat die Propagandagesellschaft zunächst in mehreren badischen Städten Mutterschaftskassen gebildet. Diese sind nach dem Vorbilde der französischen Mutualités maternelles organisiert, aber unter Fernhaltung jeglicher Wohltätigkeit, die nicht nach dem Geschmack der deutschen Arbeiter wäre. Die badischen Mutterschaftskassen gleichen am meisten den Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften; und wie man von dem Genter System der Arbeitslosenkasse mit Hilfe von städtischen Zuschüssen zur Arbeitslosenversicherung gekommen ist, so wird man, wie wir hoffen auch von der Mutterschaftskasse zur Mutterschaftsversicherung unter städtischer und staatlicher Beihilfe gelangen. — Kehren wir nach dieser kurzen Abschweifung noch einmal zu den Gemeindeversicherungen zurück. Wir haben ihre hygienische Minderwertigkeit gegenüber den beiden andern Kassenarten erkannt, und es ist daher leicht zu begreifen, daß man die Beseitigung der Gemeindekrankenversicherung anstrebt, zumal auch die Organisation der Verwaltung zu beanstanden ist, da hierbei die Arbeiter ausgeschaltet sind. Der neue Gesetzentwurf will in der Tat die Gemeindeversicherung aufheben, an ihre Stelle sollen die sogenannten Landkrankenstellen treten, die aber auch namentlich vom Standpunkte des Selbstverwaltungsrechtes der Arbeiter aus zu bemängeln sind. Indessen, diese Landkrankenstellen werden wenigstens den Vorzug haben, daß sie auch Wochenbettgelder zu gewähren verpflichtet sein sollen.

So berechtigt die Forderung ist, die Gemeindekrankenversicherung zu beseitigen, so unbegründet erscheint mir das Verlangen der Arbeiter, daß auch die Betriebskrankenstellen aufgehoben werden sollen. Nach dem Gesetz haben auch in den Betriebskrankenstellen wie in den Ortskrankenstellen, die Arbeiter in der Verwaltung zwei Drittel aller Stimmen, die Unternehmer nur ein Drittel. Aber der Arbeitgeber hat es jederzeit in der Hand, ein ihm unbequemes Kassenvorstandsmitglied dadurch aus der Betriebskrankenstelle zu entfernen, daß er ihm die Arbeit in seinem Betriebe kündigt. So sind in der Tat direkt oder indirekt die Rechte der Arbeiter bei der Verwaltung der Betriebskrankenstellen so gut wie ganz beseitigt. Aber man muß bedenken, daß die Betriebskrankenstellen gesetzlich gezwungen sind, mindestens so viel zu leisten wie die Ortskrankenstellen. In diesen haben aber die Arbeiter das numerische Übergewicht, und so wird das Maß der Leistungen auch in den Betriebskrankenstellen doch durch die Arbeiter bestimmt. Nun kommt aber vor allem hinzu, daß die Betriebskrankenstellen durch die freiwilligen Zulagen der Unternehmer den Versicherten weit mehr bieten können als die Ortskrankenstellen. Wir haben ja oben bereits mehrfach die Vorzüge der Betriebskrankenstellen in dieser Hinsicht betont. Ich möchte hier noch hinzufügen, daß die Arbeitgeber im letzten Berichtsjahr zu den Kosten der Betriebskrankenstellen so große Summen freiwillig beigetragen haben, daß, auf jedes Mitglied dieser Kassen

berechnet, der Mehrempfang gegenüber der Leistung des Versicherten 10 Mark beträgt, bei den Ortskrankenkassen dagegen noch nicht 6 Mark. Die Unternehmer, welche Betriebskrankenkassen eingerichtet haben, geben mithin freiwillig viele Millionen alljährlich dafür aus, daß diese Kassen ihren Arbeitern mehr leisten, als dies bei den Ortskrankenkassen geschieht. Ich meine daher, daß, so wenig jemand verlangen wird, bei der Verwaltung der Eisenbahnen mitreden zu dürfen, wenn er auf dieser Bahn für weniger Geld besser und schneller fährt, als bei einem Verkehrsmittel, über das er mitzubestimmen hat, so wenig kann den Arbeitern daran liegen, ihr Selbstverwaltungsrecht in den Betriebskrankenkassen unangetastet zu sehen, sofern diese Kassen mehr gewähren als die von den Arbeitern verwalteten Ortskrankenkassen. Im Interesse der Volksgesundheit, die durch die von den Besitzern der Betriebe den Betriebskrankenkassen freiwillig gezahlten Millionen wesentlich gefördert wird, muß man, im Gegensatz zu den Forderungen der parlamentarischen Vertreter der Arbeiter, nicht etwa im Gegensatz zu allen Arbeitern, wünschen, daß die segensreich wirkenden Betriebskrankenkassen, die mehr aus parteipolitischen als aus sachlichen Gründen bekämpft werden, bestehen bleiben.

Wenden wir uns nun dem zweiten Zweige der deutschen Arbeiterversicherung, der Unfallversicherung zu. Die Gesetzgebung, die vor der Einführung der Unfallversicherung vorhanden war, gewährte in zahlreichen Fällen der durch Zufall oder durch eigene Unvorsichtigkeit verursachten Verletzungen den Arbeitern und Angestellten keine Entschädigung. Nur der unmittelbare Urheber des Unfalls, also in der Regel ein Mitarbeiter oder Betriebsbeamter, aber nicht der Betriebsunternehmer konnten haftbar gemacht werden, so daß der Verletzte oder seine Hinterbliebenen nur in seltenen Fällen die berechtigten Forderungen auf Entschädigung erfüllt erhielten; die Mittellosigkeit der Ersatzpflichtigen bewirkte, daß die Verletzten, selbst bei glücklicher Durchführung des Prozesses, leer ausgingen. So kam es, daß kaum der zehnte Teil der Unfälle die ordnungsmäßige Entschädigung fand. Bereits in der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 war daher der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß es die Pflicht des Staates sei, für die Besitzlosen, welche zugleich den größten und der Hilfe bedürftigsten Bestandteil der Bevölkerung bilden, zu sorgen, und ihnen, sobald sie im Kampfe mit den Gefahren der gewerblichen Arbeit ihre Erwerbsfähigkeit ganz oder teilweise einbüßen, eine Fürsorge zu gewährleisten, welche ausreicht und sie vor der Armenpflege bewahrt. Die Schwierigkeit, diese Aufgabe auf dem Wege der Versicherung zu lösen, war groß, besonders da es an jedem Vorbilde fehlte. Die Gesetzgebung konnte daher nur schrittweise vorgehen. Im Jahre 1884 erging das Unfallversicherungsgesetz für die gewerblichen Betriebe. Ihm folgte ein Jahr darauf das entsprechende Gesetz für die großen Land- und Wassertransportbetriebe, einschließlich der Staatsbetriebe, der Post-, Telegraphen-, Eisenbahn-, Marine- und Heeresverwaltungen; wieder ein Jahr später wurden die landwirtschaftlichen Betriebe, dann das Bauwesen, die Seeschifffahrt, schließlich die Gefangenen und die Beamten und Personen des Soldatenstandes der Versicherungsgesetzgebung unterstellt. Gegenwärtig erstreckt sich die Unfallversicherung auf mehr als 23 Millionen Personen. Der Kreis der Versicherten ist also noch wesentlich größer als bei der Krankenversicherung, was besonders auch dadurch bewirkt wird, daß die Versicherungspflicht sich jetzt auf alle Arbeiter und Betriebsbeamte erstreckt, deren Einkommen unter 3000 Mark liegt, während die entsprechende Begrenzung bei

der Krankenversicherung gegenwärtig, wie wir gesehen haben, auf 2000 Mark fixiert ist.

Die Unfallversicherung erfolgt unter Garantie des Deutschen Reichs auf Gegenseitigkeit der Unternehmer durch sogenannte Berufsgenossenschaften, welche nach Gewerbszweigen für begrenzte Landesgebiete des ganzen Reiches gebildet werden. Die Berufsgenossenschaften haben das uneingeschränkte Recht der Selbstverwaltung, und jede von diesen Organisationen umfaßt auf Grund des Gesetzes alle Betriebe der zugehörigen Gewerbszweige in dem betreffenden Landesgebiet.

Gegenstand der Versicherung ist der Ersatz des Schadens, welchen die Versicherten infolge eines Unfalles im Betriebe durch Körperverletzung oder Tötung erleiden; ausgenommen sind naturgemäß die vorsätzlich herbeigeführten Unfälle. Bei Verletzungen müssen die Berufsgenossenschaften, sobald vom Tage des Unfalles an 13 Wochen verstrichen sind, freie ärztliche Behandlung nebst den erforderlichen Heil- und Hilfsmitteln gewähren, ferner ist für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit eine Rente zu zahlen, und zwar die Vollrente, die zwei Drittel des Jahresverdienstes beträgt, im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit oder die Teilrente im Falle teilweiser Erwerbsbehinderung. An Stelle der Rente kann bis zur Beendigung des Heilverfahrens freie Anstaltspflege, zu welchem Zweck die Berufsgenossenschaften vielfach eigene Krankenanstalten errichtet haben, treten; in diesem Falle erhalten dann die Angehörigen eine Rente. Bei Tötungen ist ein Sterbegeld, dessen Höhe sich nach dem Jahresverdienst richtet, zu zahlen, und den Hinterbliebenen vom Todestage des Verstorbenen an eine Rente zu gewähren. Über diese Normalleistungen hinaus muß bei völliger Hilflosigkeit des Verletzten eine Rente in der Höhe des vollen Jahresverdienstes bewilligt werden. — Während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall haben für den Verletzten die Krankenkassen und in Ermangelung hiervon die Unternehmer selbst einzutreten. Zum Zwecke einer einheitlichen und sachgemäßen Behandlung der Unfallverletzten können die Berufsgenossenschaften die Fürsorge für den Verletzten der Krankenkasse gegen Erstattung der Kosten über die gesetzlich bestimmte Zeit hinaus übertragen oder auch umgekehrt gegen Erstattung des Krankengeldes seitens der Krankenkasse vor der festgesetzten Frist das Heilverfahren selbst übernehmen. — Die Feststellung der Rente hat, nach polizeilicher Unfalluntersuchung durch die Organe der Berufsgenossenschaften in beschleunigtem Verfahren von Amts wegen zu erfolgen; wenn die Höhe der Entschädigung nicht sofort festzustellen ist, so ist dem Verletzten eine vorläufige Fürsorge zu gewähren.

Gegen den Bescheid der Berufsgenossenschaft kann der Verletzte Einspruch beim Schiedsgericht der Arbeiterversicherung erheben. Dieses Gericht besteht aus je zwei gewählten Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber unter Vorsitz eines öffentlichen Beamten.

Auch gegen den Spruch des Schiedsgerichts kann der Verletzte, ebenso wie die Berufsgenossenschaft, an die oberste Instanz, an das Reichsversicherungsamt in Berlin, appellieren. Die Senate des Reichsversicherungsamtes, das übrigens auch in Streitfällen auf dem Gebiet der Invalidenversicherung, wovon noch zu reden sein wird, die oberste Instanz bildet, sind derart zusammengesetzt, daß neben den vom Kaiser bestimmten Beamten die Arbeitgeber sowohl wie die Arbeitnehmer durch Angehörige des jeweiligen Standes vertreten sind.

An der berufsgenossenschaftlichen Organisation sind die Arbeiter nicht beteiligt; sie sind weder Mitglieder der Berufsgenossenschaften, noch tragen sie etwas zu deren Lasten bei. An der Gesamtbelastung durch Unfälle nehmen sie aber insofern teil, als sie neben den Arbeitgebern Beiträge an die Krankenkassen zu entrichten haben, und die Krankenkassen während der ersten 13 Wochen auch für die Verletzten zu sorgen haben. Diese Belastung für die Arbeiter ist jedoch verhältnismäßig gering.

Im ganzen genommen sind gegen die Unfallversicherungsgesetzgebung erhebliche Bedenken und Einwände nicht vorzubringen. Auch bei der beabsichtigten Neuregelung der deutschen Arbeiterversicherung sind wesentliche Änderungen nicht geplant.

Wenn man auch mithin mit der Gesetzgebung an sich zufrieden sein kann, so entstehen dennoch bei der praktischen Durchführung der Unfallversicherung schwere Enttäuschungen, die sich in lebhaften und vielfach in gerechtfertigten Beschwerden der Verletzten ausdrücken. Diese Klagen beziehen sich zumeist auf die Art der Rechtsprechung seitens der Schiedsgerichte. Die Zahl der Fälle, in denen die Schiedsgerichte zugunsten der Versicherten ihre Entscheidungen getroffen haben, nimmt von Jahr zu Jahr ab, umgekehrt ist das Verhältnis gegenüber den Berufsgenossenschaften. Im Jahre 1886 fielen noch 31 Proz. der Schiedsgerichtsurteile zugunsten der Rentenbewerber aus, im Jahre 1909 waren es nur noch 18 Proz., während die Entscheidungen zugunsten der Berufsgenossenschaften im Jahre 1886 sich nur auf 43 Proz., im Jahre 1909 aber auf 73 Proz. beliefen.

Die Berufsgenossenschaften haben nämlich gegenüber den Versicherten den Vorteil, daß sie dem Schiedsgericht Gutachten ihrer Vertrauensärzte vorlegen können. Als solche Vertrauensärzte stellen sich die Berufsgenossenschaften gewöhnlich namhafte Ärzte an, die zwar nach bestem Gewissen ihr Urteil über den Grad der Erwerbsunfähigkeit abgeben, die aber dennoch, weil sie im Solde der Berufsgenossenschaften stehen, nicht immer ganz unbefangen sind. Vielfach fehlt diesen Ärzten auch das notwendige Maß sozialen Verständnisses, um die Erwerbsbehinderung gehörig abzuschätzen. Vor dem Gericht macht aber natürlich das Gutachten eines angesehenen Arztes großen Eindruck. Die Erfahrung lehrt, daß fast stets im Sinne dieses Gutachtens das Schiedsgerichtsurteil ausfällt. Nun haben die Versicherten allerdings ebenfalls das Recht, ihre Ansprüche durch ein ärztliches Gutachten als gerechtfertigt bestätigen zu lassen. Jedoch solche Gutachten kosten oft mehr Geld, als der Verletzte aufwenden kann, und was noch schlimmer ist, in den meisten Fällen bekommt der Verletzte nicht einmal für Geld und auf seine Bitte hin ein ärztliches Attest, weil viele Ärzte teils in irrtümlicher Auffassung des Begriffes der Kollegialität, teils aus Furcht vor den mächtvollen Berufsgenossenschaften und deren Vertrauensärzten sich scheuen, gegen das Gutachten eines Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaften ein Gegenattest auszustellen. Selbst wenn die von den Versicherten konsultierten Ärzte der festen Meinung sind, daß der Verletzte eine weit höhere Rente zu erhalten hat, als die Berufsgenossenschaft gewähren will, verweigern sie aus den genannten Gründen die Anfertigung eines Gutachtens. So kommt es, daß in vielen Fällen der Rentenbewerber vor dem Schiedsgericht erscheint, ohne im Besitz eines ärztlichen Gutachtens zu sein, und die Folge hiervon ist dann, daß das Schiedsgericht sich an das einseitige ärztliche Attest, welches die Berufsgenossenschaft vorlegt, hält. Abhilfe könnte hier nur geschaffen werden, wenn die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, wie ich

es vorgeschlagen habe, sich Ärzte eigens dafür anstellen würden, daß diese jeden Unfall daraufhin untersuchen, ob der Verletzte genügend hoch entschädigt wird, genau so, wie die Berufsgenossenschaften durch ihre Ärzte prüfen lassen, ob der Verletzte erwerbsunfähig ist, bzw. ob er sich nicht in seiner Erwerbsbehinderung im Laufe der Zeit gebessert hat, und ob nicht seine Rente gekürzt werden könnte. Es ist ohne Zweifel, daß die Anstellung solcher Ärzte durch die Arbeiterorganisationen nicht nur zu einer wesentlichen Verbesserung in der Rechtsprechung führen, sondern sich auch für die Arbeiter sehr gut rentieren würde. Aber vorläufig ist mein Vorschlag, den ich in mehreren Aufsätzen genau begründet habe, und über den ich in mehreren Versammlungen unter lebhaftem Beifall gesprochen habe, nicht zur Durchführung gelangt. Es fehlt eben der deutschen Arbeiterschaft gegenwärtig noch zu sehr an dem nötigen Verständnis und an dem erforderlichen Willen gegenüber genossenschaftlichen Unternehmungen. Diese Erscheinung beobachten wir auf den verschiedensten Gebieten, bei Konsumvereinen, beim Bau von Arbeiterwohnungen usw. So kommt es, daß man bisher den von den Arbeitern allgemein gebilligten Vorschlag nicht verwirklicht hat. Und die Folge davon ist die geringe Zahl von Schiedsgerichtsurteilen, die für die Arbeiter günstig ausgefallen sind. An diesen mißlichen Ergebnissen sind aber, wie man jetzt erkennen wird, die Arbeiter zum Teil selbst schuld. —

Es bleibt nun noch übrig, den dritten und letzten Zweig der deutschen Arbeiterversicherungsgesetze, nämlich die Invaliditäts- und Altersversicherung zu beleuchten. Dies Gesetz erhielt seine erste Form im Jahre 1889; eine Reihe von Verbesserungen wurden 10 Jahre später vorgenommen und in der Gestalt aus dem Jahre 1899 besteht das Gesetz noch heut. — Der Versicherungspflicht unterliegen vom vollendeten 16. Lebensjahre ab: alle Lohnarbeiter in sämtlichen Berufszweigen, einschließlich der Lehrlinge und Dienstboten; ferner Betriebsbeamte, Handlungsgehilfen sowie Lehrer, falls der regelmäßige Jahresverdienst die Summe von 2000 Mark nicht übersteigt; schließlich gestattet das Gesetz die Ausdehnung der Versicherungspflicht (durch Beschluß des Bundesrats für bestimmte Berufszweige) auf kleinere Betriebsunternehmer und Heimarbeiter; bisher ist die Versicherungspflicht nur auf die Heimarbeiter, in der Tabakfabrikation und auf einzelne Zweige der Textilindustrie ausgedehnt worden.

Das Recht der Selbstversicherung steht jedoch noch einem weiten Personenkreis offen, insbesondere allen Angestellten mit einem Jahresverdienst von 2000 bis 3000 Mark, jedoch nur bis zum 40. Lebensjahr. Ebenso haben alle genannten Personengruppen das Recht der freiwilligen Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses, sobald die Voraussetzungen der Versicherungspflicht fortfallen, namentlich Arbeiterinnen und Dienstmädchen machen oft von dem Recht der freiwilligen Fortsetzung der Versicherung Gebrauch, sobald sie heiraten.

Im letzten Berichtsjahr waren in Deutschland 15,2 Millionen Personen in die Invaliditäts- und Altersversicherung eingereiht worden. Gegenstand der Versicherung ist die Gewährleistung eines Anspruches auf Invaliden- oder Altersrente. Dazu tritt noch der Anspruch auf Rückerstattung der von den Versicherten selbst geleisteten Beiträge, was häufig bei Dienstmädchen und Arbeiterinnen zutrifft, wenn diese heiraten und der Versicherung nicht mehr angehören wollen. — Invalidenrente erhält ohne Rücksicht auf das Lebensalter, wer dauernd erwerbsunfähig, d. h. nicht mehr imstande ist, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben

Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. — Die Altersrente wird, ohne daß Erwerbsunfähigkeit vorzuliegen braucht, jedem Versicherten gewährt, der das 70. Lebensjahr vollendet hat.

Die Mittel zur Gewährung der Renten werden in folgender Weise aufgebracht: das Deutsche Reich leistet für jede Rente einen Zuschuß von 50 Mark und bietet auch sonst noch mancherlei, insbesondere durch unentgeltliche Auszahlung der Renten durch die Post. Alle sonstigen Kosten müssen von den Versicherten und deren Arbeitgebern und zwar zu gleichen Teilen, durch Beiträge gedeckt werden. In der Regel besorgt der Arbeitgeber die Entrichtung der Beiträge, die wöchentlich bei der Lohnzahlung zu leisten sind; zu diesem Zwecke kauft er von der zuständigen Versicherungsanstalt Marken, ähnlich den Briefmarken; die Marken werden in eine Quittungskarte eingeklebt. Von dieser Prozedur hat das Invaliditätsversicherungsgesetz im Volksmunde den Namen „Klebe gesetz“ erhalten.

Die Arbeitgeber sind berechtigt, bei der Lohnzahlung den von ihnen beschäftigten Personen die Hälfte der Beiträge abzuziehen. Diejenigen, die freiwillig der Versicherung angehören, müssen natürlich den vollen Beitrag aus eigenen Mitteln leisten.

Die Renten bestehen jeweils aus dem Reichszuschuß von 50 Mark und einem von den Trägern der Versicherung, den Versicherungsanstalten, aufzubringenden Betrag, der sich nach der Lohnklasse des betreffenden Versicherten richtet. Es gibt 5 verschiedene Lohnklassen.

Wie bei der Unfallversicherung, so entstehen auch bei der Invalidenversicherung oft Streitigkeiten zwischen den Versicherten und den Trägern der Versicherung darüber, ob und in welchem Umfange Erwerbsunfähigkeit vorliegt. Auch über die Bescheide der Versicherungsanstalten kann man an ein Schiedsgericht appellieren, und gegen das Urteil des Schiedsgerichts kann jede der beiden Parteien noch das Reichsversicherungsamt anrufen. Aber ähnlich wie bei der Unfallversicherung werden auch hierbei von Jahr zu Jahr mehr Urteile der Schiedsgerichte zugunsten der Versicherungsträger als zugunsten der Versicherten gefällt. Die Versicherungsanstalten bedienen sich nämlich ebenfalls eigens angestellter Vertrauensärzte, und es zeigen sich hier ähnliche Erscheinungen, wie ich sie bei der Besprechung der Unfallversicherung geschildert habe. Auch die Invaliditäts- und Altersversicherung ist bereits im ganzen genommen befriedigend organisiert, wenngleich noch mancher Wunsch offen bleibt. Insbesondere wäre die Einbeziehung aller Heimarbeiter erforderlich, und ebenso wäre die Herabsetzung der Altersbestimmung bei der Gewährung der Altersrente zu verlangen. Leider sollen aber auch bei der bevorstehenden Neuordnung der Arbeiterversicherung diese Forderungen nicht erfüllt werden. Dagegen ist beabsichtigt, die Beiträge in den fünf Lohnklassen zu erhöhen, um so die neu zu schaffende Witwen- und Waisenversicherung durchführen zu können. — Im letzten Berichtsjahr wurden von den Versicherungsanstalten nebst den ihnen gleichgearteten Pensionskassen der Staatsbahnen und Knappschaften 181,5 Millionen Mark ausbezahlt. Im Durchschnitt kamen auf eine Invalidenrente 170, auf eine Altersrente 163 Mark. Außerdem wurden große Summen für Heilbehandlung zum Zwecke der Invaliditätsverhütung verwendet; im Durchschnitt auf jede Kur 257 Mark.

Die Versicherungsträger haben nämlich nach dem Gesetz das Recht, im Falle der Erkrankung eines Versicherten, sofern Invalidität als Folge der Krankheit zu befürchten ist, das Heilverfahren zu übernehmen. Von diesem

Rechte wird sehr ausgiebig und erfreulicherweise mit viel Erfolg Gebrauch gemacht, indem die Versicherungsanstalten die Kranken, bei denen Aussicht auf Verhütung der Invalidität besteht, in Kranken- und Genesungshäuser, in Heilstätten oder in Badeorte senden. — Fast die Hälfte aller Kranken, die auf Veranlassung der Versicherungsanstalten behandelt wurden, war tuberkulös. Die Behandlung der Tuberkulösen erfolgt fast stets in Lungenheilstätten, die zumeist von den Versicherungsanstalten selbst in vorbildlicher Weise in schöngelegenen Waldgegenden errichtet sind. Durch die Behandlung und hygienische Erziehung der Tuberkulösen in diesen Heilstätten wird der Kampf gegen die Schwindsucht sehr wirkungsvoll geführt.

Dankbar zu begrüßen ist es ferner, daß die Versicherungsanstalten nicht nur erst dann eingreifen, wenn eine Erkrankung bereits vorliegt, sondern daß sie auch Maßnahmen gemeinnütziger Vereine, die der Verhütung von Krankheiten, besonders in den Kreisen der wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsschichten dienen, finanziell unterstützen. So wurden von den Landesversicherungsanstalten Mittel verwandt, um die Ausbreitung der Tuberkulose, des Alkoholmißbrauches und der Geschlechtskrankheiten zu bekämpfen, sowie für sonstige hygienische Zwecke, wie Milchausschank, Säuglingsheime, Mutterchutz, Turn- und Schwimmvereine usw. Im ganzen wurden hierfür im letzten Berichtsjahr etwa 400 000 Mark ausgegeben. — Diese Summe ist freilich nur sehr geringfügig in Anbetracht des Riesenvermögens, welches die Landesversicherungsanstalten im Laufe der Jahre aus ihren Überschüssen angesammelt haben; der gesamte Kapitalbestand der Invalidenversicherung belief sich nämlich bis Ende 1909 auf 1½ Milliarden Mark; hiervon war aber fast die Hälfte für gemeinnützige Zwecke als Darlehen hergegeben worden, und zwar 280 Millionen Mark für den Bau von Arbeiterwohnungen, besonders für Familienwohnungen, aber auch für Ledigenheime, ferner 143 Millionen zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege (Bau von Volksbädern, Wasserleitungen, Kanalisation, Schlachthäusern usw.), sodann 85 Millionen für den Bau von Krankenhäusern, Genesungsheimen, Volksheilstätten, 71 Millionen Mark für Hebung der Volksbildung, 88 Millionen für sonstige Wohlfahrtszwecke und schließlich 56 Millionen für eigene Veranstaltungen der Invalidenversicherungsanstalten, z. B. für den Bau eigener Krankenhäuser, Heilanstalten, Lungenheilstätten, Erholungsheime und Invalidenhäuser.

So sehen wir, wie die deutsche Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzgebung weit über ihren eigentlichen Zweck der Rentengewährung eine ungemein umfassende und segensreiche Wirkung auf den verschiedensten Gebieten der Volksgesundheitspflege und der sonstigen Volkswohlfahrt entfaltet.

Werfen wir nun noch einmal einen kurzen Rückblick auf die gesamten Leistungen der deutschen Arbeiterversicherungen im letzten Berichtsjahr. Als Entschädigung für Erwerbsunfähigkeit durch Krankheit wurden 331 Millionen Mark, durch Unfall 158 Millionen Mark, durch Invalidität 181 Millionen Mark gezahlt. Das sind gewaltige Summen. Und trotzdem wird noch viel über die Unzulänglichkeit der Leistungen, welche die Arbeiterversicherung bietet, geklagt. Gewiß ist diese Institution noch verbesserungsbedürftig; und ich habe, wo es nötig war, rücksichtslos auf die Lücken hingewiesen. Aber man muß auch daran denken, daß im Deutschen Reich ununterbrochen mit dem größten Eifer an der Vervollkommnung des sozialen Versicherungswesens gearbeitet wird. Der einzelne Versicherte freilich, der nur den ihm gesetzlich zugemessenen, oft vielleicht geringfügigen Teilbetrag

erhält, ist in seiner Notlage, die sich durch eine Versicherung niemals ganz beseitigen lassen wird, natürlich nicht so leicht zufrieden zu stellen. Aber die Mehrzahl der Versicherten erkennt doch den Segen der Arbeiterversicherung an, die ihnen rasch Hilfe bringt in den Tagen der Not, wenn sie krank oder invalide sind. Wenn auch die Rente vielfach kleiner ist, als gewünscht wird, so weiß es der Rentenempfänger doch zu schätzen, daß die Unterstützung regelmäßig und mit Sicherheit zu einem bestimmten Termin eintrifft. So entsteht Ordnung im kleinen Haushalt des Erwerbsbehinderten und manche Beunruhigung wird so beseitigt. Besonders die Empfänger der Altersrenten schlagen den Wert der Versicherung hoch an; denn nun fallen sie ihren Kindern und Kindeskindern nicht mehr, wie ehemals, als unbequeme Parasiten zur Last, und sie sind auch nicht mehr gezwungen, sich an die Armenverwaltungen zu wenden. So hat also die Arbeiterversicherung ein gutes Stück auch zur sittlichen Hebung des Volkes beigetragen. Und was das deutsche Versicherungswesen in hygienischer Hinsicht geleistet hat, wurde ja im Laufe unserer Darlegungen eingehend erörtert.

Hier sei jetzt nur noch daran erinnert, daß die beträchtliche Verkleinerung der Sterblichkeitsziffer im Deutschen Reiche zum großen Teil durch die Arbeiterversicherungsgesetzgebung erreicht wurde. Das deutsche soziale Versicherungswesen ist auf manchen Gebieten von anderen Staaten gegenwärtig übertroffen worden; so fehlt z. B. in Deutschland vorläufig noch die staatliche Arbeitslosenversicherung, die in Dänemark und Norwegen bereits eingeführt ist. Aber als Ganzes betrachtet, steht bis jetzt die deutsche Arbeiterversicherung, die einst als ein Sprung ins Dunkle bezeichnet wurde, nun aber von vielen Staaten nachgeahmt wird, unerreicht in der Welt da.



DR. RUD. LUDW. ARNOLD, SCHÖNEBERG: FORTSCHRITTE DER ARBEITERVERSICHERUNG IN DEN VEREINIGTEN STAATEN.

DER allmähliche Übergang von der extensiven Wirtschaft zur intensiven in den Vereinigten Staaten, wie wir ihn seit Beginn des neuen Jahrhunderts dort zu beobachten Gelegenheit haben, hat charakteristischerweise zuerst in Industrie und Handel einzusetzen begonnen. Die Person des Einzelnen, insbesondere des Angestellten und Arbeiters, wird nicht mehr lediglich als Arbeitskraft allein gewürdigt, die jederzeit durch eine neue ersetzt werden kann, sondern es bricht sich langsam die Überzeugung Bahn, daß der Unternehmer auch die Pflicht hat, geeignete Maßnahmen zum Schutze seiner Arbeiter vor allem gegen Betriebsgefahren zu ergreifen, um sich einen tüchtigen Arbeiterstamm heranzubilden und zu erhalten. Nicht zuletzt ist er zu dieser Erkenntnis durch folgende Vorgänge gekommen: die starke Einwanderung von Analphabeten, von denen die Südslaven (Kroaten) und Italiener ein starkes Kontingent stellen, hat zu einer unheimlichen Vermehrung großer Betriebsunfälle hauptsächlich in den Bergwerken geführt, da von diesen Arbeitern nicht einmal die einfachsten Vorichtsmaßregeln beobachtet werden. Infolgedessen sind Nord- und Südg-

manen, sowie Irländer und Franzosen, die Kerntruppen der nordamerikanischen Arbeiterschaft, kaum noch für diese Betriebe zu gewinnen. So hat die Nationalitätenfrage, die sich übrigens mehr und mehr zu einer Geißel für Nordamerika herausbildet, den Anstoß zur sozialpolitischen Fürsorge für die Arbeiter gegeben, und sie ist ganz dazu angetan dafür zu sorgen, daß der einmal ins Rollen gebrachte Stein nicht mehr zum Stillstand kommt.

Um nun die traurige Lage, in der sich heute noch der amerikanische Arbeiter befindet, richtig beurteilen zu können, geben wir zunächst eine Übersicht über den derzeitigen Stand der Gesetzgebung in den Vereinigten Staaten. Als Grundlage aller gesetzlichen Maßnahmen in den einzelnen Bundesstaaten dient das common law, das dem Arbeiter nur dann einen Anspruch auf Entschädigung gewährt, wenn ihm der Nachweis gelingt, daß den Unternehmer ein Verschulden, und zwar sowohl bei eigenen Handlungen als auch bei der Auswahl seiner Angestellten trifft. Die Aufstellung dieses reinen Haftpflichtprinzips, wie es auch im deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch seine Regelung gefunden hat, schließt naturgemäß das eigene Verschulden des Arbeiters aus. Ein recht erheblicher Unterschied besteht jedoch zwischen beiden Gesetzbüchern, um dies gleich vorwegzunehmen: die Haftpflicht des Arbeitgebers ist nach dem altenglischen gemeinen Recht noch nicht einmal zwingender Natur, sie kann durch Vertrag ausgeschlossen werden. Aber selbst wenn diese Ausschlußklausel im Arbeitsvertrag fehlt, ist die Lage des Arbeiters bei einem Betriebsunfall nicht viel besser. Denn von wenigen Ausnahmen abgesehen, muß er in der Mehrzahl der Fälle seinen Entschädigungsanspruch im Prozeßwege geltend machen, da der Unternehmer in der Regel bei einer privaten Haftpflichtversicherungsgesellschaft sich versichert hat und diese naturgemäß möglichst wenig Entschädigung zahlen will. Schreckt der Arbeiter nicht überhaupt wegen der hohen Kosten vor einer Klage zurück, so zieht sich der Prozeß nur zu oft jahrelang hin. Und hat der Arbeiter dann endlich ein obsiegendes Urteil erstritten, so muß er von seiner ihm zugesprochenen Rente bedeutende Abgaben an seinen Verteidiger entrichten, ganz abgesehen davon, daß er lange Zeit ohne Unterstützung geblieben ist.

Anläufe dazu, hier Wandlung zu schaffen, haben wohl zu reformatorischen Gesetzen in den einzelnen Bundesstaaten geführt, einen wesentlichen Fortschritt aber kaum gebracht. Es ist lediglich eine Verschärfung der Unternehmerhaftpflicht erfolgt, und zwar hauptsächlich für solche Betriebe, die besonders große Gefahren für die Arbeiter mit sich bringen, also insbesondere für die Eisenbahnen. Das ist aber auch alles. Die Lage des Arbeiters ist dieselbe geblieben. Daneben haben sich nun die Arbeiter häufig mit Unterstützung der Unternehmer zu Verbänden zusammengeschlossen, um bei Unfällen, Krankheiten oder Tod Unterstützungen zu gewähren. Oder Unternehmerverbände sowie Einzelunternehmer haben freiwillig derartige Unterstützungskassen ins Leben gerufen und verzichtet auf Beiträge der Arbeiter zu diesen Wohlfahrtseinrichtungen. Aber alle diese Kassen, die dazu nur einem beschränkten Kreis von Arbeitern zugute kommen, sind lediglich zu dem Zweck gegründet worden, um der ersten Not zu steuern, dauernde Unterstützungen dagegen werden nicht geleistet.

Durch ein Bundesgesetz diese Ansätze zusammenzufassen und weiter auszubauen, würde nicht allzu schwer halten, zumal sich die Stimmen im Lande, die nach einer durchgreifenden Reformgesetzgebung nach dem deut-

schen Vorbild verlangen, von Jahr zu Jahr mehr, wenn eben nicht damit eine Änderung der Bundesverfassung verknüpft sein würde. Denn der Machtsphäre des Bundeskongresses ist lediglich die einheitliche Regelung des zwischenstaatlichen Transportwesens unterstellt. Im übrigen ist es den Einzelstaaten überlassen, selbständig das Personen- und Gewerberecht gesetzlich zu regeln. Als ein Fortschritt kann es immerhin bezeichnet werden, daß es durch ein Bundesgesetz vom 22. April 1908 gelungen ist, eine wesentliche Verschärfung der Haftpflicht für die zwischenstaatlichen Eisenbahngesellschaften herbeizuführen. Die Möglichkeit ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß über kurz oder lang die Idee, die Arbeiterschutzgesetzgebung einheitlich durch ein Bundesgesetz zu regeln, den Sieg davon trägt. Kein geringerer als Roosevelt hat diesen Gedanken in seinen Botschaften an den Kongreß und in seinen Programmreden an die Nation auf das energischste vertreten. Es bedarf u. E. hier nur eines neuen kräftigen Anstoßes, der allerdings, um zum Endziel zu führen, von irgendeiner tatkräftigen und populären Persönlichkeit ausgehen müßte.

Daß die Bewegung für den gesetzlichen Arbeiterschutz in den einzelnen Bundesstaaten nicht stillsteht, sondern daß das soziale Gewissen des amerikanischen Volkes erwacht ist, dafür bildet in neuester Zeit die Einsetzung von staatlichen und privaten Kommissionen zur Prüfung dieser Frage den besten Beweis. Von diesen sind die Einrichtungen anderer Länder, insbesondere des Deutschen Reiches eingehend und wiederholt an Ort und Stelle studiert worden. Als Frucht dieser Maßnahmen sind die Gesetzentwürfe zu betrachten, welche in einigen Bundesstaaten über die Arbeiterversicherung teils in Vorbereitung sind und teils bereits fertig vorliegen. Greifen wir als Beispiel den Gesetzentwurf des Staates New York heraus, da er gewisse Bestimmungen enthält, die auf eine obligatorische Arbeiterversicherung hindeuten. Vorangegangen sind ihm zwei Haftpflichtgesetze von 1902 und 1906, die jedoch kaum eine Milderung des common law bedeuten. Es ist nun interessant zu beobachten, wie unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Einführung der Zwangsarbeiterversicherung nach deutschem Vorbild diese Klippe zu vermeiden versucht wird. Es geschieht das in folgender Weise: der Staat New York behält in seinem Entwurf die bisherige Haftpflicht der Unternehmer unter wesentlicher Verschärfung bei und gewährt dazu dem Arbeiter bei allen Betriebsunfällen Rentenansprüche einerlei, ob den Unternehmer ein Verschulden trifft oder nicht. Jedoch bleibt diese erweiterte Haftpflicht der Arbeitgeber nur auf gewisse, besonders gefährliche Betriebe und die darin beschäftigten Arbeiter beschränkt, eine Ausdehnung auf alle Werke ist also unterblieben. Ein wichtiger Punkt, der nicht übersehen werden darf. Um nun wieder auf die einzelnen Vorschriften des Entwurfes zurückzukommen, sind die Ansprüche eines Arbeiters aus einem erlittenen Betriebsunfall in ähnlicher Weise wie die Lohnforderung mit Vorzugsrechten ausgestattet worden. Außerdem sind Erwägungen im Gange, welche darauf hinzielen, den Arbeiter vor der Zahlungsunfähigkeit des Unternehmers zu schützen. Man denkt an die Ausübung eines gesetzlichen Zwanges auf den Unternehmer, eine Haftpflichtversicherung bei einer privaten Versicherungsgesellschaft zu nehmen. In den Motiven zu diesem Gesetzentwurf wird der Entwurf selbst als ein erster Schritt auf dem bisher noch nicht betretenen Wege der sozialpolitischen Gesetzgebung bezeichnet und die Hoffnung daran geknüpft, daß er zu einem neuen System überleiten möge. Man darf daher die begründete Erwartung hegen, daß der Staat sich schließlich doch noch

zu dem öffentlich-rechtlichen Modus des deutschen Vorbildes unter Abänderung der Verfassung bekehren wird.

Ein wichtiges Glied in dieser Kette, den Gedanken der sozialen Gesetzgebung zum Allgemeingut der Nation zu machen, bildet die Gründung des American Museum of Safety in New York. Es ist eine Nachbildung der „Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt“ in Charlottenburg. Sie wurde, wie wir den Monatsblättern für Arbeiterversicherung entnehmen, von dem um die Ausbreitung sozialer Ideen hochverdienten American Institute of Social Service in New York ins Leben gerufen. Von diesem Institut wurden im Anschluß an die Weltausstellungen in Paris und St. Louis und das dadurch veranlaßte Studium der europäischen Unfallmuseen in Charlottenburg, München, Wien, Amsterdam usw. in den Jahren 1907 und 1908 in New York internationale Ausstellungen zweckmäßiger Unfallverhütungs- und gewerbehygienischer Einrichtungen veranstaltet. Als Vorbild diente die deutsche Ausstellung in Berlin vom Jahre 1889. Aus diesen hat sich die dauernde Ausstellung, das American Museum of Safety, entwickelt. Das Institut verfolgt einen doppelten Zweck: es will nicht nur in Unternehmerkreisen die Kenntnis der Unfallverhütung verbreiten und damit die Vorkehrungen dazu in den Betrieben anstreben, sondern die Anstalt hat sich auch die Aufgabe gestellt, die Überzeugung, daß nur eine allgemeine staatliche Versicherung den Arbeiter vor Unfall, Erkrankung oder Invalidität schützen kann, zum Gemeingut der Nation zu machen. Besondere Verdienste um die Leitung dieser Anstalt und die Hinaustragung ihrer Ideen unter das amerikanische Volk hat sich ihr derzeitiger Direktor W. H. Tolman erworben. Er hat aus eigener Anschauung bei seinen wiederholten Besuchen im Reichsversicherungsamt zu Berlin die Einrichtungen der deutschen Arbeiterversicherung kennen gelernt und sie eingehend studiert. Durch seine Teilnahme an den 25. Jahresversammlungen der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik, der Eisen- und Stahl- sowie der Steinbruchs-Berufsgenossenschaften hat er ferner auch einen Einblick in die praktische Arbeit dieser Verbände gewonnen. Direktor Tolman ist des Lobes voll, insbesondere von diesen Institutionen der deutschen Arbeiterversicherung. Er schließt sein Dankschreiben an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts für das ihm bewiesene Entgegenkommen mit folgenden Worten: Ganz besonderen Eindruck habe auf ihn das sichtliche Bestreben aller anwesenden Mitglieder der Berufsgenossenschaften gemacht, die besten Methoden herauszufinden, das Leben und die Gesundheit der deutschen Arbeiter zu schützen. Der Geist der Kameradschaft und Brüderlichkeit, der in ihnen herrsche, das Band gemeinsamer Arbeit, das sie mit dem Reichsversicherungsamt verbinde, leiste die beste Gewähr für den immer wachsenden Erfolg dieser lebenserhaltenden Einrichtung, die Deutschland zum Schutze seiner Bürger geschaffen habe. Tolman hat sich jedoch nicht mit diesen Worten allein begnügt, sondern hat auf einer halbjährigen Vortragstournee durch die Städte der mittleren und östlichen Union das deutsche Arbeiterversicherungssystem in seinen drei Abteilungen geschildert. Und überall, wohin er auch gekommen ist, sind seine Vorträge mit großem Interesse und Beifall aufgenommen worden. Der Segen der Arbeiterversicherung werde von immer mehr Leuten erkannt und die allgemeine Meinung gehe dahin, daß die Zeit zu sozialpolitischen Taten gekommen sei. Dabei werde das deutsche Vorbild ohne Zweifel auch der amerikanischen Gesetzgebung den Pfad weisen. Recht erfreulich sind die großen Erfolge, die Tolman seinen Vorträgen zu

verdanken hat. Denn in mehreren Staaten hat man beschlossen, Zweiganstalten des New Yorker Museums ins Leben zu rufen. Fast noch wichtiger ist die Tatsache, daß sich in einer ganzen Reihe Großbetriebe Ausschüsse von Betriebsbeamten und Arbeitern gebildet haben, die unter Anleitung der New Yorker Anstalt die Unfallverhütung in den Werken durch zweckmäßige Einrichtungen fördern wollen.

Wir sehen also, wie der Gedanke an einen ausreichenden Arbeiterschutz in den Vereinigten Staaten in verhältnismäßig kurzer Zeit Wurzel geschlagen hat und im Begriff ist, auch lebensfähige Keime zu zeitigen. Daß naturgemäß die ersten Versuche auf diesem Gebiete mit großen Mängeln behaftet sind, kann nicht weiter wundernehmen, ist es doch reines Neuland für die Gesetzgeber. Da sich jedoch die Überzeugung von der Notwendigkeit einer Arbeiterversicherung mehr und mehr auch in den Kreisen der Unternehmer Bahn zu brechen beginnt und der Staat wie die Arbeitgeber bei der Entsendung von Studienkommissionen Hand in Hand gehen, so dürfte der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern sein, an dem eine brauchbare Gesetzgebung in den einzelnen Staaten zustande kommen wird. Wesentlich beigetragen haben zu diesem schnellen Erfolg einerseits die auf die Dauer unhaltbaren Zustände, wie wir sie in der Einleitung geschildert haben, andererseits die unermüdliche und zielbewußte Tätigkeit des Direktors des American Museum of Safety in New York. Wir schließen unsere Ausführungen mit dem Wunsche, daß es im Sinne einer allgemeinen öffentlich-rechtlichen Arbeiterversicherung gelingen möge, die ganze große Frage einheitlich durch ein Bundesgesetz für die ganze Union zu regeln.



A. SAUZEDE, SOMMIERES: DIE NEUE FRANZÖSISCHE ARBEITERVERSICHERUNG. *)

IN Frankreich ist am 3. Juli l. J. das neue Gesetz in Kraft getreten, das die Verleihung von Alterspensionen an alle Arbeiter über 65 Jahre vorsieht. Die Mittel werden durch obligatorische Beiträge der Arbeiter (9 Franken pro Jahr für männliche, 6 Franken pro Jahr für weibliche Arbeiter, der Vereinfachung wegen ohne jede Einteilung in Lohnklassen) und durch Beiträge der Arbeitgeber in gleicher Höhe aufgebracht. Der Staat gibt jedem Arbeiter über 65 Jahre einen Zuschuß zur Pension in Höhe von 100 Franken pro Jahr, resp. wird im Sinne einer vom Parlamente beschlossenen Resolution dieser letztere Beitrag bereits an alle Arbeiter über 60 Jahren ausgefolgt. Nach einer langen Vorbereitungsperiode, (die durch das Prinzip der Kapitalisierung der Prämien bedingt wird), während welcher die Pensionen für die Arbeiter, die die Altersgrenze erreichen, langsam ansteigen sollen, wird endlich ein Dauerzustand erreicht werden, in dem die Arbeiter von 60—65 Jahren 100 Franken pro Jahr aus Staatsmitteln, und die über 65 Jahren eine Gesamtpension von ca. 400—500 Franken pro Jahr beziehen werden.

Während das Gesetz für Lohnarbeiter obligatorisch ist, können die unteren Schichten der selbständigen Gewerbetreibenden, Bauern und Pächter der

*) Siehe auch die Chronik auf Seite 702.

Vorteile des Staatszuschusses durch fakultative Selbstversicherung teilhaftig werden.

Das Gesetz wurde von einer sehr großen Mehrheit des Parlaments, in der sich auch die große Mehrheit der sozialdemokratischen Partei befand, beschlossen. Trotzdem wurde von seiten des extremen Flügels der Sozialdemokratie, sowie von Seiten des allgemeinen Gewerkschaftsverbandes, eine Bewegung gegen die Durchführung dieses Gesetzes eingeleitet, welche gegen die einmütige Stellung von Regierung und Volksmehrheit gewiß keinen endgültigen Erfolg erzielen wird, die aber immerhin bewirkte, daß die Mehrheit der zur Versicherung herangezogenen Arbeiter bei Erreichung des gesetzlichen Termines die vom Gesetz vorgeschriebenen Einzeichnungsförmlichkeiten nicht erfüllte, was überaus merkwürdige Einblicke in die Psychologie der französischen Arbeiterschaft gewährte.

Im nachstehenden seien daher die wesentlichen Einwände, die von den Arbeitergewerkschaften gegen das Gesetz erhoben wurden, beleuchtet.

Zunächst wandte man sich gegen das System der Kapitalisation, gegen die Ansammlung von Kapitalien, die erst in Jahrzehnten zur Ausschüttung gelangen sollen. Man gab vor, zu fürchten, daß der Staat im Kriegsfall auf die ihm anvertrauten Kapitalien greifen, dieselben ihrer Bestimmung entziehen werde, ein Argument, das wohl durchaus unvernünftig ist, wenn man die ausgezeichnete Gewissenhaftigkeit und Treue Frankreichs gegenüber all seinen Verpflichtungen auch in Stunden der höchsten Not in Berücksichtigung zieht, das aber psychologisch überaus bedenklich ist, weil es die Erschütterung des französischen Staatskredits bei der Masse der französischen Arbeiterschaft charakterisiert.

Ein zweiter gewichtiger Einwand richtet sich gegen die Zuziehung der Arbeiter selbst zur Beitragsleistung für ihre Pensionen. Man erklärt, daß England den entgegengesetzten und viel gerechteren Weg eingeschlagen habe, die Mittel für die Alterspension nicht durch eine „Steuer“ auf die tragfähigen Schultern, sondern aus allgemeinen Staatsmitteln, ohne Beitragsleistung der Arbeiter, d. i. aus allgemeinen Staatssteuern, welche die Leistungsfähigen treffen, aufzubringen. Der Erwiderung, daß Frankreich nicht die gleichen finanziellen Hilfsmittel hätte wie England, entgegnete man mit Hinweis auf Frankreichs großen Nationalreichtum und in dieser Richtung liegt in der Tat der einzige, einer gewissen relativen Stichhaltigkeit nicht entbehrende Einwand gegen das Prinzip der Beitragsleistung der Arbeiter zur Sozialversicherung, wie es nach Deutschlands Muster in Frankreich durchgeführt wurde *).

Ein dritter Einwand richtet sich gegen das allzu niedrige Ausmaß der Pensionen besonders jener langen Übergangsperiode, während welcher die Arbeiter, die erst mit 40 oder 50 Jahren zur Beitragsleistung hingezogen werden, naturgemäß bis zur Erreichung des 65. Jahres keine großen Beträge ansammeln und die Unterlage für keine große Pension schaffen können.

Dem gegenüber ist zu bemerken, daß diese Arbeiter eben auch nur durch eine geringere Reihe von Jahren Beiträge leisten, somit nur auf geringeren Vorteil Anspruch haben.

Ein weiterer Einwand, der gerade auf die breiten Massen bedeutsamen Eindruck machte, war das späte Alter, das zur Fälligerwerden der Pension nötig ist: 65 Jahre. Hier ist der bereits errungene Vorteil von 5 Jahren dem

*) Siehe den Aufsatz von Prof. Broda in der Julinummer, Anm. d. Red.

deutschen Gesetz gegenüber zu beachten. Auch versprach die französische Regierung, ein Versicherungsgesetz zugunsten von Personen, die vor Erreichung der Altersgrenze arbeitsunfähig würden, einzubringen; ferner sagte sie unter dem Drucke der Bewegung (und das war für diese allerdings ein bedeutender Erfolg) die Einbringung eines Gesetzes zu, durch das der Staatspensionszuschuß von 100 Franken bereits vom 60. Jahr an für die Arbeiter flüssig gemacht werden soll.

In dieser Richtung wird übrigens auch ein Argument gebraucht, dessen völlige Sinnlosigkeit den Freund der französischen Arbeiterschaft nur mit Betrübniß erfüllen kann: Man nennt die Versicherung eine „Retraite pour les morts“, da nur das Absterben von drei Vierteln aller Versicherten vor Erreichung des 65. Jahres die Verabfolgung der Pensionen an die Überlebenden gestatte.

Man übersah dabei, oder wollte übersehen, daß gerade hierin das selbstverständliche Grundprinzip jeder Versicherung beruht, daß eine solche nur dann für den Bezugsberechtigten Vorteile bieten kann, wenn zahlreiche andere gar nicht in die ins Auge gefaßte Notlage gelangen (Brandschaden, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, mittelloser Alter).

In diesem Einwand drückt sich so recht jene Halbbildung aus, die so weiten Kreisen der französischen Arbeiterschaft eigen ist und sich darin äußert, daß man in Fragen, die man doch nur zur Hälfte verstanden, ein selbständiges Urteil, unabhängig von dem der akademisch gebildeten Führer, besitzen will. Der Einwand zeigt ferner die überaus traurige Tatsache, daß sich einige wenige Personen aus den gebildeten Ständen fanden, welche ein Argument, an das sie ja selbst kaum glaubten, in der Presse formulierten.

Die ganze Bewegung offenbart ferner eine überaus gefährliche und bedenkliche Tendenz der französischen Arbeiterschaft, welche sich weigert, aus den Händen der bürgerlichen Gesellschaft irgendwelche, für ihre eigenen Interessen geschaffene Reformen zu empfangen, welche jeder solchen Reform das größte Mißtrauen entgegenbringt, weil sie eben nur im Kampf mit der bürgerlichen Gesellschaft ihr Endziel, die Aufhebung des Lohnsystems, zu erreichen hofft.

Die Bewegung gegen das Arbeiterversicherungsgesetz hat somit all jenen innerhalb und außerhalb Frankreichs, welche die seelische Verfassung der französischen Arbeitermassen zu studieren wünschen, neue und bedeutungsvolle Einblicke vermittelt. Wie so oft in der Geschichte Bewegungen, die aus irrigen Motiven hervorgehen, dennoch wertvolle Endresultate erzielen können, so hat der vom Gewerkschaftsverband gegen das vorliegende Gesetz geführte Feldzug den Anstoß zur wertvollen Verbesserung des Gesetzes durch Herabsetzung der Altersgrenze gegeben und ist das französische Gesetz, wenngleich so lebhaft angefeindet von den ewig Unzufriedenen, denen es zugute kommen soll, besonders in seiner neuen Form, da es die allgemeine Erteilung von Alterspensionen bereits von Erreichung des 60. Lebensjahres an vorsieht, somit das weitestgreifendste der bisher geschaffenen Arbeiterversicherungsgesetze geworden.

CHRONIK

KRANKEN- und Invalidenversicherung in England: Die englische Regierung hat im Parlamente einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Einführung einer obligatorischen Kranken- und Invalidenversicherung vorsieht. Er ging hervor aus einer Reihe von Besprechungen zwischen dem Finanzminister und den Vertretern der verschiedenen Verbände, die freiwillige Kranken- und Invalidenversicherung betreiben und seine charakteristische Seite liegt in der Anlehnung an diese wechselseitigen Unterstützungsvereine, die, sei es als Haupt- sei es als Nebenzweck, Kranken- und Invalidenversicherung betreiben. Man will die obligatorische Staatsversicherung auf die autonomen Vereine aufbauen, die zur Zeit 6 Millionen Mitglieder zählen und Gelder im Betrage von 930 Millionen Mark verwalten. Im übrigen sind die wesentlichen Grundsätze des Entwurfes folgende: Alle Arbeiter bis zu einem Maximaleinkommen von 3200 Mark sind der obligatorischen Versicherung unterworfen. Die geringste Rente, welche die Kranken und Invaliden empfangen sollen, wird 5 Mark pro Woche betragen und vom Staate gewährleistet. Darüber hinaus können in freier Vereinbarung des Nutznießers mit der Gesellschaft höhere Beträge festgesetzt werden. Die Versicherung soll sich auf die Zeit vom 16. bis zum 70. Lebensjahre erstrecken, über welches Alter hinaus ohnehin die staatliche Altersrente einsetzt. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis der Unterstützungsvereine, bloß „gute Risiken“, das heißt relativ Gesunde aufzunehmen, soll das neue System der Staatsversicherung in seiner Allgemeinheit Kranke und Gesunde gleichmäßig umfassen. Eine eigene

Staatsbehörde wird errichtet, um die Tätigkeit des ganzen Mechanismus zu beaufsichtigen.



Altersversorgung in Frankreich:

Die französische Gesetzgebung zugunsten arbeitsunfähiger Greise hat durch das Gesetz über die soziale Versicherung, das am 3. Juli in Kraft trat, einen wesentlichen Schritt der Annäherung zur deutschen Gesetzgebung getan, aber der spezifische Gedanke der Fürsorge für das Alter schlechtweg, auch wenn es nicht mit Arbeitsunfähigkeit verbunden wäre, tritt in den französischen Gesetzen schärfer zutage.

Am 4. Juli 1905 wurde bekanntlich ein Gesetz erlassen, das allen arbeitsunfähigen Greisen über 70 Jahre das Recht auf eine Altersrente oder Verpflegung auf Staatskosten zuerkennt. Mit dem 31. Dezember 1907 wurde dieser Anspruch dahin erweitert, daß jeder mittellose Greis von 70 Jahren, auch wenn er noch arbeitsfähig wäre, gleiche Ansprüche besitzen soll.

Seither ist die Zahl derer, welche auf eine Altersrente Anspruch erhoben, von 550 000 im Jahre 1908 auf 569 000 im Jahre 1910 gestiegen. Die Kosten beliefen sich im Jahre 1908 auf 80 Millionen, wovon 40 Millionen durch den Staat, 12 Millionen durch die Departements und 28 Millionen durch die Gemeinden aufgebracht wurden.

Das neue Gesetz vom 3. Juli 1911 läßt diese Altersfürsorge durchaus bestehen und fügt ihr die soziale Versicherung, deren Renten allen mittellosen Personen über 65 Jahre, seien sie arbeitsfähig oder nicht, zugute kommen sollen, bei.

Das Gesetz verordnet bekanntlich, daß alle männlichen Arbeiter ohne Rücksicht auf die Höhe des Lohnes 9 Fr. pro Jahr, alle weiblichen Arbeiter 6 Fr. pro Jahr durch Einkerbung von Marken in ein eigenes Heftchen zu entrichten haben, daß die Arbeitgeber die gleiche Summe beisteuern und der Staat fixe Zuschüsse leistet, die im Sinne eines in der Kammer angenommenen Amendements im kommenden Jahre 80 Mk. = 100 Fr. für jeden Bezugberechtigten betragen sollen, also wesentlich mehr, als der deutsche Reichszuschuß von 50 Mk. (besonders, wenn man in Rechnung zieht, daß die auf Grund des Gesetzes vom 24. Juli 1905 erfließenden Beträge sich den neuen Renten einfach zugesellen und zusammen recht bedeutende Summen ausmachen, sowie ferner, daß das Recht auf Bezug der neuen Rente bereits mit dem 65. Lebensjahre beginnt).

Über diesen Grundsatz noch hinausgehend, hat die Kammer übrigens im Juni beschlossen, daß im Budget des Jahres 1912 dafür Vorsorge getroffen werde, daß der Staatszuschuß für Sozialversicherung bereits mit dem 60. Jahre flüssig gemacht werde, was gegenüber der deutschen Altersgrenze von 70 Jahren eine überaus wesentliche Differenz darstellt.

Es kann also zusammenfassend gesagt werden, daß das französische System der Altersversicherung und ihrer Versorgung bei aller Anlehnung an das deutsche Versicherungsprinzip doch dem Gedanken eines Rechts der alternden Arbeiter auf Staatsunterstützung, dem Gedanken einer staatsbürgerlichen Versorgung weit näher steht als dem deutschen Gesetz und eine Mittelform zwischen dieser und der englischen Staatsbürgerversorgung, die bekanntlich auf jeden Beitrag der Arbeiter verzichtet, bildet. Diese Mittelform kann vielleicht nach vielen Beziehungen hin

als die praktischste Lösung des Problems bezeichnet werden.

Charles Voisin.

Paris.



Lohnämter für Heimarbeiter in Frankreich: Graf de Mun, der bekannte Führer des sozial orientierten Flügels der französischen Katholiken, brachte kürzlich im Parlamente einen Antrag ein, demzufolge Lohnämter für alle Industrien, in denen Heimarbeit vorliegt, eingesetzt werden sollen. Diese Kommissionen sollen zur Hälfte aus Delegierten der Arbeitgeber und zur Hälfte aus Delegierten der Arbeitnehmer zusammengesetzt sein, u. zw. sollen diese Vertreter von den Interessenten selbst gewählt werden. Im Falle diese solche Wahl verweigern, ist das Ministerium mit der Ernennung beauftragt. Das aktive Wahlrecht steht allen Arbeitnehmern der betreffenden Industrien, insoweit sie das 21. Lebensjahr überschritten haben, ohne Rücksicht auf ihr Geschlecht zu. Die Kommission wählt selbst ihren Vorsitzenden läßt sich aber keine absolute Mehrheit auf eine Kandidatur vereinigen, so wird der Präsident von der Regierung ernannt. Er soll einer den Interessenkonflikten der Industrie fernstehenden Volksgruppe entnommen werden. Eine Liste aller Heimarbeiter wird auf Grund der Angaben, zu denen die Arbeitgeber verpflichtet sind, vom Gewerbeinspektor festgestellt. Sie dient zu gleicher Zeit als Wählerliste. Den Lohnämtern steht es zu, Minimallöhne, seien es Zeit-, seien es Stücklöhne, festzustellen. Alle Arbeitgeber sind zur Bezahlung dieser Lohnsätze verpflichtet. Die Kaufleute, welche Produkte der Heimindustrie verkaufen, sind gleichfalls gehalten, die Bezahlung der Minimallöhne durch etwaige Mittelspersonen

zu überwachen und sind zivilrechtlich für Einhaltung der Bestimmungen durch ihre Lieferanten, soweit sie von ihnen Kenntnis erhalten, verantwortlich.

Arbeitgeber, die nicht die vorgeschriebenen Löhne bezahlen, sind im Falle eines ersten Vergehens in eine Geldstrafe von 16 bis 300 Francs, im Falle jeder Wiederholung in die doppelte Strafe zu nehmen; ebenso Arbeitgeber, die nicht die vom Gesetze vorgeschriebene Liste ihrer Arbeiter führen und die bezahlten Löhne darin nicht wahrheitsgemäß verzeichnen. Die Arbeiter selbst können, im Falle ihnen nicht die von der Kommission festgestellten Löhne bezahlt wurden, ergänzende Zahlungen auf dem Zivilrechtswege einklagen.

Versuch einer Ausschaltung des Zwischenhandels in der Pariser Heimarbeit: Um dem großen Heimarbeiterelend der Pariser Weißnäherei, das zum großen Teil auch mit dem Zwischenhandel zusammenhängt, zusteuern, sind gewisse gemeinnützige Gesellschaften ins Leben getreten, die das Produkt der kleinen Hausnäherei direkt verkaufen, wobei, ohne an den Geldbeutel des Publikums größere Anforderungen zu stellen, die Entlohnung eben jener Heimweißnäherinnen bedeutend gehoben werden kann und gehoben wird. Diese Gesellschaften: L'Entr'Aide (112, avenue Emile-Zola); Le Cercle Amicitia (12, rue du Parc-Royal); L'Oeuvre du Travail (30, rue de Berlin); L'Oeuvre de la Chaussée du Maine (38, avenue de l'Observatoire) usw., verbreiten Flugschriften unter dem Publikum, um dasselbe für ihre Auffassung zu gewinnen und sich dadurch den nötigen Absatzmarkt zu sichern. Auch dem Publikum soll durch diesen direkteren Verkehr mit

den eigentlichen Produzenten gedient werden, indem es für gleiches Geld eine sorgfältigere Ausführung, verbunden mit besserem Material, erhält.

Permanente Schiedsgerichte in New York: In New York besteht seit dem Jahre 1909 ein permanentes Schiedsgericht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Baugewerbes, das vom Arbeitgeberverband und den einzelnen Gewerkvereinen begründet wurde. Dasselbe besteht aus einer gleichen Anzahl von Arbeiter- und Unternehmerdelegierten und jeder Streitfall zwischen den beiden Interessengruppen wird ihm vorgelegt. Beide Teile haben sich verpflichtet, keinen Streik und keine Aussperrung zu erklären, bevor das Schiedsgericht sein Verdikt abgegeben. Über 500 solcher Streitfälle wurden ihm in der Tat alljährlich unterbreitet und fast ausnahmslos die Entscheidungen von beiden Teilen akzeptiert. Nur höchst selten sind Streiks noch ausgebrochen, während früher ganz ungemein anarchische Zustände die Bautätigkeit von New York erschütterten.

William White.

Lohnkommissionen in Nordamerika: Zwei Staaten der amerikanischen Union Minnesota und Wisconsin sind im Begriffe Lohnkommissionen nach australischem Muster für solche Industrien zu schaffen, welche Frauen und Kinder beschäftigen. Minnesota will im Sinne eines Regierungsentwurfes Minimallöhne für Zeit- und Akkordarbeiten der Frauen und Minderjährigen festsetzen. Als Richtschnur dafür soll der Grundsatz gelten, daß Gesundheit, Moralität und Wohlfahrt der

betreffenden Arbeiter und in ihnen Gesundheit, Moralität und Wohlfahrt der Gesamtheit geschützt werden sollen. Die Sprüche der Kommission unterliegen jedoch der Bestätigung durch eine staatliche Behörde, das Schiedsamt, das auch für ihre Erzwingung zu sorgen hat.

Die Lohnkommissionen sind berechtigt, Ausnahmebestimmungen für physisch minderwertige Arbeiter zu treffen um sie vor dem Schicksale ihrer minderen Arbeitsfähigkeit bei gleich hoher Bezahlung halber entlassen zu werden, zu bewahren. Das Gesetz sieht ferner vor, daß in gewissen Fällen der Spruch der Lohnkommissionen nicht erst vom staatlichen Schiedsamt bestätigt werden müsse. Auch in solchen Fällen soll ihm eine nur beschränkte Geltung zukommen resp. diese Sprüche sollen nur in solchen Fällen obligatorisch werden, wo keine geschriebenen Arbeitsverträge dem entgegenstehen.

Der Gesetzentwurf, der im Staate Wisconsin durch den Senator Kleczka ausgearbeitet wurde, beruht auf ähnlichen Grundsätzen.



Ein neues amerikanisches Gesetz: Kürzlich erlassene Gesetze untersagen den Unternehmern in den Staaten Kalifornien, Illinois, Massachusetts, Montana, Oklahoma, Oregon und Tennessee, im Falle eines Streikes oder einer Aussperrung Streikbrecher zu engagieren. In gewissen Staaten wird das Verbot sehr streng durchgeführt. So werden in Oklahoma Überschreitungen dieses Gesetzes durch die Unternehmer mit Geldstrafen von 500 bis 1000 Dollar, also 2000 bis 8000 Mark, sowie mit Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft. Diese kategorische Lösung einer derartigen wirtschaftlichen Frage ist echt amerikanisch, bedeutet jedoch keine tat-

sächliche, sondern eine rein illusorische Lösung, die in Europa natürlich nicht den geringsten Erfolg hätte.



Einigungsämter in Schweden: Seit drei Jahren bestehen in Schweden Einigungsämter, indem Regierungsbeamte damit betraut werden, im Falle von Arbeitskonflikten eine gütliche Beilegung zu versuchen. Im ersten Jahre des Gesetzes (1907) wurden 88 Konflikte von ihnen abgehandelt. In 60 Fällen hatten sie selbst dazu die Initiative ergriffen, in 15 Fällen hatten die Arbeitgeber, in neuen Fällen die Arbeiter und in vier Fällen beide Parteien zusammen sich an sie um Vermittlung gewandt. Im folgenden Jahre 1908 ging 32mal die Initiative von den Regierungsbeamten selbst, 15mal von den Arbeitgebern, 12mal von den Arbeitern und 10mal von den beiden Parteien zugleich aus 60% der Streikfälle betrafen bloße Lohnerhöhungen und Änderung kollektiver Arbeitsverträge. Besonders häufig wurden die Beamten bei solchen Streitfragen um kollektive Verträge angerufen. In der Tat waren nur 7% aller Arbeitseinstellungen des Jahres 1908 durch Streitigkeiten um solche Verträge verursacht, während 32% aller vor die Beamten kommenden Streitfragen hierauf zurückgingen. Daraus erhellt, daß die besondere Nützlichkeit ihres Eingreifens in diesem Falle von den kämpfenden Parteien anerkannt wurde. Im Jahre 1908 kamen 38 Konflikte, welche 21 107 Arbeiter betrafen, vor die genannten Regierungsbeamten, aus einer Gesamtzahl von 302 Konflikten in einem Kreise von 40 357 Arbeitern. Somit wohl nur wenig über 12% der Konflikte, jedoch 52% der Arbeiteranzahl. Es waren vor allem die großen Konflikte zwischen zahlreichen Arbeitgebern

und Arbeitergruppen, die die von der Regierung mit den Einigungsämtern beauftragten Beamten beschäftigten. Bei diesen bedeutsamen Konflikten haben sie eine sehr große Rolle spielen können.



Die konstitutionelle Fabrik: *) Der bekannte Fabrikant und Bodenreformer Heinrich Freese läßt die praktischen Erfahrungen, die er mit „seinem System“ gemacht hat, in neuer Auflage erscheinen. Mit Vermeidung alles Theoretisierens wird die Geschichte und Tätigkeit eines Fabrikparlamentes erzählt, das sich ganz zwanglos aus einem Festausschuß entwickelt hat; und wir werden in die kleinen Mißerfolge mit nicht geringerer Offenheit eingeweiht als in die großen Siege, die den mutigen Unternehmer und sein Werk krönten. Von besonderem wissenschaftlichen Interesse ist der Erfolg des Achtstundentags und die Art seiner Einführung durch allmähliche Reduktion der Arbeitszeit gegen den Widerstand der Arbeiterschaft. Die seit Lord Brasseys und Abbes Studien sich immer mehr bahnbrechende Lehre von der wachsenden Arbeitsintensität bei verminderter Arbeitszeit hat hier eine neue Stütze gefunden. Von nicht geringerer Bedeutung ist das System der Gewinnbeteiligung, das etwa wie folgt organisiert ist: bei Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wird ein nach der Höhe des Geschäftsgewinns bestimmter Anteil zurückbehalten, der dann der Gesamtziffer aller gezahlten Gehälter bzw. Löhne gegenübergestellt wird. Diese Gewinnanteile spielen, da auf alle Angestellten die gleiche Summe wie auf alle Arbeiter verteilt wird, im Leben der Beamten eine viel größere Rolle.

*) Heinrich Freese, Die konstitutionelle Fabrik. Jena. Verlag Gustav Fischer. 3. und 4. Tausend. Brosch. 1,50 M.

Es schwankten z. B. von 1888 bis 1908 die Anteile zwischen 3 % und 24,64 % des Gehaltes, während es sich bei den Arbeitern nur um 0,44 % bis 4,84 % des Lohnes handelte, wozu allerdings noch kleine Quoten kommen, die in die Unterstützungskasse fließen. Um auch seinen Gegnern die allgemeine Möglichkeit dieses Systems zu beweisen, hätte Freese gut getan, einiges über die technische Seite seines Betriebes zu berichten, da die Theorie gerade in diesem Punkte das Kriterium der Anwendbarkeit der Leclaireschen Methode sieht. Ein Verbesserungsprämien-system, Dienstauszeichnungen sowie gute Einrichtungen für die Erholung und das Vergnügen der Arbeiter sind weitere Vorzüge dieser konstitutionellen Fabrik. Im ganzen gewinnt man den Eindruck, daß hier mit drei einfachen Mitteln (Tarifverträgen, Selbstverwaltung und Gewinnbeteiligung) etwas wie eine wirkliche „Arbeitsgemeinschaft“ erreicht ist — ohne jeden feudal-patriarchalischen Beigeschmack. *Gerhard Kornfeld, Wilmersdorf.*



Zahlen aus der Entwicklung Australiens: 1908 gab es noch 14 726 in der Industrie beschäftigte Kinder. Im Jahre 1909 waren es nur mehr 13 863. Die Regierung will Kinder unter 16 Jahren überhaupt nicht zur gewerblichen Arbeit zulassen, sie dagegen bis zu diesem Zeitpunkte in Fortbildungsschulen festhalten. Von manchen Sozialpolitikern wird sogar das 18. Lebensjahr als Grenze verlangt. Auch die Industrie macht große Fortschritte. 1908 zählte man 12 850, 1909 dagegen 13 200 Fabriken, welche 420,2 Mill. Mark an Löhnen ausbezahlten. Der Durchschnittslohn eines Fabrikarbeiters — beide Geschlechter und alle Altersstufen umfassend — betrug 1660 Mark, der höchste 2450 Mark, der niedrigste

1470 Mark. Alle im Jahre 1909 in Australien erzeugten Waren hatten einen Wert von 2,15 Milliarden Mark.

Georg Schmiedl,
Wien.

Beschäftigung Arbeitsloser in der australischen Landwirtschaft: Ein wesentliches Hilfsmittel der australischen Regierung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Falle gewerblicher Krisen liegt in der Beschäftigung der Arbeitslosen in der Landwirtschaft. Ein neuer Schritt auf diesem Wege ward durch den Ankauf eines Landgutes zu Berigi getan. Arbeiter, die sich beim Regierungsbureau arbeitslos melden und für die dieses keine Beschäftigung in ihrer Industriebranche finden kann, sollen an das Landgut zu Berigi gewiesen werden und dort landwirtschaftliche Arbeit leisten. Sorgfältige Leitung bringt es mit sich, daß auch der, naturgemäß jeder Vorbildung für landwirtschaftliche Arbeit entbehrende Arbeitslose allmählich die nötigen Kenntnisse erwirbt und zum Teil sogar später dauernd in der Landwirtschaft tätig bleibt, eventuell bei der Parzellierung von Landgütern mit einer eigenen Landstelle bedacht werden kann. Die Überfüllung der Städte, die in Australien besonders vorge-schritten ist, wird dadurch gleichzeitig gemildert. Dies ist um so wichtiger, da der Bedarf nach landwirtschaftlichen Arbeitern für die weiten unbebauten Flächen des Innern immer noch ein sehr großer ist.

Die Krüppelschule zu Helsingfors, ehemals aus Privatinitiative hervorgegangen, erlangte nicht bloß dank ihrer ausgezeichneten Erfolge staatliche Unterstützung, sondern

ist auch für viele andere nordische Städte, in denen eine gleiche Einrichtung heute besteht, das beispielgebende Vorbild gewesen. Dieses Haus wahrster Menschenliebe ist ein freundliches geräumiges Anwesen und zerfällt in zwei Abteilungen, für kleine und für schulpflichtige Kinder. Alle krüppelhaften Kinder des Landes sind in dieser Anstalt vereinigt und werden nach eigens für ihren beschränkten Körper zugeschnittenen Methoden unterrichtet. Beim Unterricht in den allgemeinen Lehrfächern herrscht Co-education, im übrigen werden die Mädchen in weiblichen Handarbeiten, die Knaben im Handwerk (Schusterei, Tischlerei, Binderei usw.) unterwiesen. Es ist rührend zu sehen, wie die Einarmigen mit Zuhilfenahme von Kinn, Knien und etwaigen Stümpfen des fehlenden Gliedes oft recht schwierige Verrichtungen durchführen (nähen, schneiden), das Herz aber bedrückt es, ein etwa 13jähriges Mädchen langsam und mühsam Masche um Masche eines zu strickenden Röckchens durch die lahmen Finger, denen ein kunstreicher, am Tisch festgeschraubter Apparat einigen Halt gibt, ziehen zu sehen.

Alles in allem genommen, werden die Mädchen zu fähigen kleinen Hausfrauen herangebildet, sie, die infolge ihrer natürlichen Benachteiligung im Familienkreis wohl niemals hätten alle die kleinen und größeren Befugnisse erfüllen lernen. Besonders Begabte treten in die Schule später selbst als Lehrer ein und geben die erworbenen Kenntnisse der kommenden Generation weiter.

Ein vollkommen verkrüppelter Mann, früher selbst Zögling der Anstalt, leitet jetzt die Schusterwerkstätte, eine krüppelhafte, jetzt erwachsene Schülerin den Kindergarten.

G. B.

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROFESSOR DR. R. BRODA-PARIS

.....

GEWERBLICHE SCHIEDSGERICHTE*).



OLLEN wir uns über die jüngsten Versuche Frankreichs und Englands ein Urteil bilden, die Wiederkehr von Eisenbahnerstreiks mit ihren verheerenden Folgen für das gesamte Wirtschaftsleben auszuschließen, wie auch über das allgemeine, auch für Deutschland interessante Problem, ob sich der Streik als Mittel zur Bestimmung der Löhne usw. durch gewerbliche Schiedsgerichte ersetzen lasse, so müssen wir unsern Blick auf die Erfahrungen richten, die seit 1907 mit fakultativen, seit 1894 mit obligatorischen Schiedsgerichten gemacht worden sind. Die Resultate beider Reformen sollen im folgenden erörtert werden.

Die Volkswirtschaft Kanadas ist mit den Betrieben der großen Bahnen, die die Getreideebenen des Westens mit den Industrieorten des Ostens und der atlantischen Küste, von der aus das Getreide nach England verfrachtet werden kann, verbinden, aufs innigste verknüpft. Jede Betriebseinstellung auf diesen Bahnen, jeder Arbeitskonflikt, der die Gefahr eines Streiks eröffnete, mußte darum für alle die Farmer, deren Ernten immobilisiert zu werden drohten, ein Schreckgespenst werden. Auch haben verheerende Streiks der Bahnangestellten wiederholt den Nationalreichtum Kanadas schwer geschädigt. Der Wunsch, Abhilfe zu schaffen, ist daher seit langem in der Regierung und im Parlament Kanadas lebendig gewesen.

Ein Übergang zum extremen neuseeländischen Verfahren, der Einführung obligatorischer Schiedsgerichte und der Bestrafung sich widersetzender Streikender, schien jedoch der jedem Radikalismus abholden kanadischen Regierung nicht angezeigt. Ein mittlerer Weg, nicht auf physische Gewalt gerichtet, sondern auf die öffentliche Meinung als Quelle moralischen Zwanges zielend, erschien gangbarer. Der Staatssekretär des Arbeitsministeriums sagt in seinem Berichte ausdrücklich, daß vom Standpunkte des gewöhnlichen Bürgers aus Arbeitskonflikte zweierlei Form haben können. Wenn es sich um Streiks in einer Weberei oder einer Schuhfabrik handelt, so wird der Unbeteiligte, z. B. ein Mitglied der liberalen Berufe oder ein Landwirt oder ein Buchdrucker, nur insoweit in Mitleidenschaft gezogen, als die allgemeine wirtschaftliche Situation darunter leidet. Handelt es sich jedoch um einen Streik der Straßenbahnangestellten, so leidet die ganze Bewohnerschaft der Stadt. Ein Streik von Bergleuten, Eisenbahnangestellten oder

*) Aus der Studie „Inwieweit ist eine gesetzliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich?“, die Ende des Jahres erscheinen und allen Mitgliedern des „Instituts für den internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen“ unentgeltlich zugehen wird.

Telegraphenbediensteten bringt Verwirrung und Unglück in das ganze Wirtschaftsleben.

Das Jahr 1906/7 war besonders konfliktreich in Kanada. Ein Bergwerksarbeiterstreik in den Kohlenbergwerken von Lethbridge führte zu beträchtlicher Kohlenteuerung und wurde damit zu einer wahren Kalamität für die getreidebauende Landwirtschaft des Westens. Der Winter brach an, ohne daß der Streik beendet war, und die Kohle erreichte unerschwingliche Preise. Daraufhin griff der Landtag von Saskakhewan ein, das Arbeitsministerium intervenierte, und der Staatssekretär begab sich selbst nach Lethbridge, um eine Vermittlung zu versuchen, die ihm auch gelang.

Dieser Zwischenfall machte klar, wie unvollkommen die bisherigen Schutzmaßnahmen gegen derartige Streitfällen waren, da eben weder die Bergwerkgesellschaft noch die Angestellten irgendwie dadurch berührt wurden, daß ihre Arbeitseinstellung für Dritte ein Unglück bedeutete. Diese Dritten zu organisieren, sie gegen eine Verletzung ihrer vitalen Interessen durch die Streitenden zu schützen, schien der Staat allein berufen zu sein, und diesen Zweck des Schutzes öffentlicher Interessen gegen den Ausbruch von Streiks auf Bahnen und Straßenbahnen, bei Bergwerken und elektrischen Kraftwerken usw. erfüllte das Ministerium, indem es Erlaß eines Gesetzes für Einführung von obligatorischen Untersuchungskommissionen beantragte. Ein dahingehender Entwurf ward von beiden Häusern des Parlaments angenommen und erhielt am 22. April 1907 die Sanktion des Königs.

Der Grundgedanke des Gesetzes war, daß in allen Arbeitskonflikten der Industrie, die öffentliche Interessen betreffen, eine Untersuchungskommission einzusetzen sei, und daß kein Streik erklärt werden dürfe, bis die Untersuchungskommission nicht ihr Verdikt gefällt. Nach Fällung des Verdikts ist die Erklärung des Streiks erlaubt. Ein obligatorisches Schiedsgericht liegt also nicht vor. Man erreichte nur damit, daß die öffentliche Meinung, durch das Verdikt der Kommission und seiner sachkundigen Meinung informiert, in die Lage komme, ihre ganze Macht gegen einen Friedensbruch von der Seite, deren Standpunkt von der Kommission als ungerechtfertigt erklärt wurde, aufwenden könne.

Die Kommissionen bestehen aus je 3 Mitgliedern, deren eines von jeder der beiden streitenden Parteien, deren drittes von den beiden anderen Beisitzern, im Nichteinigungsfall von der Regierung bestimmt wird. Das Gesetz wurde bereits im ersten Jahre 35 mal angerufen, sowohl von Arbeitgebern wie Arbeitern von Bergwerken, Straßenbahnen usw. In vielen Fällen genügte die bloße Ankündigung, daß eine Kommission ernannt werde, um die Parteien zur gütlichen Einigung zu veranlassen. In der Mehrzahl der Fälle wurde allerdings eine Untersuchungskommission ernannt, darunter auf einem sehr umstrittenen Gebiet: in den Kohlenbergwerken der Ostküste. Ebenso wurden in den folgenden Jahren zusammen seit seinem vierjährigen Bestande 112 Streitfälle vor Untersuchungskommissionen gebracht, und zwar im Sinne des Gesetzes ausschließlich solche Fälle, bezüglich deren der Vertreter einer der beiden streitenden Parteien erklärte, daß sie ohne Eingreifen der Kommission Streik oder Aussperrung erklären werde. In 102 Fällen konnte durch Entscheidung der Kommission ein Streik vermieden werden. Nur in 10 Fällen wurde nach Erlaß der Entscheidung ein Streik oder eine Aussperrung erklärt.

Besonders günstig war das Resultat in den beiden ersten Jahren nach Erlaß des Gesetzes. 55 Fälle wurden vor die Kommission gebracht; in

6 Fällen kam sofort eine Einigung zustande; in 49 Fällen wurden Untersuchungskommissionen ernannt, deren Entscheidung in 47 Fällen von beiden Parteien angenommen wurde; während nur in zwei Fällen ein Streik nach Erlaß der Entscheidung erklärt wurde.

Eine besonders markante Möglichkeit, die Wirkungen des Gesetzes zu studieren, ergab sich zu Beginn 1908 dadurch, daß in Philadelphia ein Straßenbahnerstreik ausbrach, der das ganze Leben der Stadt für zehn Tage lahm legte, zu Straßenkämpfen zwischen den Angestellten und der Polizei führte. Gleichzeitig wurde in der kanadischen Provinzialhauptstadt Winnipeg ein Konflikt zwischen der Straßenbahngesellschaft und deren Angestellten durch eine Untersuchungskommission ausgetragen. Ihr Vorsitzender war ein von der Regierung ernannter protestantischer Geistlicher, Beisitzer waren ein Großkaufmann der Stadt, sowie der von den Angestellten ernannte Gewerkschaftssekretär mit langjähriger Erfahrung. 14 Tage lang dauerte die Verhandlung; Zeugen wurden verhört, alle Verhältnisse klargestellt und schließlich eine Entscheidung einvernehmlich gefällt, die von beiden Parteien angenommen wurde. Die Störung des städtischen Lebens durch einen Straßenbahnstreik wurde somit vermieden. Wie oben bemerkt, kam es in zweien der Gesamtzahl von 55 Fällen trotzdem zum Streik, und zwar erstens im Falle der Cumberlandbergwerke. Der Streitfall folgte jedoch auf eine Reihe von anderen, die alle durch Streik entschieden worden waren — und die psychologische Disposition der Angestellten war somit dem Schiedsgerichtsgedanken nicht günstig. Trotzdem trat die Untersuchungskommission auf Anruf der Arbeiter, zusammen und diese gehorchten dem Gesetz, das Erklärung von Streik vor Erlaß der Entscheidung verbietet. Diese Entscheidung fiel zugunsten der Arbeiter aus, eine andere zugunsten der Arbeitgeber. Die ersteren fügten sich nicht, sondern traten in Streik, der drei Monate dauerte, mußten sich aber schließlich bereit erklären, eben jene Bedingungen, die die Untersuchungskommission vorgeschlagen hatte, anzunehmen. Der zweite Fall betraf die Lokomotivführer der Kanada-Pacific-Bahn. Auch in diesem Falle wurde die Erklärung des Streiks im Sinne des Gesetzes bis zum Erlasse einer Entscheidung durch die Untersuchungskommission hinausgeschoben. Deren Beschluß wurde mit den Stimmen des Vorsitzenden und des Vertreters der Gesellschaft gefaßt, während der Vertreter der Angestellten einen Minderheitsbericht einbrachte. Die Angestellten machten daraufhin von ihrem gesetzlichen Rechte, den Streik zu erklären, Gebrauch; auch dieser mußte jedoch nach zwei Monaten wieder abgebrochen werden, und die Arbeiter nahmen unter genau den gleichen Bedingungen, die die Untersuchungskommission vorgeschlagen hatte, die Arbeit wieder auf. Gerade der Umstand jedoch, daß in beiden Fällen die Streikenden einsehen mußten, daß die Arbeitgeber, unterstützt von der öffentlichen Meinung, unbezwinglich seien, übte einen günstigen Einfluß auf die Annahme der Kommissionsentscheidung in den folgenden Streitfällen. Den zwei unglücklichen Interventionen stehen, wie oben bemerkt, 53 erfolgreiche der ersten beiden Jahre nach Erlaß des Gesetzes gegenüber, und zwar 26 mal bei Konflikten, die in Bergwerken auszubrechen drohten, 14 mal bei Bahnen, 3 mal bei Straßenbahnangestellten usw.

Auch außerhalb Kanadas fand das Gesetz sehr viel Interesse, speziell in den Vereinigten Staaten Amerikas, und Professor Victor S. Clark veröffentlichte hierüber im Bulletin of the bureau of labour einen eingehenden Aufsatz vom Standpunkte eines Außenstehenden, der die Übertragbarkeit des Ge-

setzes auf andere Staaten zu beurteilen sucht. Er führt aus, daß die Arbeitgeberwelt Kanadas fast einmütig dem Gesetze günstig gestimmt sei; zumal die Arbeitgeber solcher Industrien, auf die das Gesetz nicht direkte Anwendung findet, befürworten es durchaus einstimmig, weil ihre Betriebe eben damit gegen die Gefahren einer Arbeitseinstellung im Bergwerke wie im Bahnbetrieb geschützt werden. Aber auch eine Rundfrage bei den Direktoren der Bergwerke ergab eine große Mehrheit für günstige Beurteilung des Gesetzes.

Was die Arbeiter anlangt, ist die Stimmung weniger einheitlich. Der erste Jahreskongreß der kanadischen Gewerkschaften nach Erlaß des Gesetzes hat sich mit großer Einheit für das Gesetz erklärt. während auf dem nächstjährigen Kongresse einige Amendements beantragt wurden. In Gewerkschaftskreisen nimmt man besonderen Anstoß an der Bestimmung, daß Streiks während der Beratung der Untersuchungskommission verboten, resp. unter Strafe gestellt sind. Gerade diese Zeit ermögliche es den Arbeitgebern, Kampfvorbereitungen durch Herbeiziehung von Streikbrechern, Ausführung der dringendsten Arbeiten, die unter Konventionalstrafe gestellt sind usw. zu treffen.

Trotzdem ersehen wir aus der Tatsache, daß die Mehrheit des Gewerkschaftskongresses sich für das Gesetz erklärt hat, daß auch die Arbeiter den Vorteil würdigen, der darin liegt, daß sie die Verbesserung ihrer Lage, wie sie sie vordem durch Entbehrung und das Risiko eines Streikes hätten erkämpfen müssen, nun durch Entscheidung der Untersuchungskommission opferlos gewinnen können. Was die unbeteiligten Volksschichten anlangt, so treten sie in ihrer erdrückenden Mehrheit für das Gesetz ein. Das zeitunglesende Publikum im allgemeinen, so führt Clarke aus, betrachtet das Gesetz als einen Schutz gegen willkürliche Streiks. Nüchterne Geschäftsleute begrüßen es als eine Garantie dafür, daß die Bahnen keine Betriebsstörungen erleiden und Kohlen für die Fabriken stets zur Stelle seien. Weitblickende, mit sozialem Geist begabte Männer freuen sich, daß die zwecklose Schädigung von Kapital und Arbeit durch die Vermeidung der Streiks in den großen öffentlichen Betrieben nun aufhören und erhoffen von den günstigen Erfolgen des Gesetzes die Ausdehnung desselben auf die übrigen gewerblichen Betriebe. Nach Clarks Eindruck hat sich die öffentliche Stimmung vom Frühling 1908 bis Sommer 1909 wesentlich zugunsten des Gesetzes geändert, weil sich das Gesetz eben eingelebt und seine wertvollen Möglichkeiten erwiesen hat.

Die günstigen Erfolge des Gesetzes haben in Kanada selbst die Absicht mehr und mehr reifen lassen, dasselbe auf die Gesamtheit aller Industrien auszudehnen, wie ja schon der Gewerkschaftskongreß des Jahres 1907 mit großer Mehrheit gefordert hatte. Noch charakteristischer ist das steigende Interesse, das man in den Vereinigten Staaten Amerikas an dem Gesetze nimmt; in mehreren Staatsparlamenten der Union wurden Anträge auf Erlaß von Gesetzen nach dem Muster der kanadischen Gesetzgebung eingebracht. Im Winter 1910 beschäftigte ein solcher Antrag das Parlament von Massachusetts; in Kalifornien, Wisconsin und Ohio stehen gleiche Anträge zur Beratung.

Selbst in Transval trat man dem gleichen Gedanken näher, und nach zweijähriger Unterhandlung mit dem kanadischen Arbeitsministerium wurde auf Grund von dessen Vorschlägen ein analoges Gesetz geschaffen. Daß der Gesetzentwurf des Ministers Briand nach dem letzten französischen Eisenbahnerstreik sich in vielen Punkten dem kanadischen Vorbild nähert, ward

bereits im vorigen Kapitel erwähnt. Das kanadische Gesetz stellt eben einen Versuch dar, daß Streikprobleme dort, wo es am gefahrvollsten ist, am unmittelbarsten nach Lösung rufen: in den Betrieben öffentlichen Interesses, auf eine solche Art zu lösen, welche am Prinzipie wirtschaftlicher Freiheit, wie es unsere Wirtschaftsordnung beherrscht, möglichst wenig rührt. Wie alle Kompromisse, konnte es sein Ziel nicht ganz erreichen und doch hat es wertvolle Besserung vorhandener Übelstände gebracht.

Weit früher als Kanada, schon im Jahre 1895, hat sich Neuseeland eine Schiedsgerichtsgesetzgebung gegeben, die ihre Ziele — völlige Beseitigung des Streiks — in glänzender Weise erreicht hat.

Das Gesetz des Jahres 1895 legt fest, daß alle Konflikte zwischen Gewerksvereinen und Arbeitgeberverbänden oder individuelle Arbeitgeber zunächst an eines von sieben Einigungsämtern, die in den Provinzialhauptorten tagen, zu leiten sind. Dieselben bestehen aus fünf Beisitzern, von denen zwei von den Arbeitern, resp. den Arbeitnehmerverbänden erwählt werden, die ihrerseits wieder einen fünften unparteiischen Beisitzer erwählen. Einigen sie sich nicht, so wird er von der Regierung ernannt. Dieses Einigungsamt sucht durch Aufdeckung aller Mißstände des Streikfalls in gütlicher Verhandlung mit den streikenden Parteien eine Verständigung derselben herbeizuführen. Kommt eine solche Einigung zustande, so wird ein Protokoll aufgenommen, das für beide Parteien unbedingt bindend ist. Gelingt dieses nicht, so wird die Angelegenheit einem der beiden Schiedsgerichtshöfe, dessen Rechtsprechung sich auf ganz Neuseeland erstreckt, überwiesen, resp. der Streitfall kann im Sinne eines Amendements des Jahres 1901 von den Parteien auch direkt mit Umgehung des Einigungsamtes (um Zeitverlust zu vermeiden) an den Schiedsgerichtshof geleitet werden. Dieser Schiedsgerichtshof ist aus je einem Beisitzer, der von allen Arbeiter- resp. allen Arbeitgeberverbänden des Landes gewählt wird, sowie einem von der Regierung ernannten unparteiischen Vorsitzenden, in der Regel einem Richter am obersten Gerichtshof zusammenzusetzen. Dieser Schiedsgerichtshof besitzt ausgedehnteste Vollmachten zum Zwecke der Einsicht von Büchern usw. So wurde z. B. bei einem Konflikte zwischen Schuhfabrikanten und deren Angestellten in Auckland von seiten der ersteren behauptet, sie könnten nur niedrigere Löhne zahlen, weil ihre Produktionskosten besonders hohe seien. Der Gerichtshof legte ihnen Beweisführung durch Vorlage der Bücher auf und überwies sie auf Grund derselben unwahrer Angaben, die Arbeiter erzielten hierauf einen ihnen günstigen Bescheid. — Die Urteile des Schiedsgerichtshofs gelten für eine bestimmte Zeitperiode, höchstens zwei Jahre und können dann erneuert werden. Ein weiterer Appell von den Entscheidungen des Schiedsgerichtshofs ist nicht mehr zulässig; jede Zuwiderhandlung wird mit Strafe belegt und zwar kann dieselbe für Gewerksvereine oder Arbeitnehmerverbände bis zu 10 000 Mark betragen, im Falle der Uneinbringlichkeit sind deren Mitglieder bis zum Betrage von 200 Mark pro Person haftbar. Auch jeder Friedensbruch während der Verhandlung des Schiedsgerichtshofes wird mit Strafen bis zu 1000 Mark belegt.

Im Sinne eines Amendements des Gesetzes von 1900 sind auch die Staatsbahnverwaltung und ihre Angestellten dem Gesetze unterworfen.

Die Bestimmungen gegen Auflehnung der Arbeiter gegen schiedsgerichtliche Entscheidungen wurden verschärft. Von einem Arbeiter, der während der Beratung oder unmittelbar nach Entscheidung des Schiedsgerichtshofes

die Arbeit niederlegt, wird der Beweis gefordert, daß dies aus anderen Gründen als einer bewußten Auflehnung gegen den Schiedsgerichtshof geschehen sei.

Fassen wir nun das tatsächliche Funktionieren des Gesetzes ins Auge, so wird von allen Beobachtern anerkannt, daß die Einigungsämter in der Form, wie das Gesetz des Jahres 1895 sie ihnen gegeben resp. wie sie durch eine Reihe von Amendements bis zum Jahre 1902 sich entwickelt haben, nur in seltenen Fällen imstande waren, Streikfälle definitiv zu schlichten. Überwiegend mußten dieselben an die Schiedsgerichtshöfe weiter geleitet werden und das Amendement des Jahres 1901, das den Parteien erlaubte, die Einigungsämter überhaupt zu umgehen, war bereits ein Eingeständnis von deren minderem Erfolg.

Der radikale Vorschlag, die Regierungsämter ganz abzuschaffen und damit alle Konflikte vor die Schiedsgerichtshöfe zu leiten, ist trotzdem von der Regierung Neuseelands abgelehnt worden. Man sagte sich eben, daß lokale Körperschaften, dank Bedachtsamkeit und Ruhe, mit der sie verhandeln können, trotzalldem günstigere Möglichkeiten gegenüber den notwendigerweise nur flüchtigen Beratungen eines Gerichtshofes in der Hauptstadt bieten müsse.

Als das Amendement des Jahres 1901 in der Realität der Dinge die überwiegende Mehrzahl der Streitfälle tatsächlich direkt vor die Schiedsgerichtshöfe gelangen ließ, verlangte denn auch die öffentliche Meinung immer lebhafter nach einer Reform des Gesetzes und der Bericht des Staatssekretärs im Arbeitsministerium *) führt auch aus, daß der schleppende Gang der Verhandlungen vor dem Schiedsgerichtshofe viele Unzufriedenheit erzeugt habe, daß der starre Charakter der Strafen, wie sie vom Schiedsgerichtshof gegen zuwiderhandelnde Arbeiter erlassen wurden, viel vermeidbare Erbitterung unter den Arbeitern hervorgerufen. Dieses war auch die Zeit, in der — nach einem Zwischenraum von dreizehn Jahren (1894—1907), die (von verschwindenden Ausnahmen abgesehen) ohne Streik gewesen — zum erstenmal wieder einige Streiks in offener Auflehnung gegen den Schiedsgerichtshof erklärt wurden und Nachrichten nach Europa drangen, das neuseeländische Gesetz habe Schiffbruch gelitten.

Ein vorschnelles Urteil; denn das obgenannte Amendement vom 10. Oktober 1908 beseitigte die wesentlichen Beschwerden durch Änderung der betreffenden Detailbestimmungen und schon der im Jahre 1911 erscheinende Bericht des Staatssekretärs für das Jahr 1910 ¹⁾ konnte die Wiederkehr völligen Gehorsams aller Beteiligten gegenüber den Schiedsgerichtssprüchen begründen. Im ganzen Jahr 1910 sind zwei Streiks vorgekommen. Einer mit 27 und einer mit 50 Beteiligten und beide waren nach wenigen Tagen unterdrückt ²⁾. Dieses in einem Lande mit 80 000 Fabrikarbeitern, in dem vor Erlaß der Schiedsgerichtsgesetzgebung alljährlich Zehntausende von Arbeitern im Streik gestanden hatten. Praktisch genommen liegt also eine völlige Unterdrückung des Streiks, die völlige Erreichung dieses wesentlichen Zieles der sozialen Gesetzgebung vor.

Dieser Friede, der den Industrieverhältnissen Neuseelands gebracht wurde, die daraus erstehende Sicherung gegen Verluste durch erzwungene Arbeitseinstellung seitens der Arbeitgeber; der ökonomische Vorteil, den sie daraus zogen und der andererseits den Schiedsgerichten es ermöglichte, die Löhne und Arbeitsbedingungen sukzessiv zu verbessern, waren segensvolle

*) Eighteenth Annual Report of the Department of Labour. Wellington 1909.

Folgen der Neuseeländischen Gesetzgebung. Die wesentliche Linie dieser Verbesserung liegt allerdings nicht in der Feststellung höherer Minimallöhne. In Neuseeland handelt es sich ja nicht um ausgebeutete Arbeiter, wie in Paris oder London. Großstädte fehlen; der soziale Organismus des Volkes ist ein durch und durch gesunder; überall standen und stehen sich klassenbewußte Arbeiter und Arbeitgeber gegenüber, und schon vor Erlaß der neuen Gesetzgebung waren die Löhne relativ günstige gewesen.

Die wesentliche Wirkung der Schiedsgerichtsgesetzgebung ging jedoch dahin, das Wesen des Arbeitsvertrages selbst durch eine Reihe von außergerichtlichen Entscheidungen der Schiedsgerichtshöfe zu verändern: sein Verhältnis der Unterordnung zu einem Verhältnis der Beiordnung umzugestalten; ferner den Achtstundentag, die entsprechende Schließung der Geschäfte und eine Reihe von anderen Maßregeln, die im Interesse physischer Wohlfahrt und Kulturbetätigungsmöglichkeit der Arbeiter liegen, im Lande durchzuführen.

Zusammenfassend konnte man also sagen, daß das obligatorische Schiedsgericht Neuseelands sein Ziel, den Streik auszuschalten, erreicht hat; daß es den Arbeitern Verbesserung der Arbeitsbedingungen brachte, die Unternehmer für die hierdurch erwachsenden Lasten durch Sicherung des Betriebes entschädigte.

Eingeräumt mag werden, daß ein großer sozialer Weitblick und fortschrittliche Gesinnung der Arbeiterschaft für den Erfolg des neuseeländischen Versuches unentbehrlich sind und daher für minder fortgeschrittene Länder das kanadische Gesetz, das auf halbem Wege stehen bleibt, als Übergangsmaßregel zu begrüßen ist.

* * *

Die Schlichtung gewerblicher Konflikte auf rationellem Wege bei Vermeidung zweckloser Schädigung beider Parteien durch Arbeitseinstellung scheint dem praktischen Instinkt der angelsächsischen Rasse besonders zu entsprechen. Haben doch Kanada, Neuseeland, Victoria und Neu-Südwaales gleiche Wege beschritten.

Auch in Altengland selbst kommt in den letzten Jahren die gleiche Tendenz zum Durchbruch, einerseits durch Errichtung von Lohnämtern nach dem Muster Victorias, andererseits, wie eben vorher erörtert, durch Einsetzung eines Schiedsgerichtes für Konflikte zwischen Bahngesellschaften und deren Angestellten, im wesentlichen nach dem Muster Kanadas. Schon im Jahre 1907 haben die Gesellschaften, als ein Generalstreik der Eisenbahnangestellten drohte, unter dem Drucke der Regierung einer Einigung zugestimmt, derzufolge durch sieben Jahre lang alle Konflikte eigenen Einigungsämtern, die an den wichtigsten Industriezentren errichtet wurden, unterbreitet werden sollten. Seither wurde eine große Anzahl von Streitfällen diesen Einigungsämtern, die keinerlei Zwangsgewalt besitzen, aber durch Aufklärung Mißverständnisse beseitigen können, unterbreitet und viele Zwischenfälle wurden so ohne Streik geregelt. Die Bahngesellschaften befreundeten sich auch allmählich mit der Einrichtung, die sie zuerst nur widerstrebend angenommen hatten. Sie erheben bloß den Einwand, daß die Arbeiter sich nach den Anträgen der Einigungsämter nicht immer richteten und trotzdem den Streik erklärten. Sie fordern die Umwandlung der fakultativen Einigungsämter in Schiedsgerichte mit zwingender Gewalt, mit anderen

Worten einen Übergang vom kanadischen Gedanken gütlichen Vergleichs zum Neuseeländer Gedanken obligatorischer Schiedsgerichte: eine überaus charakteristische Erscheinung, da ja gerade die Arbeitgeber anderwärts sich dem letzteren Gedanken weniger freundlich zeigten *).

Die Arbeiter dagegen erhoben gegen die Einigungsämter den Vorwurf, daß dieselben zu langsam arbeiten, daß ihre Beschwerden endlos hingezogen und niemals erfüllt würden. Mit Recht erwiderte man hierauf von seiten der Einigungsämter, daß gerade ein gewisser Zeitgewinn psychologisch von Vorteil sei, da sie Gelegenheit zur ruhigsten Beurteilung der Lage verschaffe. Ferner waren die Arbeiter damit unzufrieden, daß in den Einigungsämtern nur Angestellte der Bahn mit Vertretern der gleichen Bahngesellschaft verhandeln, also abhängige Untergebene mit jenen, von denen sie abhängig sind, einfache Beamte oder Arbeiter mit geschulten Juristen. Sie beantragten direkte Verhandlung zwischen den Arbeitergewerkschaften und den Bahnen derart, daß im Namen der Arbeiter auch Nichtangestellte der betreffenden Gesellschaft, unabhängige geschulte Gewerkschaftssekretäre, verhandeln könnten. Die Ablehnung dieser Forderung, welche das Verlangen nach Anerkennung der Gewerkvereine durch die Bahnen in sich schloß, hat bekanntlich zur Erklärung des Generalstreiks der englischen Eisenbahnangestellten geführt. Schon sprach man voreilig von Schiffbruch des schiedsgerichtlichen Prinzips in England. Aber zwei Tage nach Ausbruch des Generalstreiks gelang es der Regierung, die streitenden Teile zu einer Verständigung zu bringen. Auf Grundlage des Fortbestandes und der weiteren Ausgestaltung der Einigungsämter beschloß man, die zweckmäßigste Methode zur wirklichen Ausgestaltung der Einigungsämter finden zu wollen. Eine Untersuchungskommission wurde sofort eingesetzt, die zurzeit in London berät.

Die nächsten Monate werden zeigen, inwieweit auch England sich den Gedanken des gewerblichen Schiedsgerichts zunächst auf dem klassischen Felde des Bahnwesens, das ja auch in Kanada zuerst im Jahre 1903 eine schiedsgerichtliche Institution erhielt, zu eigen machen wird.

Dänemark trat am 5. September 1899 nach einer Massenaussperrung der dänischen Arbeiterschaft in gleiche Bahnen ein. Am genannten Tage wurde ein Vergleich zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften beschlossen und zu gleicher Zeit ein Schiedsgericht eingesetzt, um alle Streitigkeiten zu schlichten, die aus der Auslegung des Vergleichs vom 5. September entstehen konnten **).

Der erfolgreiche dänische Versuch gründet sich also genau auf die gleichen psychologischen Momente, wie der Kanadas. Die Vermittlung als solche soll obligatorisch sein. Den streitenden Parteien steht es jedoch frei, die Vorschläge des Schiedsgerichts anzunehmen oder abzulehnen. Man erhofft von der öffentlichen Meinung derartige Unterstützung der Vorschläge des Schiedsgerichts, daß die streitenden Parteien nur in Ausnahmefällen es wagen würden, sich gegen dieselbe aufzulehnen.

Auch in Schweden verhandeln Regierung und Industrie in diesem Augenblicke über die Errichtung einer gleichen Institution, deren Notwendigkeit sich durch die schweren Schäden, welche der schwedische Generalstreik vor

*) Siehe Liverpooler Bericht des „Temps“ vom 17. August 1911, aus den Tagen des englischen Generalstreiks der Eisenbahner.

**) Siehe den ausführlichen Artikel von Dr. P. Munch, ehem. Minister des Innern, Kopenhagen: Die dänische Gesetzgebung über die Schlichtung sozialer Streitigkeiten.

zwei Jahren der Volkswirtschaft des Landes schlug, zweifellos erwiesen hat. Es scheint daher, daß auch die nordgermanischen Länder wachsendes Verständnis für den Schiedsgerichtsgedanken ihrer angelsächsischen Vettern erlangen.

Daß derselbe aber nicht unbedingt an die spezifische Begabung der Rasse gebunden ist, zeigt das Beispiel Frankreichs, wo das Ministerium Briand nach Niederzwingung des letzten Generalstreikes der Eisenbahner gleichfalls einen Gesetzentwurf eingebracht hat, der einerseits den Bahnangestellten das Streikrecht nimmt, andererseits die Entscheidung aller Konflikte zwischen ihnen und den Gesellschaften einem Schiedsgerichte überweist, das sogar mit größeren Kompetenzen als die englischen Einigungsämter für das Bahnwesen ausgestaltet, obligatorische, für beide Teile bindende Entscheidungen erlassen kann.

Allerdings leidet der französische Entwurf an dem eigenartigen Mangel, daß ein Appell von den Entscheidungen des Schiedsgerichtes an das Parlament, das als letzte Instanz gilt, zulässig sein soll. Man wollte damit speziell für die Staatsbahnen der Staatsgewalt das letzte Wort sichern. Ein Versuch, der in der Praxis zweifelsohne Mißtrauen der Angestellten und Erbitterung derselben gegen die Volksvertretung herbeiführen mußte, ohne doch wirklichen praktischen Nutzen zu besitzen, denn die Entscheidung eines Schiedsgerichts mit einem von der Regierung ernannten unparteiischen Vorsitzenden würde zweifelsohne derart begründet sein, daß kein Parlament dagegen aufzutreten wagen würde.

Erst die Verhandlungen im Parlament selbst werden zeigen, welche Form dieser Gesetzentwurf, nachdem das Ministerium Briand gefallen und die Erbitterung des Publikums über den Generalstreik sich infolge der inzwischen verstrichenen Zeit gelegt hat, definitiv annehmen wird; jedenfalls aber läßt sich festhalten, daß die jüngsten Entwicklungen in Frankreich und England, die sich an den Generalstreik der Eisenbahner knüpften, auch in Europa eine Bresche für die Durchsetzung des Schiedsgerichtsgedankens geschlagen haben. Auf den ersten Schritt, der die Bahnen betrifft, wird zweifelsohne wie in Kanada die Einbeziehung der ganzen übrigen Industrie öffentlichen Interesses (Straßenbahnen, Bergwerke usw.) folgen.

Gewiß hat es tiefe innere Gründe, wenn Deutschland in dieser Bewegung zunächst noch zurücksteht, weil eben hier das Problem vermöge der Bahnverstaatlichung und der straffen Disziplin der Staatsbahnangestellten nicht ein so dringliches ist. Trotzdem wird es auch für Deutschland, was Bergwerke und Straßenbahnen anlangt, zweifellos früher oder später aktuell werden, und der Überblick über die bezüglichen Erfahrungen der überseeischen Länder, sowie die parallele Entwicklung der jüngsten Zeit in Frankreich und England mag darum auch für deutsche Leser eines genügenden Interesses nicht entbehren.

POLITISCHE ENTWICKLUNG

NIKOLAS SALMERON Y GARZIA, MADRID: SPANIEN UND MAROKKO.

DIE Entsendung deutscher Kriegsschiffe nach Agadir hat auch in Spanien einen bedeutenden Eindruck hervorgerufen. Die spanische Presse übte in der Beurteilung dieses Schrittes zunächst große Zurückhaltung. Aber der Eindruck bricht sich doch in den Artikeln Bahn, daß Spanien und Deutschland die gleichen Gründe für ihr Vorgehen besitzen oder doch zu besitzen vorgeben müssen, nämlich die Übergriffe Frankreichs über die vertraglich zugestandenen Berechtigungen. Sie dienen ja als Grundlage für die Forderung der beiden Mächte, indem sie nun auch ihrerseits einen Anteil an Marokko, dem letzten Lande, das trotz Fruchtbarkeit, guten Klimas und Nachbarschaft Europas sich nicht zu konsolidieren vermochte und neuer Herren wartete, fordern.

Wohl erinnert man sich in Spanien daran, daß Agadir, das die Spanier Santa Cruz nennen, nach dem Vertrage von Wael Ras, der den spanisch-marokkanischen Krieg von 1860 beendete, eigentlich Spanien hätte zufallen sollen. Aber seit langem hat Spanien auf jede Aktion in diesem Gebiete verzichtet, und eine eventuelle Besitzergreifung durch Deutschland konnte sein Interesse in keiner Weise verletzen.

In Spanien hofft man auch Frankreich gegenüber, dessen Kraft und Aufmerksamkeit durch Deutschlands Vorgehen voll in Anspruch genommen sind, wieder etwas freiere Hand zu gewinnen und den Konflikt, der sich wegen Besetzung einiger nordmarokkanischer Gebiete durch Spanien zu entzünden drohte, nun doch zu seinem Vorteile lösen zu können: lauter Gründe, die Spanien das Eingreifen Deutschlands sympathisch machen müssen.

Demgegenüber gibt es jedoch auch in Spanien, besonders in den Parteien der Linken, viele Persönlichkeiten, welche sowohl das Vorgehen des eigenen Landes im Norden Marokkos, als auch dasjenige Deutschlands im Süden, als Verletzung bestehender Verträge, als eine zwecklose Provokation Frankreichs und Heraufbeschwörung möglicher Kriegsgefahr verdammen. Man fürchtet, daß alle derartigen Nadelstiche gegen Frankreich, das seit dem Jahr 1904 durch seinen Vertrag mit England, Spanien und Italien, durch die großen Opfer und Zugeständnisse, die es in Ägypten, Tripolis, der Meerenge von Gibraltar gemacht, nun einmal ein Recht auf die Erschließung der seiner algerischen Kolonie benachbarten marokkanischen Landstriche zu besitzen glaubte, schlecht enden, und zu einem furchtbaren europäischen Krieg führen werden. Solchen Kriegen aber um kolonialer Interessen willen, die doch nur einigen kapitalistischen Gruppen und nicht der Masse der spanischen Bevölkerung etwas bieten können, ist man in den vorgeschrittenen demokratischen Schichten der öffentlichen Meinung Spaniens aufs leidenschaftlichste abgeneigt, und aus eben dieser Friedensliebe heraus verschmähen die politisch linksstehenden Kreise Spaniens auch den Hinweis auf die aus mehrhundertjähriger gemeinsamer Geschichte entsprungenen historischen Rechte Spaniens auf Marokko.

Überall scheut man in den aufgeklärteren Kreisen Spaniens die großen Kosten, die eine Besetzung marokkanischen Gebietes sowie alle militärischen

Zurüstungen verursachen würden, selbst wenn dies nicht wirklich zum Kriege mit Frankreich führen sollte (für die letzte Besetzung waren 35 Millionen Mark ausgeworfen worden, und kürzlich mußten 15 Millionen Mark Zusatzkredite weiterbewilligt werden). Eine weit vorteilhaftere Anwendung dieser Geldsummen würde man in der wirtschaftlichen Erschließung Spaniens, der Hebung des öffentlichen Unterrichts, der Wiederaufforstung und einer wirk-samen Arbeiterschutzesgesetzgebung erblicken. Eine marokkanische Expan-sionspolitik gilt in Spanien mehr und mehr nur als ein Zukunftsprojekt der reak-tionären Parteien. Im Lager des bewußten entschiedenen Fortschritts sucht man Frieden und innere Erstarkung, will man alle Abenteuer vermeiden, und so erklärt es sich, daß Deutschlands Einschreiten, das eine Perspektive auf marokkanische Verwicklungen, ja, selbst die Möglichkeit einer Ausbreitung spanischen Einflusses in Marokko eröffnet hat, bei den konservativen oder doch nicht fortschrittlichen Gruppen lebhaft Zustimmung gefunden, daß jedoch gerade die europäischer Kultur am nächsten stehenden Gruppen der spanischen öffentlichen Meinung ein Einlenken Deutschlands, das zum dauernden Frieden führen würde, innig herbeiwünschen.

CHRONIK

EINE [internationale Zeitung: Eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten in Amerika und Europa hat sich zusammen-
getan, um (voraussichtlich] vom 1. Januar 1912 ab) in Paris eine internationale Tageszeitung „Le Journal International“ in fran-zösischer Sprache herauszugeben, die sich ausschließlich mit Fragen inter-nationalen Charakters befassen soll. Das leitende Direktorium ist aus Ver-tretern aller führenden Kulturnatio-nen zusammengesetzt und wird halb-jährlich zusammentreten. Ein ameri-kanischer, in Paris lebender Jour-nalist, Theodor Stanton, wird Leiter des Unternehmens sein; Ferd. Leip-nik, Mitredakteur des „Pester Lloyd“, wird in die Redaktion eintreten. Die unabhängige Stellung der neuen Zei-tung soll bereits gesichert sein, und

um zu verhüten, daß sie einseitig franzosenfreundlich werde, ist be-stimmt worden, daß kein Franzose in die Redaktion eintreten solle. Zur Begründung des neuen Unter-nehmens wird folgendes angeführt: Gegenwärtig haben alle Tageszeitun-gen nationalen Charakter und be-handeln in erster Linie Angelegen-heiten ihres eigenen Landes. Die neue Zeitung wird aber gänzlich i n t e r n a t i o n a l sein. Auch Li-teratur und Kunst sollen darin von einem internationalen Standpunkt aus behandelt werden. Ereignisse in fremden Ländern, die nur nationaler Natur sind, werden überhaupt nicht behandelt, sondern nur solche Dinge, die zwei oder mehrere Länder be-treffen. Die mächtige Entwicklung internationalen Lebens gerade in den letzten Jahren rechtfertigt sicher-

lich die Gründung einer solchen Zeitung und so darf gehofft werden, daß diese in der ganzen Welt Leser finden wird.

Dr. John Mez.



Eine politische Bibliothek: *) Die Politik, die überall und stets rückständigste aller Betätigungen menschlichen Geistes, ist infolge des Mangels an politischer Bildung in keinem Kulturlande relativ so rückständig wie in Deutschland. Und das ist nicht genügend erklärt durch die Jugend seines politischen Gefüges. Vielmehr scheint es sich bei uns — sieht man von den allgemeinen, überall wirkenden Ursachen ab — um die Folgeerscheinung einer dem Deutschen tief im Blute liegenden, schon von Kant vergeblich bekämpften geistigen Attitüde zu handeln: der willkürlichen Konstruktion eines Gegensatzes zwischen der — stets auf respektabler Höhe befindlichen — Theorie und der von ihr oft ignorierten und sie verachtenden Praxis. Der dadurch hervorgerufene Zustand politischer Unbildung und Mißbildung ist ein chronisches Übel, das aber jedesmal akut wird, wenn die großen Massen zu „politischer Betätigung“ aufgerufen und zum „Stimmvieh“ degradiert werden. Ein solcher Augenblick steht mit den Reichstagswahlen dieses Winters bevor.

Da ist es ein Verdienst, das sich Verleger und Herausgeber erwerben, Gedanken politisch geschulter Männer einem weiteren Kreise zugänglich zu machen. Die Absicht ist, klare, aber undogmatische Richtlinien zu geben, damit die einzelnen ihre politischen Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen und ihre Zukunftswillen im Staate gestalten können. Jeder ein-

zelne muß, wie Fichte will, seine Persönlichkeit in den Staat tragen, ohne Beamter zu sein. Es soll damit positive Arbeit für den Staatsgedanken geleistet werden, ohne einer Partei zu dienen oder Gesinnungen zu predigen. Entsprechend dem weiten Vorsprung Englands auf diesem Gebiete, führen die ersten Bände in seine und Amerikas ideenreiche politische Kultur ein. Von Gustav F. Steffen liegt ein Band vor über „Die Demokratie in England“. Er charakterisiert wesentliche Seiten der neuesten englischen Geistesentwicklung mit großer Anschaulichkeit und freudigem Optimismus. Besondere Beachtung verdient der Abschnitt „Sozialismus unter Kulturmenschen“, in dem die Gedankenwelt dreier bedeutender Sozialphilosophen (Wells, Shaw, Marshall) skizziert wird. † H. G. Wells, der geistvolle Utopist, hat seine auf einer Reise gewonnenen Eindrücke in dem zweiten Bande „Die Zukunft in Amerika“ niedergelegt. Seine „theoretisierende Naivität“ läßt ihn gerade die schon selbstverständlich gewordenen Dinge schärfer sehen als manchen wissenschaftlichen und praktischen Beobachter vor ihm. In scharfen Umrissen zeichnet er die „innere Physiognomie“ des Riesenbabys unter den Staaten. Sehr geschickt gewählte, gut pointierte Beispiele ersetzen reichlich die — nur von Pedanten entbehrte — Breite des Beobachtungsfeldes. Der Charakteristik amerikanischer Sinnesart ist der Hauptteil des Buches gewidmet, denn von ihr hängen nach des Autors Meinung die Geschehnisse des Landes letzten Endes ab. „Wildes, undiszipliniertes Draufgängertum“ dürfte die von Wells empfundene, wenn auch nicht ausgesprochene Formel lauten. Und die dadurch hervorgerufene Hypertrophie hier — Trusts und Milliarden — und Atrophie dort — Kinderarbeit und Einwandererelend — würden schnell zu einem Verfall führen, dessen Ähnlichkeit mit

*) Die 4 Bände sind im Verlage von Eugen Diederichs, Jena, erschienen und kosten in Pappband, broschiert je 3 M.

dem des römischen Kaiserreichs nicht nur in der Masseneinwanderung von „Barbaren“ bestände, wenn nicht die Fülle von Heilkräften und konstruktiven Potenzen, von sich stets neu gebärenden ursprünglichen und schöpferischen Gedanken die Entwicklung zur Höhe verbürgten.

Die Verbindung mit der Praxis stellen Lloyd George und Graham Wallas her. Die Persönlichkeit Lloyd Georges schillert uns in ihrer ganzen Vielseitigkeit aus seinen Reden entgegen, deren bedeutendste unter dem Titel „Bessere Zeiten“ gesammelt sind. Sein mutiger Kampf gegen Bodenmonopol und Alkohol ist indes durch das Budget von 1909 siegreich beendet. Damit ist den Engländern etwas beschert worden, was uns die unselige parlamentarische Kompromißerei wohl auf lange vorenthalten wird, ein einheitliches, organisches Gesetzeswerk, das man fast einem Kunstwerke vergleichen kann. Graham Wallas untersucht in der „Politik und menschliche Natur“ betitelten Schrift die Bedeutung der Instinkte für den Politiker. Das Buch ist frei von akademischem Skeptizismus und bringt eindrucksvoll zur Anschauung, wie man im besten Sinne Weltbürger und zugleich für wirtschaftliche und soziale Befreiung kämpfender Staatsbürger sein kann. Wallas vergißt nie — und das möge zum Leitsatz der ganzen Bibliothek erhoben werden —, daß, nach einer Formulierung Sigurd Ibsens, der Zweck der idealen Politik nicht die Macht ist, sondern der Mensch.

Gerhard Körnfeld,
Wilmersdorf.



Auswanderung aus Österreich:
Nach einer Berechnung des Prof. Dr. von Englisch entfällt auf Österreich fast ein Viertel (24,3 %) aller Einwanderer nach den Verein. Staaten

von Nordamerika, was gegenüber dem Zeitraume 1880—90 eine Steigerung von 18 % ausmacht. Die höchste Ziffer weist das Jahr 1907 aus, nämlich 395 000. An der Auswanderung sind von je 1000 österreichischen Staatsangehörigen beteiligt: Semiten mit 7,8, Slaven 6,4, Magyaren 3,9, Germanen 2,4 und Romanen 2,3 Personen. In den letzten 9 Jahren hat Österreich-Ungarn 1 883 362 Einwohner, das sind 4,7 Prozent der Bevölkerung durch Auswanderung verloren. Die größte Zahl der nach Nordamerika einströmenden Israeliten bleibt in New-York (60 %). Die Anteile der einzelnen Staaten der Union an der Einwanderung sind ganz gewaltige. So betragen die Fremden in North-Dakota, Minnesota und Wisconsin 70 %, in mehreren Staaten 60 % und in 15 andern über 50 %. Die größte Zahl der Österreicher lebt in New-York, nämlich 144 620, in der gesamten Union 3 600 000. An der Rückwanderung waren im Jahre 1909 beteiligt: Kroaten mit 44,6 %, Magyaren mit 39,5 %, dagegen Czechen und Ruthenen nur mit 10,2 und 11,4 %.

Georg Schmiedl,
Wien.



Maximilian Hardens Köpfe: Der zweite Teil der Hardenschen Biographiensammlung bringt wieder eine Reihe ausgezeichnete Porträts aus der politischen Geschichte der letzten Zeit. Das wichtigste ist wohl das des „jungen Wilhelm“. Hier hat Harden mit sicherem politischem Takt die Ereignisse vor Bismarcks Sturz und den Sturz selber als das bedeutungsvollste historische Ereignis des ersten Jahrzehnts der neuen Ära aufgefaßt. Er schildert als Parteigänger Bismarcks, aber er schildert so eindringlich und überzeugend, daß auch diejenigen, die

in den historischen Verlauf der Ereignisse nicht eingeweiht sind, von dem gewaltigen Phänomen Bismarck den angemessenen Eindruck empfangen. Die gleiche, fein geschliffene Schilderungsart, das gleiche, graziöse Hantieren mit der Sprache, verbunden mit großem psychologischem Scharf-

blick, findet man in den übrigen Biographien. Hervorgehoben seien dabei vor allem die Porträts von Karl Lueger und das fingierte Gespräch zwischen Tolstoi und Rockefeller *).

*) Verlag von Erich Reiss, Berlin. 8. Auflage.

TECHNISCHER & WISSENSCHAFT- LICHER FORTSCHRITT

DR. JOHN MEZ, FREIBURG: DER HUNDERT-STUDENTAG.



AS Dezimalsystem findet bei der großen Mehrzahl der Kulturländer Anwendung für die Einteilung von Maßen, Gewichten und Münzen, nicht aber für die Berechnung der Zeit. Für die Zeiteinteilung bedienen wir uns der verschiedenartigsten Begriffe, wie Jahr (Jahrzehnt, Jahrhundert, Jahrtausend usw.), ferner: Monat, Woche, Tag, Stunde, Minute, Sekunde. Die Zehnteilung ist dabei nirgends durchgeführt, nur die Sekunde wird in kleinere Einheiten, die in Dezimalbrüchen ausgedrückt sind, eingeteilt.

Den Tag teilen die meisten Kulturvölker bekanntlich in 24 Stunden, diese wiederum in 60 Minuten zu je 60 Sekunden. Diese Zeiteinteilung des Tages ist sehr umständlich. Die Unübersichtlichkeit wird dadurch erhöht, daß man die 24 Stunden nicht fortlaufend zählt, sondern in 2×12 Stunden einteilt. Dadurch entstehen die bekannten Unzuträglichkeiten im Verkehrsleben: ich erinnere nur an die Anmerkung bei Eisenbahnfahrplänen: „Die Nachtzeiten von 6.⁰⁰ Uhr abends bis 5.⁵⁹ Uhr morgens sind durch Unterstreichen der Minutenziffern kenntlich gemacht.“ In Italien und Belgien hat man diesen Mißstand dadurch beseitigt, daß man die Stunden von Mitternacht bis Mitternacht fortlaufend von 1 bis 24 zählt. Bei uns aber kommt es durchaus nicht selten vor, daß Tag- und Nachtzeiten miteinander verwechselt werden, und oft kostet es große Mühe festzustellen, was bei Stundenangaben gemeint ist, man denke beispielsweise nur an die Bezeichnungen „V“ und „N“ = Vor- oder Nachmittag auf den Poststempeln auf Briefen.

Daß demgegenüber eine Einteilung des Tages nach dem Dezimalsystem große Vorteile und Erleichterungen mit sich brächte, ist klar. In der Zeitschrift des niederösterreichischen Gewerbevereins macht J. C. Barolin den interessanten Vorschlag, die Tageszeit nach dem Dezimalsystem zu teilen.

Er weist zunächst auf die großen Vorzüge der Dezimalrechnung hin: „Das Dezimalsystem hat die Arbeit der Menschheit vereinfacht, der Mensch wurde gewissermaßen von einer peinlichen Kleinarbeit befreit, die jeden Einzelnen auf Schritt und Tritt begleitete. Die Einfachheit des Dezimalsystems hat sicherlich so manchem Menschen, der durch seine kaufmännische oder technische Betätigung viel mit Berechnungen zu tun hatte, einen schweren Alpdruck genommen, denn die Fehlermöglichkeit ist beim Rechnen nach dem Dezimalsystem eine wesentlich geringere, und selbst im Falle eines Irrtumes ist die Auffindung desselben leichter, als dies bei den früher eingeführten Systemen der Fall war.“

Sodann führt er mit Recht aus, daß viele Berufe, wie Ingenieure, Ballistiker und Astronomen ein wesentliches Interesse an der Zehnteilung der Tageszeit hätten, genau ebenso wie es viele Berufe gab, die von der Dezimalisierung der Maße und Gewichte großen Nutzen hatten. Anstatt nun aber den Tag in zehn Stunden einzuteilen, macht Barolin den Vorschlag, den Hundertstundentag einzuführen. Wir haben im praktischen Leben die vielfach angewandte Zeiteinheit der Viertelstunde. 96 Viertelstunden machen einen Tag; die Neu-Stunde des Hundertstundentags würde also beinahe der jetzigen Viertelstunde gleichkommen. Setzt man für den Tag als Einheit das lateinische Wort „Dies“, für die Unterabteilungen die arabischen Ordnungszahlen von 1 bis 10 (als internationale Benennungen), so ergibt sich folgendes Schema:

Vorschlag zu einer neuen Zeiteinteilung des Tages, einer internationalen Benennung desselben und seiner dezimalen Bruchteile:

1 Tag = 1 Dies	1 Tag =	1 Dies
0.1 „ = 1 Tani	1 „ =	10 Tani
0.01 „ = 1 Talit	1 „ =	100 Talit
0.001 „ = 1 Rabe	1 „ =	1.000 Rabe
0.0001 „ = 1 Kamis	1 „ =	10.000 Kamis
0.00001 „ = 1 Sadis	1 „ =	100.000 Sadis
0.000001 „ = 1 Sabe	1 „ =	1.000.000 Sabe
0.0000001 „ = 1 Tamin	1 „ =	10.000.000 Tamin
0.00000001 „ = 1 Tase	1 „ =	100.000.000 Tase
0.000000001 „ = 1 Asir	1 „ =	1.000.000.000 Asir

1 Talit entspräche etwa der Zeitdauer von 14 Minuten nach unserer Zeit, 1 Rabe, der 10. Teil des Talit, wäre etwas länger als 1 Minute. Für genaue Zeitberechnungen in ganz kleinen Bruchteilen der Sekunde, wie sie in der Physik, Elektrotechnik und Astronomie nötig sind, hätte dies System große Vorteile gegenüber dem jetzigen.

Auf dem Ziffernblatte einer Uhr könnte diese Dezimalteilung durch eine einzige Hundertteilung mit einem Stunden- und einem Minutenzeiger ersichtlich gemacht werden. Die Herstellung des Uhrwerks würde dadurch bedeutend verbilligt, weil der Sekundenzeiger mit seinem besonderen Ziffernblatt wegfiele. Präzisionsuhren würden mit einem 3. Zeiger den millionsten Teil des Tages anzeigen.

Dieser Vorschlag hat gewiß viel Bestechendes an sich und vielleicht werden spätere Generationen in Erkenntnis der Vorzüge des Dezimalsystems die Zehn- oder Hundertteilung des ewig gleichbleibenden Zeitraums „Tag“ durchführen. Gegenwärtig aber sind zwei Umstände vorhanden, die diese Neuerung fast unmöglich machen: Die ganze Welt hat den 24 Stunden-Tag

unter Anpassung an die Meridionaleinteilung der Erdoberfläche in 360 Längengrade, von denen je 15 einer Umdrehung der Erde in 1 Stunde entsprechen. Ferner aber ist zu berücksichtigen, daß viele Millionen Geldes in Uhren und Maschinen zu deren Herstellung angelegt sind, die dadurch mit einem Schlage wertlos würden. Immerhin dürfte es von großem Interesse sein, ein so wichtiges Problem, wie das der Dezimalisierung unserer Zeiteinteilung, erörtert zu sehen, auch wenn seiner Verwirklichung noch große Hemmnisse im Wege stehen. Damals, als die Zehnteilung von Maßen und Gewichten zuerst erörtert wurde, hielt man die praktische Durchführung dieser Maßnahme auch für ausgeschlossen und utopisch, indem man darauf hinwies, daß ungeheure Werte vernichtet würden, wenn die vielen Längen- und Hohlmaße oder Gewichtsstücke, wie die Elle, das Lot usw. außer Gebrauch gesetzt würden. Und doch ist heute jedermann vom Nutzen des Dezimalsystems überzeugt. Warum also sollte nicht eines Tages auch die Zeit nach dem Zehnersystem berechnet werden können?

CHRONIK

DIE Auferstehung der Papyrusstaude: Eine der Hauptsachen des Verschwindens unserer Wälder ist die moderne Papierindustrie. Sie benützt die jungen Bestände, die, trotz des Nachforstungszwanges, erst in 30—40 Jahren wieder erstehen. Die Gefahr des Holzmangels rückt in Ländern mit mangelhaften Forstschutzgesetzen immer näher. So werden die ungeheuren Waldungen von Minnesota, Michigan und Wisconsin in etwa 30 Jahren ganz verschwunden sein. Arbeitet doch dort ein Kapital von 625 Mill. Doll. mittels 875 000 Mann an ihrer Vernichtung. Wie nun jeder bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Zustand seine eigenen Totengräber und Erretter erzeugt, so sinnt die Industrie ohne Unterlaß auf Ersatzmittel. Ein solches hat sie nun in der berühmten Papyrusstaude gefunden. Smedley Norton durchforschte Jahre lang das alte Wunderland Ägypten, um

die wertvolle Pflanze aufzufinden. Nachdem ihm dies gelungen war, pflanzte er sie im Nildelta mit solchem Erfolge an, daß mit der Ernte in England sehr verheißungsvolle Versuche gemacht werden konnten. Die Staude gibt jährlich drei- bis vierfache Ernte und liefert auf 1 Hektar 250 Tonnen Ertrag. Die aus Papyrus hergestellten Bücher werden Jahrtausende ausdauern, während unser jetziges Papier schon nach zwei- bis dreihundert Jahren in Staub zerfällt.

Georg Schmiedl,
Wien.

Abschaffung der Briefmarken: Nach einer Berechnung eines Statistikers beträgt der Verbrauch an Briefmarken auf der ganzen Welt jährlich etwa 40 Milliarden Stück. Jedes dieser Wertzeichen erfordert von dem Augenblicke der Herstellung bis zur

Ausgabe an die Postanstalt und seiner Entwertung 5 Minuten. Das sind 200 Milliarden Minuten oder 400 Millionen Arbeitstage bei achtstündiger Arbeitszeit. Das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, ist ein Heer von 1 300 000 Menschen zur Bewältigung dieser Arbeit nötig.

Die bayerische Regierung hat nun seit Februar 1910 die Barfrankierung

statt der Briefmarken bei gleichartigen Massensendungen: Katalogen, Preisverzeichnissen, Zeitungen u. a. eingeführt. Die Sendungen, die gezahlt oder gewogen werden, erhalten statt der Marke einen Frankostempel.

Georg Schmiedl,
Wien.

MORALISCHE & RECHTS- ENTWICKLUNG

ELLA LYMEN-CABOT: SELBSTBEHERRSCHUNG*).



SELBSTBEHERRSCHUNG ist der Prüfstein des sittlichen Lebens. Es gibt kein sittliches Leben, solange wir nicht uns selbst Gesetze geben und sie befolgen. Alle Fortbildung des Charakters besteht darin, daß ich mich dahin bringe, mir selbst zu gehorchen. Wir üben auch Selbstbeherrschung, wenn wir den Gesetzen unseres Staates gehorchen. „Gehen Sie aus dem Gras“ ruft der Polizist und stört dadurch dein angenehmes Ausruhen auf dem Rasenplatz eines öffentlichen Parks. Wenn du ihm zögernd folgst, bist du dir nicht bewußt, daß du dir selbst gehorchst; aber doch hat deine Stimme geholfen, den Gesetzgeber zu wählen, der für die Parkvorschriften gestimmt hat, und ein Teil der Steuer, die du zahlst, bildet einen Teil des Gehalts, den jener Polizeimann dafür bezieht, daß er dich jetzt belästigt. Du befiehst dir also selbst, aus dem Grase zu gehen.

Die Bedeutung der Selbstbeherrschung wird noch sichtbarer, wenn kein Polizeimann dasteht, der deinen Willen verkörpert und ausführt. „Wenn ich nur mit dir gehen könnte, um „Heinrich den Fünften“ zu sehen. Aber ich muß heute abend arbeiten.“ Wer ist der Diener und wer ist der Herr, wenn ich so mir selbst befehle und mir ein ersehntes Vergnügen entziehe, damit ich ein paar trockene Seiten Geschichte lernen kann? Ich, das heißt mein höherer und ausdauernderer Vorsatz befiehlt und unterdrückt den lebhaften Impuls, dessen Erfüllung mein wirkliches Ziel gerade so schädigen würde, wie der Spaziergänger das neugepflanzte Gras zertritt, von dem er doch will, daß es wächst.

Aus diesen Beispielen sehen wir, daß die Selbstbeherrschung durchaus keine Furcht vor einer Oberherrschaft bedeutet. Ob ich mich jetzt den Vor-

*) Aus dem Buche: „Every day Ethics“, autorisierte Übersetzung v. Helene Scheu-Riesz.

schriften des Zaren unterwerfe oder treu meinen eigenen selbst erwählten Plänen folge, wenn ich mich versucht fühle, sie zu verlassen — ich gehorche immer einem Gesetz, aber nur im Verhältnis zu dem Gehorsam, den ich meinen eigenen Gesetzen zolle, bin ich frei.

II.

Einige Beispiele vom Aufsteigen aus der Knechtschaft zur Selbstbeherrschung werden diesen Unterschied illustrieren. Ein furchtsamer oder gefesselter Sklave folgt den leisesten Winken seines Herrn. Wir nennen ihn nicht tugendhaft, denn die gefürchtete Peitsche und die hoffnungslosen Jahre der Knechtschaft haben seine Initiative erstickt. Er ist beinahe ebenso eine Maschine wie das Schiff, das der Wendung des Steuers gehorchen muß. Es ist manchmal für den Herrn bequem, wenn er eine so gedankenlose und fraglose Unterwürfigkeit findet. Aber er erkauft sie nur damit, daß er die Intelligenz des Menschen erstickt und ihn zu einer Maschine, einem Wetterhahn macht, der dem Wind, der darauf bläst, nicht standhalten kann.

Das Leben eines Menschen, der durch seine eigenen Impulse und Leidenschaften beherrscht wird, scheint auf den ersten Blick von dem des Sklaven sehr verschieden. Ein solcher Mensch glaubt frei zu sein wie die Luft. Kann er nicht mit jeder Minute seiner Zeit tun, was er will? Seine Nase wird nicht auf den Mühlstein gedrückt, wie die der Menschen, die ihren Lebensunterhalt verdienen müssen.

Eines Tages hat dieser Mann Lust, zur Abwechslung ein wenig zu arbeiten und er findet plötzlich, daß er eine konzentrierte oder ausdauernde Arbeit ebensowenig durchführen kann wie er einen Klumpen Blei zu heben imstande ist. Sobald er ein ernstes Buch liest, hat er den unwiderstehlichen Impuls, eine Zigarette zu rauchen und aus dem Fenster zu schauen. Er hat sein Leben lang seinen Impulsen nachgegeben und jetzt ist er ihr Sklave. Es gehört ein starker und ausdauernder Wille dazu, die Knechtschaft, in die er gefallen ist, abzuschütteln. Er ist wie ein gefesselter Verbrecher und hat wenig Aussicht, zu entkommen.

In den zwei extremen Fällen der absoluten Unterwerfung unter den Willen irgend eines Herrn oder unserer Laune sind wir gleichermaßen Sklaven; und so heimtückisch umfassen uns die Schlingen der Gewohnheit, daß es wenig Menschen gibt, die nicht in irgend einem Teil ihres Wesens in ihr erstickendes Netz verstrickt sind. Unter tausend Menschen gibt es vielleicht nur einen, der so intensiv sich auf seine Arbeit konzentrieren kann, daß er nicht automatisch dem Impuls gehorcht, aufzuschauen wenn er ein Geräusch an der Türe hört oder dessen Geist nicht während einiger Minuten von einem Vortrag abschweift.

Solche Dienstbarkeit vor der eigenen Laune oder einem Despoten ist von Selbstbeherrschung klar zu unterscheiden dadurch, daß der Sklave sich einem Herrn unterwirft, während der Anhänger der Selbstregierung einen Herrn annimmt.

Im Kriege hat der subalterne Soldat wenig eigene Initiative. Aber im Kriege haben wir es mit einem Zustand zu tun, wie er auf anderen Lebensgebieten selten ist; er fordert, daß eine ungeheure Menschenmasse absolut gleichförmig handelt. Wenn jeder Rekrut seinem eigenen Urteil trauen wollte, würde die Einigkeit, die für den Erfolg einer Armee wesentlich ist, gestört.

Wo eine solche Notwendigkeit der augenblicklichen und gleichförmigen Handlung vieler Menschen besteht, ist die Unterwerfung unter eine Autorität notwendig. Wir sehen das bei einem Sturm auf See. Der Kapitän muß für die Zeit des Sturmes ein Despot sein. Er hat keine Zeit, die Leute zu befragen. Die demokratische Regierungsform „Es wird vorgeschlagen und anempfohlen, die Klüver zu bergen, wer dafür ist, soll ja sagen“ ist hier gänzlich unbrauchbar. Obwohl wir uns aber einer augenblicklichen Tyrannei unterwerfen sollen, wo immer dies die Notwendigkeit des augenblicklichen verbündeten Handelns erfordert, entwickelt eine solche Tyrannei, wenn sie lange andauert, ein mechanisches Reagieren auf das Kommando, die der Initiative und schließlich dem Verstand schädlich ist.

Professor James erzählt eine Geschichte von einem alten Soldaten, der, nachdem er pensioniert worden war, eine Stelle als Diener annahm. Eines Tages kam ein General zu der Familie, in deren Haus der alte Soldat diente, und bemerkte die militärische Haltung des Dieners, als er die Teetassen hereintrug. Er rief: „Achtung! Gewehr präsentiert!“ Sogleich gingen die Hände des Alten in die Höhe und die Teetassen lagen zerschmettert auf dem Boden. Dieser maschinenmäßige Gehorsam, der im Kriege sehr nützlich ist, ist im Frieden verderblich, und die, die ihn verlangen, wo es nicht die Not gebietet, werden wertvolleres zerbrechen als das kostbarste Porzellan.

Vor einigen Jahren wurde ein Amerikaner von einer englischen Gesellschaft in einer großen Fabrik als Ingenieur angestellt. Eines Morgens, als er dem Betriebsleiter Bericht erstatten kam, erhielt er den Befehl, unter den Kesseln der Maschinen Nr. 8, 13 und 14 Feuer anzuzünden. Der Ingenieur wußte, daß in Kessel Nr. 13 kein Wasser war, aber er wußte auch, daß der Betriebsleiter absoluten blinden Gehorsam ohne weitere Fragen verlangte. „Habe ich Sie recht verstanden? 8, 13 und 14?“ fragte der Ingenieur. „8, 13 und 14“ war die Antwort. „Ganz recht, Herr.“ Eine halbe Stunde später kam der Ingenieur zurück mit dem Bericht: „Leider war in Kessel Nr. 13 kein Wasser und durch das Schmelzen des Kesselbodens ist ein Schaden von zweihundert Pfund entstanden.“ Der Betriebsleiter sah ihn einen Augenblick scharf an und sagte dann wieder: „Gut, Sie können gehen.“ Als der Ingenieur aber das Zimmer verließ, rief er ihn zurück. „Einen Augenblick! Wenn ich Ihnen wieder so etwas befehle, tun Sie es wieder!“

In diesem Falle zog der Betriebsleiter es vor, einen Automaten zur Ausführung seiner Befehle zu haben statt eines vernünftigen Menschen, der nicht nach dem Buchstaben, sondern nach einer vernünftigen Interpretation seines Befehles handeln würde. Es gibt viele Eltern, die einen unvernünftigen Gehorsam von ihren Kindern verlangen. Sie vergessen, daß sie in ihnen die Kraft der vernünftigen Entschliebung ersticken, auch für die Zeit, wo sie nicht länger mehr von ihren Eltern geleitet werden können. Robert Browning hat in einem Brief an Elisabeth Barrett zu einer Zeit, als sie zögerte, eine für ihre Gesundheit notwendige Reise nach Italien zu machen, weil ihr Vater sehr dagegen war, ebenso kräftig wie entschieden die Prinzipien formuliert, die sowohl dem Gehorsam als der Selbstbeherrschung zugrunde liegen:

„Ich wünsche herzlich, daß Sie niemals empfinden mögen, was ich ertrage, wenn ich ganz machtlos und schweigend ansehen muß, wie Sie dieser Behandlung sich unterwerfen, die ich nicht näher charakterisieren will, so blind ist sie in ihrer Verblendung. Sie fragen, ob Sie gehorchen sollen? Ich will es Ihnen sagen. Aller passive Gehorsam und alle blinde Unter-

werfung des Willens und des Verstandes ist viel zu leicht. Wenn man sich die Beine abschneidet, wird man niemals irre gehen; wenn man aufhört zu denken, kann man schwer Denkfehler begehen — — — Es ist auf das Kunststück des Atmens keine Belohnung gesetzt, aber eine große Belohnung auf das Kunststück des Glaubens, darum muß es viel schwieriger sein, das letztere zu lernen als es einfach aufzugeben, indem man die Befehle einer unfehlbaren Kirche oder das Urteil eines anderen Menschen einfach annimmt; unser ganzes Leben ist eine Art Religion und unser ganzes Handeln ist eine Art Glaube, und es gibt nur ein Gesetz, so sehr es sich auch für Groß und Klein modifiziert. In Ihrem Fall bin ich der Ansicht, daß es Ihre Aufgabe ist, Ihre Pflicht gegen sich selbst zu erfüllen, das ist am Ende die Pflicht gegen Gott. Ihre eigene Vernunft muß den strittigen Gegenstand in jeder Beleuchtung betrachten, die Sie erlangen können. Und jedes Interesse, das durch Ihr Handeln berührt wird, muß in all seinen Anforderungen erwogen werden — an erster Stelle auch das Interesse Ihres Vaters, aber nicht in den elenden Schranken einer Laune oder des Übelwollens oder ein paar zorniger Tage, sondern in seiner ganzen Ausdehnung — — — auch mit den künftigen Folgen gegen die ihn sein Eigensinn verblendet — — — Und wenn Sie diese Untersuchung mit vollem Ernst vorgenommen haben, dann werden Sie, ich weiß es gewiß, in dem Bewußtsein handeln, daß Sie eine Pflicht erfüllt haben, die schwer ist — wäre sie sonst eine Pflicht? Wird es nicht unendlich schwerer sein, so zu handeln, als wenn Sie einfach blind sich seinem Wunsche fügen und dabei sterben? Wer würde das nicht zustande bringen? Ich werfe diese hastigen und harten Worte auf das Papier, so schnell sie kommen, denn ich weiß, an wen ich sie sende daß jeder Sinn, den sie enthalten oder auf den sie hinweisen, in einem besseren Lichte aufgefangen verstanden und dargestellt wird.

Ich will folgendes sagen: Es ist immer das Schwerste, nach eigenem besten Wissen und Gewissen zu handeln, nicht es zu verleugnen und eines anderen Menschen Willen anzunehmen.

Elisabeth Barrett erkannte die Wahrheit in Brownings Worten und flüchtete aus der Knechtschaft der Angst und der umstrickenden Gewohnheit in die Freiheit der Selbstbeherrschung. Unter anderen Umständen hätte sie vielleicht ebenso frei den Willen ihres Vaters als den ihrigen angenommen, gerade wie ein Hausbesitzer, der ein stark gebautes Haus will, das erfahrene Urteil eines Zimmermanns für besser als das eigene erkennt und es an Stelle des eigenen akzeptiert. Denn da Selbstregierung immer teilweise eine repräsentative Regierung ist, besteht die Freiheit nicht darin, daß man sich weigert, irgend einer Autorität sich zu unterwerfen, sondern in der Wahl der Autorität, die man annimmt.

Augenblicklicher Gehorsam ist auch durchaus nicht uncharakteristisch für die Selbstbeherrschung, obwohl die Handlung, wenn sie eine sittliche Bedeutung haben soll, in ihren Prinzipien durchdacht sein muß; jeder, der eine klare und bestimmte Absicht hat, wird im Notfall einem Führer, dessen Einsicht er respektiert, rascher folgen als der undisziplinierte Geist. Seine Ausbildung und sein Vorsatz werden ihn nicht unfähig, sondern fähiger machen zur Übernahme auch einer untergeordneten Rolle in einem Spiel oder in irgend einer Situation, die Unterordnung verlangt. Er wird die Kraft haben, ohne Zögern alles noch so Schwierige und Unangenehme durchzuführen, was er einmal mit Überlegung als für seinen Plan wesentlich angenommen hat.

III.

Diese ganze Analyse der Selbstbeherrschung zeigt, daß es keine Situation gibt, die nicht Gehorsam fordert, aber daß die Annahme einer Autorität für des Menschen eigene Pläne zur Selbstregierung gehört. Wenn wir die menschliche Reife erlangen und die Kinderspiele beiseite legen, müssen wir immer mehr unseren eigenen Gesetzen folgen. Sie fordern von uns Gehorsam gegen die Gesetze des Staates und die Vorschriften unserer Eltern, soweit sie unseren höchsten Willen ausdrücken; aber in vielen Fällen wird gerade die Kraft unserer Hingabe an das Beste, das wir kennen, uns vor denen treulos scheinen lassen, die unser Ziel nicht sehen.

Im Leben Martin Luthers, wie es in seiner Beziehung zur Reformationsbewegung erscheint, haben wir hierfür ein Beispiel. Aus dem Gesichtspunkt der römischen Kirche war Luther ungehorsam, denn er hielt seine hieratische Doktrin angesichts des Papstes und des Konzils aufrecht.

„Wenn ich nicht durch die heilige Schrift oder durch starke Gründe überzeugt bin, kann und will ich nichts zurücknehmen. Es ist gefährlich, gegen das eigene Gewissen zu handeln — hier stehe ich — ich kann nicht anders, Gott helfe mir.“ Das sind nicht die Worte eines Menschen von hartnäckigem Ungehorsam. Im Gegenteil, seinem Ungehorsam gegen den Papst lag ein höherer Gehorsam zugrunde, eine beherrschende Treue, die ihn zu jenem Ungehorsam zwang, wie der Druck innerer Kräfte einen Vulkan zur Eruption bringt. Luther gehorchte dem Gesetz seines Gewissens so vollständig, daß er den Gesetzen der Kirche ungehorsam sein mußte. Der Fall Luther ist kein Ausnahmefall und er ist ein Beispiel für eine wichtige Wahrheit. Gehorsam und Ungehorsam sind zwei Seiten einer Handlung, die von verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet wird.

Ich habe versucht, zu zeigen, daß Selbstbeherrschung mehr und nicht weniger Gehorsam gegen Gesetze mit sich bringt; denn Selbstbeherrschung bedeutet die Kontrolle und die Unterwerfung unserer regellosen Laune, die nötig ist, damit wir unsere Aufgaben frei erfüllen können. Ich schließe mit meinem Verleger einen Vertrag, wonach ich ein Buch bis zum ersten Oktober für den Druck fertig machen muß. Diese Entschliebung ist meine freie Wahl, sobald ich sie aber gefaßt habe, bin ich verpflichtet, meinen Kontrakt zu erfüllen und das bedeutet, daß ich mir manche Freuden versagen muß, die ich sonst genossen hätte. Ich werde zu einer Vergnügungsreise eingeladen, muß aber absagen und fleißig arbeiten, um meinen Kontrakt zu erfüllen. Meine Familie geht zu einem Tennistournier und redet mir zu, mitzugehen. Mein Impuls zum Mitgehen muß kräftig zurückgehalten werden, damit ich meiner erwählten Aufgabe gehorsam bleiben kann. Die Verpflichtung bleibt dieselbe, wenn das Ideal, das ich gewählt habe, andere Menschen betrifft. Wenn ich mich entschlossen habe, ein Jahr meinem kränklichen Bruder zu widmen, um ihm dabei zu helfen, daß er in verschiedenen Ländern verschiedene Berufe auszuüben versucht, beherrscht mich dieser Entschluß und verbietet alle selbständigen Absichten, er dirigiert die Tätigkeit meiner Tage nach seinen eigenen Vorschriften.

IV.

In der Selbstbeherrschung liegt gerade soviel Gehorsam wie in der Sklaverei. Die Frage ist die: Sollen wir der Tyrannei unserer Launen, Gewohnheiten und Befürchtungen oder der befehlenden Stimme unserer Lebens-

aufgabe gehorchen? Worin besteht der Wert der Selbstbeherrschung gegenüber der Unterwerfung unter Befehle von außen? Gänzlich darin, daß Selbstbeherrschung Initiative und Voraussicht entwickelt und den Menschen fähig macht, neuen Entscheidungen zu begegnen. Unterwerfung läßt den Charakter verkümmern und ihn so automatisch werden, daß er nur in seiner alten Schablone arbeiten kann.

Der Wert der Selbstbeherrschung für die sittliche Erziehung geht unfehlbar aus dem Werk der George Junior Republic in Freeville, New York, hervor. Vor zehn Jahren, als Mr. William George ein paar arme Knaben auf einen Ausflug mit aufs Land nahm, bemerkte er mit großem Interesse, daß sie den Regeln, die sie selbst aufgestellt hatten, williger gehorchten als seinen Befehlen. Er dachte darüber nach und hatte den Einfall, eine Miniaturgemeinde zu gründen, in der die Knaben und Mädchen selbst ihre Gesetze machen sollten. Herr George setzte fest, daß die Strafgelder für Ungehorsam gegen ihre Gesetze und die Einhebung dieser Strafgelder ganz in der Hand der Kinder liegen sollten. Für sich behielt er nur die Stellung eines höchsten Gerichts, an das in schwierigen Fällen appelliert werden konnte. In allen anderen Beziehungen regieren die Knaben und Mädchen nur sich selbst. Sie haben ihre eigene Bank, ihr eigenes Geld in Aluminiummünze, sie wählen die Beschäftigung, die ihnen gefällt und erhalten dafür Lohn, oder wenn sie es vorziehen, nicht zu arbeiten, dann tragen sie die Konsequenzen und werden ins Armenhaus geschickt, wo sie wenig zu essen bekommen und bald einsehen, daß Arbeit anziehender ist als die Folgen der Faulheit.

Fast jeder, der die Wirkungen dieser vollständigen Freiheit unter Kindern von Armen und Verbrechern im vorhinein beurteilt hätte, würde vollkommene Anarchie und Zügellosigkeit geweissagt haben. War es vorauszusehen, daß unerzogene und unwissende Kinder, die man ohne jede Prüfung ihres Charakters auf den Straßen einer Großstadt aufgelesen hatte, Regeln aufstellen würden, die ihre eigenen lasterhaften Impulse bezwingen könnten?

Die Resultate dieses Experiments haben alle bösen Prophezeiungen Lügen gestraft. Knaben, die bereit waren, in den Straßen von New York zu stehlen, haben gefunden, daß sie in ihrer eigenen Gemeinde Diebe nicht brauchen können. Man sieht rasch ein, daß es Gesetze gegen den Diebstahl geben muß, sobald man ein Eigentum besitzt. Dieselben Jungen, die jahrelang den Impuls gehabt haben, Zigaretten zu rauchen, haben es zu einem Verbrechen gestempelt, auch nur Tabak zu besitzen. Die Regeln, unter welche die Bürger der George Junior Republic sich selbst stellen, sind viel strenger als die, die ein Erwachsener erzwungen haben würde. Ein kleiner Junge, der Äpfel von einer Nachbarfarm stahl, wurde von dem jungen Richter für drei Monate unter Aufsicht gestellt und es wurde ihm angedroht, daß er bei Wiederholung des Vergehens eine schwere Geld- oder Kerkerstrafe bekommen würde.

Die George Junior Republic bringt ihren Bürgern die Wahrheit bei, daß wir, wenn wir irgend etwas in der Welt tun wollen, den Forderungen und Befehlen gehorchen müssen, die dieses Unternehmen einschließt und daß wir einer des anderen Freiheit respektieren müssen, wenn wir zusammen leben wollen.

Diese Knaben werden, wenn sie zur Bürgerschaft der Vereinigten Staaten zurückkehren, eine lebhaft und dauerhafte Vorstellung vom Sinn der Gesetze behalten, denn sie wissen, was es heißt, Gesetze zu machen und

auszuführen und was es heißt, ihnen willig zu gehorchen. Sie werden die Worte Lincolns verstehen, daß die Demokratie Beherrschung des Volkes durch das Volk und für das Volk bedeutet, denn sie werden wissen, daß sie nicht nur Individuen oder Glieder einer Familie sind, sondern Teile einer Gemeinschaft, in der für jeden einzelnen gut ist, was für alle gut ist.

CHRONIK

DER „Internationale Orden für Ethik und Kultur“: Wenn wir die Grundlagen der modernen Kultur auf ihre Fundamente zurückführen, so können wir sagen, daß drei große Gedanken an ihrem Bau unablässig schaffen. Das sind: der Gedanke der Evolution, das soziale Gewissen und der Gedanke der Organisation. Dem evolutionistischen Ideal dienen heute schon starke Verbände; bald stellen sie das ethische, bald das freidenkerische, bald das naturwissenschaftliche Prinzip in den Vordergrund; ihr Sieg über den naturwissenschaftlich unhaltbaren Offenbarungsglauben ist nur eine Frage der Zeit. Aber es werden immer lautere Zweifel gehört, ob die geistige Befreiung für sich allein ein innerlich freies, glücklicheres Geschlecht formen wird, wenn nicht zum vorurteilsfreien Denken die soziale Tat hinzukommt. Das soziale Gewissen nun, eine im vorigen Jahrhundert erst in unser Bewußtsein gelangte Idee, die eigentlich vor zwei Jahrtausenden verkündet wurde, verändert unser Denken über Menschenwertung, Güterverteilung und Rechtsordnung mit Riesenschritten. Aber soziale Tat ist heute nicht überall verbunden mit dogmenfreier Lebensanschauung. So verhalten sich die sozialen Parteien in dieser Hinsicht neutral, während so-

gar große soziale Organisationen, wie z. B. die Heilsarmee, auf theistischer Basis stehen. Immerhin wächst die Zahl derer, die sich als Rädchen eines gewaltigen Getriebes empfinden, die sich verantwortlich fühlen, ihr Können und Empfinden in den Dienst einer engeren oder weiteren Gemeinschaft zu stellen, um für die Nachuns-Kommenden bewußt besser zu sorgen, als die Vorfahren für uns sorgen konnten. Im Wesen des Gemeinschaftsgedankens liegt es nun wieder, von kleinsten zu größeren und von diesen zu ganz großen Kreisen der gleichen Interessen fortzuschreiten. Die lokalen Gruppen schließen sich zu nationalen Vereinigungen und diese zu internationalen Verbänden zusammen. Die Internationalität von Wissenschaft, Verkehr und Kapital ließen den Organisationsgedanken reifen; seitdem auch die geistigen und ethischen Probleme überall gleichzeitig und in ihren Grundlagen gleichartig entstanden, wuchs der Wille zur Organisation und Konzentration zu ungeahnten Erfolgen. Aber auch hier wieder haben sich des Organisationsgedankens gleichmäßig die sozialen wie die asozialen Kreise bedient, haben ihn die kulturfortschrittlichen wie die reaktionären Verbände in ihren Dienst gestellt. Es ist nun eigentümlich, wie bald das evolutio-

nistische Ideal, bald das soziale Gewissen, bald der Organisationsgedanke für „das“ Merkmal unserer Zeit erklärt wird. Tatsächlich können wir von einer modernen Kultur, die die wankende christliche Kultur abzulösen hätte, erst dann reden, wenn eine größere Anzahl Menschen eine organische Verbindung der drei genannten Grundprinzipien in sich vollzogen hat. An diesem Problem mußten alle bisherigen Organisationen scheitern. Man hat den Versuch gemacht, einen Kreis solcher nach Harmonie strebenden Menschen zu gründen; ich erinnere nur an die Neue Gemeinschaft (Curd Lasswitz); solche vereinzelte Kreise tragen notwendig lokale oder nationale Färbung; eine moderne Kultur aber ist in der Basis notwendig international. Vereine nun, die immer mit großer Mitgliedschaft rechnen, können zur Erkämpfung bestimmter Forderungen (etwa der Weltverband für Frauenstimmrecht oder die Friedensbewegung oder ein künftiger Weltverband für monistische Lebensanschauung) große Stoßkraft erreichen und vorzügliche Leistungen bei geschickter Leitung erlangen. Das genannte Problem aber ließ sich auf diese Weise nicht lösen. Ganz im Stillen reift nun seit einigen Jahren eine internationale Organisation heran (Intern. Zentrale. Vors. Prof. Dr. A. Forel. Generalsekretär. A. Knapp. Zürich, Postfach 6605), die in sozial-ethischen, dogmenfreien Kreisen keine Feinde haben kann, weil sie nicht ein konkurrierender Verein ist, sondern im Gegenteil das Bestreben hat, alle auf dogmenfreier Grundlage stehenden kulturell-reformatischen Gruppen in Fühlung miteinander zu bringen. Die Bedürfnisse einer Zeit zwingen die Menschen, sobald die Zeit reif ist (d. h. ihre Menschen), neue Formen für die

Verwirklichung der neuen Probleme zu finden. Diese Erfüllung scheint endlich der Internationale Orden für Ethik und Kultur zu bringen. Er verzichtete auf alle bisherigen Organisationsformen; den zentralisierten Verein, die Kartellierung großer Verbände; überhaupt die Wirksamkeit nach außen. Statt dessen wendet er sich an den einzelnen tätigen Menschen, und zwar an alle die Menschen, die in sich bereits das Bedürfnis nach harmonischer Verschmelzung lebensbejahender Diesseitsethik, sozialer Tat und internationaler Organisation empfanden.

Es sind zunächst die „Wenigen“, wie Ellen Key sagen würde, die als eine Art geistiger Großfamilie wöchentlich an ihrem Wohnort zusammenkommen, um einen Abend in gemeinsamer Anregung zu verbringen.

Sie arbeiten wie vorher an der Stelle weiter, die ihrer Begabung zu freiwilliger Arbeitsleistung entsprach (auf allen Gebieten der Kulturreformen), gewinnen aber durch ihr Zusammentreffen mit den tätigsten Elementen der andern Kulturreformen das Verständnis für den Zusammenhang aller Dinge und bei größter Zeitersparnis eine Menge neuer Anregungen. So bildet sich eine miteinander brüderlich verkehrende Gemeinde von Intellektuellen (Das Heim), die die Verantwortung für geistig-ethischen Fortschritt und soziale Hilfsarbeit an dem betreffenden Orte auf sich nimmt. Ihre Mitglieder arbeiten, wo man sie jeweils braucht, als Sendboten des I. O. E. C., im übrigen natürlich durchaus selbständig. Wenn besondere Organisationen bestanden, so wird in diesen gearbeitet; wo sie erforderlich sind, werden sie gegründet und als neue Ortsgruppen eines bestehenden Verbandes diesem angegliedert. Ein Heim, das die Höchstzahl von 25 Mitgliedern erreicht hat, gründet am selben Platze ein zweites

Heim; jedes Heim ist im Rahmen der allgemeinen Ordensziele in seinem wechselnden Programm selbständig; aber jedes Heim hat einen Abgeordneten zur Landeszentrale und die Abgeordneten aller Heime eines Landes stehen miteinander in Verbindung und bilden die Landeszentrale; die Abgeordneten der Landeszentralen wieder bilden die Internationale Zentrale. So verbindet sich die Gewähr der Einheitlichkeit der Bewegung mit voller Selbständigkeit der Verwaltung und der Tätigkeit. Vorsichtige Auswahl bei der Aufnahme beugt der möglichen Verflachung vor, und völ-

lige Gleichberechtigung im Innern des Ordens, die durch häufigen Wechsel der Ämter und weitgehende Arbeitsteilung erreicht wird, garantiert die Anspannung aller Mitglieder zu den wechselnden Aufgaben der Heime. Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, bereitet diese neuartige Organisation den Boden für eine harmonische Kultur unserer Tage und deutet das Ende der ziellosen Übergangszeit zur modernen Kultur an.

Ludwig Hammerschlag,
Freiburg i. Br.

